Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig Haben & Comp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 6.00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 18.00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 8.50 M. Einzelnummer 80 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur werktags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 2.00 M., Familienanzeigen 1.50 M., die 3gespaltene Reklamezeile 6.50 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 30 Pf.

Nr. 230 | Dresden, Montag den 4. Oktober 1920 | 31. Jahrg.

Zum ersten Betriebsräte-Kongreß!

„Das Betriebsrätegesetz ist Kampfboden!" Mit diesen Worten schließt einer der Leitsätze, die der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund aufgestellt hat. Diese vier Worte führen uns gleich mitten hinein in den Geist, der den ersten Kongreß beherrschen wird. Kampf! Kampf um die Organisation, um die Form, um die Idee. Fortsetzung der Erschütterungen, die wegen des Betriebsrätegesetzes durch die Arbeiterbewegung gehen, die mit dem 9. November begonnen haben und in denen der blutige Nachmittag vor dem Reichstag eine Episode war. Der erste Kongreß, der vom 5. bis 7. Oktober in Berlin zusammentritt, hat sich also nicht bloß mit der Organisation zu beschäftigen. Darüber können sich die 1100 Delegierten, die da zusammenkommen, bald einigen. Es wird in der „Neuen Welt" ein Ringen um die höchsten Güter der Arbeiterbewegung stattfinden, um die Seele des Proletariats, um seine Kampfkraft, um alte, liebgewordene Organisationseinrichtungen, um Neues, das da werden will.

Verschiedene Richtungen streiten um die Palme. Auf der einen Seite die Betriebsrätezentrale in Berlin, die seit Wochen im „Arbeiter-Rat" die Stimmung für die Tagung vorbereitete. Der reine Rätegedanke will ja als Ziel die Räte politisieren, er will ferner die gesamte Produktion in die Hand nehmen und die Sozialisierung aller Gewerbe durchführen. Das geht natürlich weit über die heutigen Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes hinaus; dessen ungeachtet tritt die Rätezentrale mit ihrem Entwurf diesen Zustand — **gegen die Gewerkschaften**, die in der Sache selbst, also im Ziel, auch weit über die gesetzlichen Bestimmungen hinauswollen, nur eben mit dem Unterschied, daß der Gewerkschaftsbund mit beiden Füßen auf der Erde bleibt und an Bestehendes anknüpfen will.

Das Betriebsrätegesetz soll der erste Schritt sein zur Demokratisierung der Wirtschaft, die Vorstufe zur Sozialisierung. Diesen Gedanken hat der Gewerkschaftsbund vom Nürnberger Gewerkschaftskongreß bis zur Stunde konsequent durchgeführt. Das kommt noch zuletzt in den Richtlinien zum Ausdruck, die eine Konferenz der Gewerkschaftsführer im Juli 1920 aufstellte, wobei auch die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände (Afa) beteiligt war. Dort heißt es unter anderem: Das Betriebsrätegesetz ist als Kampfboden zur Erringung des vollen Mitbestimmungsrechts in den Betrieben und zur Vergesellschaftung der Produktion anzusehen. Im derzeitigen Betriebsrätegesetz bleiben weite Kreise der in Kleinbetrieben tätigen Arbeitnehmer völlig unberücksichtigt. Schon diese Tatsache bedingt ein inniges Zusammenarbeiten von Betriebsobleuten und Gewerkschaften. Die Konferenz erblickt die dringendste Aufgabe der Betriebsräte in der Einarbeitung in die Warenerzeugung und Warenverteilung, der Ausgestaltung der Geschäftsführung nach einheitlichen Gesichtspunkten, der Lösung der sozialen und Berufsfragen, der Fortführung von volkswirtschaftlicher Ausbildung der Betriebsräte.

Zur Erreichung dieser Ziele ist es notwendig, in den örtlichen Betriebsrätezentralen das Material der einzelnen Industriegruppen zu sammeln und einheitlich zu bearbeiten, desgleichen die Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen zusammenzustellen, Kommissionen zu wählen für soziale und Berufsfragen, für Sozialpolitik und für die Produktion betreffende Angelegenheiten und für Wirtschaftspolitik. Im Hinblick auf den vorstehenden Aufgabenkreis ist ein getrenntes Arbeiten von Betriebsräten und Gewerkschaften völlig undenkbar. Nur das engste Zusammenwirken beider Teile der Arbeiterbewegung kann zum Erfolg führen. Je gründlicher die Arbeiter und Angestellten in das Wesen der heutigen kapitalistischen Wirtschaft eindringen und je sachkundiger sie dem Unternehmer entgegentreten, um so unüberwindlicher wird die Macht der Arbeiterklasse.

Zum Grundsätzlichen kommt dann die Organisationsform, um die ebenfalls harte Kämpfe entbrennen werden. Hier wird der Versuch wiederholt werden, die Gewerkschaften auszuschalten und den Betriebsrat als den allein maßgebenden wirtschaftlichen und politischen Faktor zu bestimmen. Das würde natürlich völlige Abkehr bedeuten von den Gewerkschaftserfahrungen. Die Gewerkschaften müssen in dieser Hinsicht aber hart bleiben, sie dürfen sich die Zusammenfassung der Betriebsräte nicht aus der Hand nehmen lassen, nur sie dürfen für wichtige Entscheidungen wirtschaftspolitischer Art zuständig sein, keine politische Partei, keine Nebenorganisation. Sobald die wirtschaftlichen Bedingungen sich wieder verändert haben, werden die Lohnkämpfe mit neuer Schärfe auftreten, da gehören Betriebsräte und Gewerkschaften zusammen. Die politischen Räte würden wirtschaftliche Anarchie bringen, besonders die Arbeiterschaft würde durch sie geschädigt. Das russische Beispiel warnt uns. Die Aufgabe, die Betriebsräte zu organisieren, ist schwer. Es muß versucht werden, hier das Gesetz zu korrigieren und dem Unternehmertum eine straffe Organisation gegenüberzustellen. Das Gesetz gibt den Betriebsräten nur wenig Machtmittel; die geschlossene Betriebsrätefront muß ihnen den Rücken stärken, um die Demokratisierung der Wirtschaft, die Sozialisierung der Produktion sicher zu erreichen. Der Plan, den der Allgemeine Gewerkschaftsbund aufgestellt hat, beweist die Größe der Aufgabe, zu leicht kann da durch falsche Wege eine Ueberorganisation Nachteile bringen. Die Vorschläge halten aber eine sichere Mittellinie ein, wir sind überzeugt, daß sie eine überwältigende Mehrheit finden, trotz syndikalistischen Versuchen, die sich in Berlin austoben werden.

So darf man den drei Tagen, die für den Kongreß vorgesehen sind, mit großer Spannung entgegensehen. Wir wollen hoffen, daß es gelingt, ein festes Fundament für den wirtschaftlichen Aufbau der Zukunft zu gründen und zu sichern.

Die Brüsseler Konferenz und Frankreichs Imperialismus

Berlin, 4. Oktober. In einer Besprechung der Brüsseler Konferenz schreibt die Deutsche Allgemeine Zeitung: Die Konferenz sei nicht die Konferenz der Ohnmacht geworden, aber auch nicht die Konferenz, wo Deutschland eine neue, in Frankreich mißfallende Jammerarie mit Appelation an Europa gegen seine Gläubiger anstimmte. Europa müsse versuchen, sich selbst zu helfen. Deutschland brauche Hilfe; deshalb müsse es den gegebenen politischen Verhältnissen in weitestem Maße Rechnung tragen. Frankreich sei die größte Kontinentalmacht geworden. Es versuche durch sein Bündnis mit Belgien seine große Politik im Osten, auf dem Balkan und gegenüber England auch da zu stabilisieren, wo Ludwig XIV., Richelieu und Napoleon es vergeblich unternahmen.

Die Unruhe über den französischen Plan liege auf Europa wie ein Alp. Die wirtschaftliche Lage Deutschlands sei furchtbar. Wo bleibe die Ausführung der Versprechen bezüglich Oberschlesiens und der Kohlenversorgung von dort sowie bezüglich der Konferenz in Genf? Deutschland werde loyal sein bis zum äußersten; aber das deutsche Volk erwarte von seinen Lenkern, daß sie Frankreich von seinem eignen richtiggesehenen Vorteile überzeugen würden. Eine Nation müsse leben können, wenn sie sich nicht selbst aufgeben wolle. Deutschland sei unmittelbar vor dem Punkte, wo sich Sein oder Nichtsein entscheidet. Die Verhandlungen mit Frankreich würden zeigen, ob man dort die Wahrheit dieser Tatsache verstehe.

Um den russisch-polnischen Frieden

Eigene Drahtmeldung

Warschau, 4. Oktober. Der stellvertretende Ministerpräsident Daszynski wird nach Riga reisen, um dort in die Friedensverhandlungen entscheidend einzugreifen. Man neigt zu der Ansicht, daß ein günstigeres Ergebnis bereits in den nächsten Tagen erzielt werden dürfte. Nachdem der polnische Außenminister Sapieha auf eine direkte Anfrage des englischen Gesandten erklärt hat, daß die polnischen Truppen keinerlei Absicht haben, Wilna zu besetzen, fällt einer der beiden strittigen Hauptpunkte der neuen Moskauer Forderungen weg. Man hofft, daß Rußland dafür von seiner zweiten Forderung der Volksabstimmung in Ostgalizien Abstand nehmen werde. An hiesiger amtlicher Stelle wird erklärt, daß Polen unter keinen Umständen auf eine Volksabstimmung in Ostgalizien eingehen werde. Heute abend reist die polnische Militärkommission nach Riga, die an der technischen Festlegung der Demarkationslinie für den Waffenstillstand teilnehmen soll. Das wird als Beweis ausgelegt, daß man polnischerseits den Abschluß des Waffenstillstandes und Präliminarfriedens als unmittelbar bevorstehend ansieht.

Die Korridorfrage

Eigene Drahtmeldung

Warschau, 4. Oktober. Der Abteilungschef im polnischen Außenministerium reist heute im Auftrage seiner Regierung nach Paris, um dort an den deutsch-polnischen Verhandlungen über die Korridorfrage teilzunehmen. In einer Unterredung erklärte er, daß man polnischerseits eine günstige Lösung dieser Frage binnen kurzem erwarte.

Ablieferung der deutschen Kriegsschiffe

Eigene Drahtmeldung

Basel, 4. Oktober. Der Matin meldet: Die Auslieferung der deutschen Flotte an die Alliierten wird fortgesetzt. Gestern kam in Firth of Forth eine Anzahl deutscher Schiffe an, darunter fünf Kreuzer. — Die Schiffe sollen Ländern, die erst in zweiter Linie kriegführend waren, zur Verfügung gestellt werden, wie Brasilien, Chile und Polen.

Frankreich und Deutschland

Eigene Drahtmeldung

Paris, 4. Oktober. Der Petit Parisien schreibt: Die Rückkehr des französischen Botschafters Laurent, nach Berlin fällt beinahe mit dem Empfang des deutschen Botschafters Mayer durch den neuen Ministerpräsidenten zusammen und wirft die Frage der Handelsbeziehungen mit Deutschland auf. Diese Frage fällt in zwei Teile: erstens die Wiederaufnahme wirtschaftlicher Beziehungen, die besonders in bezug auf die Wiederherstellung der zerstörten Gebiete, die für den Export eine besondere Wichtigkeit haben, und zweitens die Wiederherstellung der zerstörten Gebiete.

Protest der tschecho-slowakischen Deutschen

Wien, 4. Oktober. Die deutschen Abgeordneten und Senatoren der tschecho-slowakischen Nationalversammlung haben an den Völkerbund eine Denkschrift gerichtet, in der sie zunächst gegen die Einverleibung von sechs Millionen Deutschen in die tschecho-slowakische Republik protestieren. Sie klagen dann vor aller Welt die tschecho-slowakische Republik an, daß sie in den drei ersten Halbjahren ihres Bestehens, gestützt auf eine nationalchauvinistische Beamtenschaft und auf die Gewalt der Bajonette, in Gesetzgebung und Verwaltung brutale Tschechisierungspolitik betrieben, jede wirkliche Demokratie, alle nichttschechischen Völker in rücksichtsloser Weise unterdrückt und jedes Einflusses auf die Leitung des Staates beraubt hat, so daß sie einen Hort der Reaktion und eine dauernde Gefahr für die friedliche Fortentwicklung Mitteleuropas darstellt. Die deutschen Abgeordneten und Senatoren richten daher an den Rat des Völkerbundes die Bitte, die tschecho-slowakische Regierung zur Durchführung ihrer im Vertrag von St. Germain übernommenen Verpflichtungen zu veranlassen und eine unparteiische, internationale Kommission in die Tschecho-Slowakei zur Prüfung der Beschwerden des deutschen Millionenvolkes zu entsenden.

Die Abstimmung über den Beginn des englischen Bergarbeiterstreiks

Eigene Drahtmeldung

London, 4. Oktober. Bei der gestrigen Abstimmung haben 530 000 Arbeiter für und 400 000 gegen den Aufschub des englischen Kohlenarbeiterstreiks gestimmt. Der endgültige Beschluß über die Erklärung des Streiks ist am 16. Oktober zu erwarten.

Das Sozialisierungsproblem im Kohlenbergbau

Wir haben bereits einen Artikel von Wissell über die Frage der Bergwerkssozialisierung gebracht. Jetzt hat sich im Vorwärts Genosse Heinrich Ströbel in einem Aufsatz geäußert, den wir nachstehend folgen lassen.

Zu den Vorschlägen der Sozialisierungskommission, wie sie jetzt in Buchform vorliegen, ist zunächst eine nicht unwichtige Feststellung nötig: Bisher sprach man immer von einem Mehrheits- und einem Minderheitsbericht. Nach dem offiziellen Bericht aber gab es keine Mehrheit und Minderheit, sondern zwei genau gleichstarke Gruppen, die je einen besonderen Vorschlag unterbreiteten, einen, der die „Vollsozialisierung" des Bergbaus empfiehlt, und einen, der für die Uebergangszeit von einem Menschenalter das Eigentumsrecht der Bergwerksbesitzer beibehalten wissen will. Die Differenz zwischen beiden Vorschlägen erscheint so groß, daß es befremdet, daß fünf von den elf Anhängern der Vollsozialisierung erklärten, sie würden im Falle der Nichtannahme ihres Vorschlages auch dem Vorschlag der andern Gruppe beitreten.

Man könnte freilich einwenden, daß die beiden Vorschläge im Grunde gar nicht so sehr voneinander abwichen, in der Hauptsache, der Form der gemeinwirtschaftlichen Organisation, stimmten sie ja überein. Beide gingen von der Ueberzeugung aus, daß die bisherige gemeinwirtschaftliche Regelung des Bergbaus sich nicht bewährt habe und daß dem Privatkapital in der Montanindustrie das freie Verfügungsrecht entzogen werden müsse. Sowohl der Entwurf für Vollsozialisierung (Antrag I), wie der Antrag II, der die Enteignung der Besitzer erst für eine spätere Zeit vorsehe, wollten ja die technische und wirtschaftliche Oberleitung des Bergbaus einer ganz gleichartigen Instanz übertragen, dem Reichskohlenrat, einer 100köpfigen Körperschaft, die sich aus Betriebsleitern, Angestellten und Arbeitern der zu schaffenden Kollegengemeinschaft sowie aus Vertretern der Konsumenten und des Reiches zusammensetzen sollten. Auch nach dem Vorschlag II werde jede selbständige Betriebs- und Preispolitik der — im Grunde nur noch nominellen — Besitzer aufhören. Denn der Reichskohlenrat übernehme die Funktionen eines Zentralsyndikates, an das die gesamte Kohlenerzeugung zum Selbstkostenpreis abzuführen sei. Die Bilanzen und Kostenberechnungen aber würden der peinlichsten Nachprüfung unterworfen. Betriebserweiterungen und Betriebsverbesserungen seien von der Zustimmung des Reichskohlenrates abhängig und Stillsetzungen und Zusammenlegungen einzelner Betriebe könnten nur von ihm angeordnet werden oder bedürften doch seiner Einwilligung. Der Reichskohlenrat sei dergestalt der faktische Träger der gesamten Kohlenwirtschaft, dem die Einzelunternehmungen als reine Verkaufsstellen angegliedert seien, die lediglich die Güterbewegung und den Verkehr mit den Verbrauchern nach Weisung des Reichskohlenrats zu besorgen hätten. Der Gewinn werde aber gleichfalls vom Reichskohlenrat festgesetzt werden und für die Unternehmer außer einer angemessenen Verzinsung des im Betrieb investierten Kapitals nur Prämienvergütungen für Mehrerzeugung und Erzeugungsverbilligung enthalten. Der Unterschied gegenüber dem Vorschlag I bestehe nur darin, daß dieser sofort auch das formale Eigentumsrecht der Unternehmer ausschalten und auf einen einheitlichen Wirtschaftskörper, die deutsche Kohlengemeinschaft, übertragen wolle, der dann durch seine Organe, den aufsichtführenden Reichskohlenrat und das den eigentlichen Betrieb leitende Reichsdirektorium, die Verwaltung des deutschen Bergbaues durchführen solle. Die Organisationsform erleide dadurch in ihrem Unterbau gewisse Abweichungen, der soziale Nutzeffekt sei in beiden Fällen der gleiche; den Bergwerksbesitzern sei jede Bereicherungsmöglichkeit auf Kosten der Allgemeinheit vereitelt, sowohl die Ausbeutung der Arbeiter und Angestellten, wie die Ausbeuterung der Konsumenten durch eine gemeinschädliche Preispolitik. Auch die Verwirklichung des Vorschlags II sei ein gewaltiger Fortschritt auf dem Wege zur Vollsozialisierung.

Wir ziehen den guten Glauben derer, die so argumentieren, nicht einen Augenblick in Zweifel, glauben jedoch, daß sie das Opfer einer verhängnisvollen Täuschung werden würden. Denn die Frage der Ausschaltung oder Beibehaltung des privaten Eigentums im sozialisierten Bergbau ist keineswegs eine minder wichtige organisatorische Divergenz, sondern der Angelpunkt der ganzen Frage. Man muß fürchten, daß der ganze Sozialisierungsversuch mit einem vollen Mißerfolg enden wird, wenn die Industrieleiter durch Konservierung des Besitzrechts von vornherein in eine

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19201004/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

ganz unmöglichen Zwitterstellung gebracht werden. Denn wie könnte man erwarten, daß die Unternehmer sich willig und mit völliger Hingabe in den Dienst der Gemeinwirtschaft stellen werden, solange ihnen die Rückkehr in den Hafen der Privatwirtschaft winkt, eine Rückkehr, die um so wahrscheinlicher würde, je schlechter sich die Tätigkeit des Reichskohlenrates bewährte. Wenn es einen Anreiz zur Sabotage gäbe, hier müßte er sich aus zwingenden psychologischen Gründen auswirken!

Nicht erst die Bolschewisten haben, nach ihren Mißerfolgen mit dem wirtschaftlichen Räusystem, entdeckt, daß die private Initiative und persönliche Verantwortlichkeit auch für die Leitung sozialisierter Betriebe unentbehrlich ist. Aus diesen Erwägungen forderte schon die erste deutsche Sozialisierungskommission in ihrem Bericht vom 15. Februar 1919 „Demokratie in den Betrieben mit einheitlicher Leitung der ganzen Industrie", „Aufbau der Unternehmungs- und Wirtschaftstätigkeit auf den schaffenden Persönlichkeiten". Und nicht nur der von Mathenau formulierte Vorschlag II verlangt jetzt für die zu sozialisierende Kohlenwirtschaft, „daß die stärksten und initiativreichsten Wirtschaftsleiter ihr erhalten bleiben", sondern auch der Vorschlag I betont wiederholt, daß in dem Direktorium möglichst freie Initiative der Tüchtigsten erhalten bleiben soll. Es handle sich dabei um „Vollsozialisierung", aber keineswegs um eine „Ueberorganisation": „Der Gegensatz ist nicht: Freie oder Zwangswirtschaft, sondern: Sozialistische oder sozialisierte Wirtschaft. Wir wollen die Sozialisierung nicht als eine nur kontrollierende und darum unfruchtbare Organisation schaffen, sondern wir wollen den im Kapitalismus ausgebauten Wirtschaftskörper durch Enteignung auf den gemeinwirtschaftlichen Gedanken einstellen, so daß alle Triebkräfte der initiativen Persönlichkeiten im gemeinwirtschaftlichen Rahmen gefördert werden, und die innere Anteilnahme und lebendige Mitwirkung aller im Betriebe Tätigen als neuer entscheidender psychologischer Antrieb und sozialer Wert erzielt wird."

Der innerste Gegensatz zwischen den beiden Vorschlägen ist hier scharf und klar herausgearbeitet. Nach dem Vorschlag II, der das Eigentumsrecht der Grubenbesitzer einstweilen unangetastet wissen will, soll der Reichskohlenrat mit seinen Fachausschüssen ganz überwiegend ein kontrollierendes Organ sein, das den in Privathand verbleibenden Betriebsleitungen die eigentliche Tätigkeit überläßt (um ihnen dann freilich durch Preis- und Gewinnfestsetzungen usw. die Gewinne beträchtlich zu beschneiden!), während der Vorschlag I dem Reichskohlenrat durch ein fünfköpfiges Direktorium zugleich ein aktionskräftiges Instrument geben will, um den ganzen Bergbau in der technisch rationellsten und gemeinnützigsten Weise zu betreiben. Während also beim System II Privatbetrieb und Unternehmerinteresse unausgesetzt mit der Gemeinschaftskontrolle und dem Gemeininteresse kollidieren müssen, ist das System I organisatorisch und psychologisch aus einem Gusse.

Gewiß, das muß der Gruppe II zugestanden werden: die radikale Umgestaltung des Bergbaus ins Sozialistische wäre „ein Sprung ins Dunkle", enthielte ein Risiko. Es fragt sich nur, ob dies Risiko nicht unvermeidlich ist und ob nicht der Vorschlag der Gruppe II gleichfalls ein Risiko enthielte, das noch bedenklicher sein könnte als das der sofortigen Vollsozialisierung. Denn bei einer unzulänglichen und unzweckmäßigen Sozialisierung des Bergbaus könnte nur zu leicht diese gemeinwirtschaftliche Organisation zu einem abschreckenden Zerrbild werden, das zur völligen Rückbildung in jene privatwirtschaftliche Organisation verleitete, deren Verwerflichkeit und Gemeinschädlichkeit heute doch alle Mitglieder der Sozialisierungskommission zugeben!

Die Halbheit und Unfruchtbarkeit des Vorschlags II kennzeichnen die Vertreter des Vorschlags I sehr zutreffend mit den Worten: „Die Sozialisierung kann nur von Erfolg begleitet sein, wenn sie den Gegensatz des privaten zum Allgemeininteresse aufhebt, nicht indem sie die Vertreter beider Interessen zwingt, zusammenzuarbeiten. Wenn man das privatkapitalistische System erhalten und es lediglich einer scharfen Kontrolle unterwerfen will, so würde man die private Initiative an ihrem Nerv treffen, ohne gleichzeitig die Vorteile des gemeinwirtschaftlichen Gedankens zu erreichen." Die Richtigkeit der Ansicht liegt für jeden auf der Hand, der sich einmal in den Zwitterzustand der Organisationsform II hineindenkt. Unten Privatbetrieb, oben Reichskohlenrat; unten Profitbestreben, oben Profitbeschneidungstendenz; unten die Betriebsleiter und Beamten als Vertrauensorgane des Unternehmertums und oben eine Kontrollinstanz, die erwartet, daß die Leitung sich den Bedürfnissen des Gemeinwohls anpaßt! Was kann bei solchem Widerstreit der Interessen und Pflichten herauskommen, als Systemlosigkeit, Mißmut, Zähneknirschen, als heimliche Sabotage! Und der Reichskohlenrat selbst wäre ja durch den Interessenwiderstreit gelähmt und zerrissen. Denn während in ihm bei einer Vollsozialisierung als Vertreter der Industrie nur für die Gesamtheit amtierende und in ihrem Interesse wirkende Betriebsleiter säßen, wären im Falle II ja die für ihr Privatinteresse kämpfenden Unternehmer und ihre Angestellten die Industrievertreter!

Ich glaube, daß eine gründliche Beschäftigung mit den beiden Vorschlägen die Partei zu derselben Ueberzeugung bringen muß. Die energische Betonung dieser Ueberzeugung aber ist von größter Wichtigkeit, da von ihr ganz wesentlich die Gestalt des von der Regierung in Aussicht gestellten Gesetzentwurfs und sein späteres Schicksal abhängen wird!

Die englische Streikgefahr vorüber?

Nach Londoner Zeitungsmeldungen haben die Grubenbesitzer den Bergarbeitern eine Lohnerhöhung um einen Schilling pro Tag vorgeschlagen, wenn die jährliche Produktion 240 Millionen Tonnen beträgt. Wie der Nieuwe Rotterdamsche Courant meldet, wird die zweite Abstimmung unter den englischen Bergarbeitern über die Frage, ob der Vorschlag der Bergwerksbesitzer angenommen werden soll oder nicht, am 11 und 12. Oktober stattfinden. Die englischen Blätter sind der Ansicht, daß die Gefahr für einen Streik jetzt vorüber ist.

London, 2. Oktober. 1500 Bergarbeiter von Llwungypia (Grafschaft Glamorgan) haben die Arbeit niedergelegt, um gegen die schleppenden Londoner Verhandlungen zu protestieren.

Berlin, 3. Oktober. Nach einer Londoner Meldung des Journals sollen in Schottland bereits mehr als 10000 Bergarbeiter die Arbeit verlassen haben. Gestern abend sei auch in London die Nachricht verbreitet worden, Smillie, der Vorsitzende der Bergarbeitergewerkschaft, sei zurückgetreten. Obwohl der Sekretär der Gewerkschaft die Nachricht widerruft, sei der Abgang Smillies durchaus wahrscheinlich.

•

Verschiebung der internationalen Bergarbeiterkonferenz

Bochum, 4. Oktober. Der Internationale Bergarbeiterkongreß hatte bekanntlich in Gent beschlossen, daß der internationale Bergarbeiterausschuß innerhalb zweier Monate nach der Genfer Tagung zusammenzutreten habe, um den Stand der Sozialisierungsfrage in den verschiedenen Ländern zu prüfen. Anschließend an den Kongreß hatte dann der internationale Ausschuß in einer konstituierenden Sitzung beschlossen, am 5. Oktober in London zusammenzutreten. Die Einladungen waren auch ergangen. Jetzt ist die Londoner Konferenz, wohl mit Rücksicht auf die schweren Streitigkeiten im englischen Bergbau, durch telegraphische Benachrichtigung der beteiligten Organisationen auf unbestimmte Zeit verschoben worden.

•

Bergarbeiterstreik in Belgien

Wie Libre Belgique mitteilt, ist im Borinage ein Bergarbeiterstreik ausgebrochen. Man wisse nicht recht, aus welchem Grund. Es scheine aber, daß die Bergarbeiter die Metallarbeiter der Gruben, die seit 14 Tagen streiken, unterstützen wollen. Das Blatt meint, man dürfe auch nicht außer acht lassen, daß seit Monaten im Borinage eine starke revolutionäre Propaganda betrieben werde. Uebrigens empfiehlt die Schlichtungskommission den Grubenbesitzern, den Bergarbeitern eine Erhöhung der Löhne um 5 bis 10 Prozent zu bewilligen.

Die Redaktion der Freiheit fliegt

Nach einer Drahtmeldung der L. V. hat die Preßkommission der Freiheit beschlossen, der Redaktion zu kündigen und sie sofort zu entlassen. Ein Antrag, die Entscheidung den Distrikten zu überweisen und der Redaktion Gelegenheit zu geben, sich in den Versammlungen zu verteidigen, wurde mit Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Er wurde unter anderm mit dem Argument abgetan, das dürfe nicht geschehen, „da die Mitglieder sonst beeinflußt werden könnten". (!) Das Moskauer Diktat (sagt die L. V.) wirft seine Schatten voraus. Die Mitglieder sollen nicht entscheiden, sondern die Instanzen, und die Mitglieder dürfen nur von den Instanzen beeinflußt werden!

Der Vorstand der Genossenschaft hat zwar das Recht des Einspruchs gegen die Entscheidung der Preßkommission, da aber über diesen Einspruch in gemeinsamer Sitzung mit einfacher Mehrheit entschieden wird, so wird der Beschluß der Preßkommission rechtskräftig werden.

Die Redaktion betont, daß sie nach wie vor auf dem Standpunkt steht, ihren Posten sofort zu räumen, wenn festgestellt wird, daß sie nicht mehr das Vertrauen der Berliner Parteigenossen hat. Ob das aber der Fall ist, könne „nur ein ordnungsgemäß herbeigeführter Willensausdruck der Gesamtheit der Mitglieder zeigen und nicht ein Beschluß einer von Gehässigkeit und Unsachlichkeit geleiteten Körperschaft". Aber die „Masse" dürfte sie kaum retten.

Zum kommenden Krach in Halle

Das Zentralkomitee der U. S. P. hatte bekanntlich beschlossen, Vertreter der ausländischen Parteien zum Parteitag von Halle nicht einzuladen. Wie nun die Rote Fahne veröffentlicht, hat der Vorsitzende des Exekutivkomitees der dritten Internationale an das Zentralkomitee ein Telegramm gerichtet, wonach das Komitee beschlossen hat, Sinowjew und Bucharin nach Halle zu entsenden und bei der deutschen Regierung um deren Einreiseerlaubnis zu ersuchen. Ueber diesen unerbetenen Besuch schreibt der Vorwärts:

„Das ist ein Knalleffekt der bolschewistischen Regie und ein schlau erdachter taktischer Schachzug. Verweigert die deutsche Regierung den beiden Russen die Einreise — aber hoffentlich ist sie gescheit und gestattet sie —, dann werden die Kommunisten sagen, die U. S. P. verkröche sich hinter den Schutz der bürgerlichen Regierung. Dürfen aber die beiden nach Halle, dann reisen sie durch den Zauber, den exotische Persönlichkeiten auf naive Gemüter immer ausüben, Sie wandernde mit sich fort und lassen die alte U. S. P. als kleines Häuflein zurück, während sie mit der neuen aus der alten U. S. P. ausgekrochenen K. P. D. einen Triumphparteitag veranstaltet. Indem Sinowjew und Bucharin sich dem Zentralkomitee, das sie gar nicht wünschte, aufdrängen, leisten sie sich eine sehr dreiste Einmischung in die inneren deutschen Verhältnisse. Es wäre sehr schön, wenn die deutsche Arbeiterschaft in allen ihren Teilen zäh und selbstbewußt genug wäre, eine solche Einmischung zurückzuweisen. Tut sie das aber nicht, so darf es nicht die Polizei an ihrer Stelle tun!

Die Sackgasse Großberlin

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Die Angelegenheit der Bildung des neuen Groß-Berliner Magistrats ist durch das Vorgehen aller bürgerlichen Parteien zu einer Angelegenheit des ganzen Staates geworden. Da den Bürgerlichen die Macht fehlte in Berlin direkt die Bildung eines ihnen nicht genehmen Magistrats zu verhindern, haben sie sich hinter die Landesgesetzgebung gesteckt und wollen demnächst in dritter Lesung ein Gesetz verabschieden, wonach zwölf von den dreißig Berliner Stadträten unbesoldet sein müssen. Das ist eine boshafte Strafmaßregel gegen Berlin und zugleich eine Hervorkehrung des plutokratischen Prinzips, denn das Amt eines Stadtrats in Berlin kann ohne Sold nur der verwalten, der durch arbeitsloses Einkommen in die Lage versetzt ist, seine Arbeitskraft kostenlos zur Verfügung stellen zu können.

Das ist ein Vorgehen, das kein Sozialdemokrat billigen kann und das insbesondere jenen Parteien schwer verdacht werden muß, die sich sonst demokratisch geben, nämlich den bürgerlichen Demokraten und dem Zentrum. Kommt aber das Landesgesetz zustande, so ist nicht ersichtlich, wie man sich gegen dieses schlechte Gesetz wehren soll, außer etwa dadurch, daß man sich einen preußischen Landtag verschafft, der ein besseres beschließt.

Die Kommunisten und in ihrem Gefolge die Unabhängigen proklamieren jetzt in Berlin in verschieden abgestuften Tönen „den Kampf mit allen Mitteln". Die Unabhängigen meinen damit den Generalstreik mit dem Ziel, den von der Stadtverordnetenversammlung gewählten Magistrat gegen das preußische Gesetz aufrechtzuerhalten. Die Kommunisten lassen aber die Katze ganz aus dem Sack, indem sie die gewaltsame Eroberung der Macht über Groß-Berlin durch politische Arbeiterräte proklamieren. Daß sie selber diesen Irrsinn ernst nehmen, ist kaum anzunehmen, aber sie brauchen ihn für ihre Anhänger.

Demgegenüber läßt die Sozialdemokratische Partei Groß-Berlins gar keinen Zweifel daran, daß sie allen Versuchen, das Gesetz gewaltsam zu durchbrechen, mit schärfster Ablehnung gegenüberstehen.

Die Berliner Genossen sind in der letzten Zeit wegen ihrer Haltung in der Magistratsfrage vielfach angegriffen worden. Die Angreifer übersehen, daß die Berliner Genossen gar nicht anders handeln konnten, als sie gehandelt haben, denn dem Angebot der Unabhängigen, gemeinsam die Gemeindepolitik auf demokratischen Boden im Sinne des Kommunalsozialismus zu führen, konnten sie sich nicht entziehen, wenn sie sich nicht dem Vorwurf aussetzen wollten, sie vernichteten die Möglichkeiten einer sozialistischen Politik, wo sie durch die gegebenen Mehrheitsverhältnisse vorhanden sind, und sein zu Handlangern der kapitalistischen Parteien herabgesunken.

Die weitere Entwicklung dieser Angelegenheit ist noch nicht abzusehen. Aber dringend zu wünschen ist es, daß noch ein Weg gefunden wird, der aus dieser Sackgasse herausführt. Die Berliner Genossen können von ihrer Richtlinie, auf dem Boden des Gesetzes alles zu tun, um eine sozialistische Gemeindeverwaltung von Groß-Berlin zu ermöglichen, nicht lassen. Die bürgerlichen Parteien und ganz besonders auch die preußische Staatsregierung sollten aber bedenken, daß es ein gefährliches Beginnen ist, in den Arbeitern den Glauben an die Demokratie zu erschüttern. Die Arbeiter dürfen nicht das Gefühl haben, daß die Demokratie ein Ding ist, das nur gilt, wo es gegen sie geht, das aber sofort wieder durch Auslegung umgebogen wird, wo es ihnen Einfluß und Vorteil verspricht. Die linksradikalen Elemente können gar nicht anders zu praktischeren Ansichten erzogen werden als dadurch, daß man sie zur positiven Mitarbeit und zur Verantwortung gegenüber dem Volk heranzieht. Nicht die Berliner Genossen haben das Spiel der Radikalen gespielt, sondern die bürgerlichen Parteien haben Wasser auf ihre Mühlen geleitet.

Die verschluckte Partei

Der Kampf in der U. S. P. ist jetzt in den spannenden Abschnitt eingetreten, in dem es sich um die Auseinandersetzung über den materiellen Parteiapparat handelt. Um die organisatorischen Einrichtungen, Mitgliederlisten, Kassen, Druckereien, Zeitungen wird gestritten. Das Problem ist für alle Parteien interessant, besonders auch für die unsre, für die es mit bekannten schmerzlichen Erinnerungen verbunden ist.

Die Auseinandersetzung unsrer Partei mit der U. S. P., als sich diese von ihr abspaltete, wurde dadurch erschwert und verdunkelt, daß sich die Spaltpartei für die eigentliche sozialdemokratische ausgab. Sie trat damals mit dem Anspruch auf, die eigentliche alte Partei zu sein und ihre alten Grundsätze zu vertreten, die von uns angeblich verlassen worden wären. Darum gab sie den alten Namen nicht auf, sondern nannte sich nur zum Unterschied von uns Unabhängige Sozialdemokratische Partei.

Diesmal ist die Problemstellung eine ganz andre. Die Linke der U. S. P. gibt sich gar nicht als Trägerin der Parteiüberlieferungen aus, sondern erklärt ganz offen, daß sie den ganzen Parteiapparat in den Besitz einer andern, schon bestehenden Partei, der K. P. D., zu bringen beabsichtigt. Das ist ein Fall, der sich in der Geschichte der politischen Parteien noch nicht ereignet hat. Hier soll der Plan ausgeführt werden, eine Organisation mit den Anhängern einer andern Organisation derartig zu durchsetzen, daß sie aufhört, sie selbst zu sein, und in die angreifende, sie durchdringende Organisation aufgeht.

Es gibt eine Schlupfwespenart, die ihre Eier auf lebende junge Raupen legt. Aus den Eiern entwickeln sich die Maden, die in den Körper eindringen und sich von ihm nähren. Schließlich ist der ganze Raupenbalg von Wespenmaden angefüllt und bricht auf. Was jetzt herauskriecht, ist etwas ganz andres als eine Schmetterlingsraupe.

Aehnlich haben die Kommunisten an der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei gehandelt. Die U.-S.-P.-Raupe wurde mit K.-P.-D.-Maden durchsetzt, und die träge Raupe war zu schwach, sich gegen die fixen Eindringlinge zu wehren. Jetzt soll die ganze U. S. P. ausschließlich ihrer alten Führer durch Mehrheitsbeschluß in die K. P. D. übergeführt werden.

Der Vorgang zeigt, wie recht der sozialdemokratische Parteivorstand hatte, als er sich vor vier Jahren dagegen wehrte, den Parteiapparat in die Hände der Unabhängigen gleiten zu lassen. Hätte er sich z. B. damals seines statutarischen Rechts begeben, das ihm auf den Vorwärts zustand, so wäre dieser heute statt das Zentralorgan der wiedererstarkten Partei ein Kampfobjekt zwischen K. P. D. und U. S. P. und würde aller Voraussicht nach demnächst in die Hände der Kommunisten übergehen.

Von diesem Schicksal, dem der Vorwärts entging, wird aber heute eine Reihe ehemaliger Parteiblätter bedroht, die durch die Arbeit sozialdemokratischer Arbeiter aufgebaut sind, manche von ihnen sind tatsächlich schon längst unter kommunistischen Einfluß gestellt. Jetzt will sich die K. P. D. auch noch die übrigen holen, dank der Einschleichertaktik, durch die sie sich scheinbar die Mehrheit in der U. S. P. verschafft hat. Die Diktatoren, die Verächter des demokratischen Mehrheitsprinzips, verwandeln sich auf einmal zu seinen begeisterten Verfechtern, wo sie glauben, mit seiner Hilfe fremdes Parteieigentum rauben zu können.

Grundsätzlich liegt die Sache aber so einfach wie möglich. Diejenigen Mitglieder der U. S. P., die Kommunisten geworden sind, können als Einzelpersonen ihren Uebertritt zur K. P. D. jederzeit vollziehen. Aber das bestehende unter ganz andern Voraussetzungen geschaffene Parteivermögen mitzunehmen haben sie nicht das Recht. Wenn die Sozialdemokratische Partei, abgesehen von einigen sehr bedauerlichen Verlusten, in der Hauptsache doch mit Erfolg den Uebergang ihres Parteiapparats in den Besitz einer andern Partei verhindern konnte, so war das nicht „Rechtsbruch" oder „Raub", sondern Ausübung des natürlichen Selbsterhaltungsrechts und Zeichen einer ungebrochenen Lebenskraft. Das widerstandslose Hinübergleiten der U. S. P. in die K. P. D. würde beweisen, daß dieser Partei eine eigene Lebenskraft wie immer gewohnt hat.

Heute heißt es für die U. S. P.: „Wer gegen die Moskauer Bedingungen stimmt, die das Ende der U. S. P. bedeuten, der wird ausgeschlossen." Hätte die U. S. P. Daseinsberechtigung, so müßte es gerade umgekehrt heißen: „Wem es in der Partei nicht paßt, wem es zu einer andern Partei hinzieht, der mag gehen, aber wir bleiben, die wir sind." Dieser Grundsatz muß für jede Partei gelten, die noch Kraft hat, selbständig zu bestehen. Die U. S. P. ist aber keine wirkliche Partei, sondern nur eine politische Gelegenheitsgründung ohne klare Grundsätze, ohne festen inneren Halt. Es liegt viel Tragik in ihrem Schicksal, aber in der Art, wie sie sich jetzt fast widerstandslos verschlucken läßt, liegt auch ein großes Stück Tragikomik.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19201004/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Neue Schwierigkeiten in Riga

Kopenhagen, 2. Oktober. Der Warschauer Korrespondent der Berlingske Tidende telegraphiert nach halbamtlichen Meldungen aus Riga: Es scheint in den Friedensverhandlungen eine ungünstige Wendung eingetreten zu sein, da Joffe, wie man annimmt, auf Befehl Moskaus, eine Reihe russischer Forderungen vorgelegt hat, auf die Polen nicht eingehen will. Die russische Abordnung erklärt u. a., daß Rußland nicht in die Eingliederung Wilnas und Grodnos in Polen einwilligen könne, da, wenn diese Städte in den Bereich Polens kämen, das eine ständige strategische Gefahr für Rußland bedeuten würde. Die russische Sowjetregierung verlangt daher, daß die polnischen Truppen sich aus Litauen zurückziehen. Ferner verlangt sie, daß in Ostgalizien eine Volksabstimmung abgehalten werde, und daß der Teil von Wolhynien, der östlich des Bug liegt, an Rußland fallen soll. Diese letzte Forderung hat in Warschau besondere Bestürzung hervorgerufen.

•

Bolschewistische Verluste

Warschau, 2. Oktober. Amtlicher Heeresbericht. Um die Reste der Sowjettruppen, die nach den letzten Kämpfen fliehen, völlig zu zersprengen, überschritten unsre Verfolgungsabteilungen den Fluß Serwecz. Dabei wurde Nowo-Grodek genommen. Südlich der Pripjetsümpfe wurde die Weiterverfolgung des sich zurückziehenden Feindes nur noch mit Kavallerie unternommen. In der verflossenen Woche wurde der Feind, der bei Brest-Litowsk, Zamosz und Lemberg die Offensive wieder ergreifen wollte, mit schweren Verlusten an Toten, Verwundeten, Gefangenen und Kriegsmaterial um 100 bis 150 Kilometer zurückgeworfen. 16 Sowjetdivisionen wurden teils ganz, teils teilweise zersprengt. Die Stäbe der 3. und 4. Sowjetarmee und der Sowjetdivisionen 21, 41, 55 und 57 sowie mehrere Brigade-, Regiments- und Bataillonsstäbe fielen in unsre Hände. Die während des letzten Teils der Offensive festgestellte Beute beträgt 42 000 Gefangene, 160 Geschütze, 960 Maschinengewehre, 18 Panzerautos, 7 Panzerzüge, 24 Flugzeuge, 2540 Waggons, 10 Lokomotiven und reiches Kriegsmaterial. Die große Menge von Material ist ein sicheres Zeichen der beabsichtigten großen feindlichen Offensive.

•

Der polnisch-litauische Waffenstillstand abgeschlossen

Warschau, 3. Oktober. Wie gemeldet wird, soll zwischen Polen und Litauen ein Waffenstillstand abgeschlossen und eine Demarkationslinie festgestellt worden sein.

Die französischen Gewerkschaften und Moskau

Der Gewerkschaftskongreß in Orleans bestimmte in seiner Sitzung am Sonnabend vormittag, daß Rey und Merrheim für die Mehrheit sprechen sollen und Frossard und Bout im Namen der Minderheit. Rey verwarf die Internationale von Moskau, die gegen die gewerkschaftliche Autonomie sei. Frossard dagegen trat für den Anschluß an die Dritte Internationale ein und verbreitete sich über die Beziehungen zwischen den Gewerkschaften und den politischen Parteien. Auch er sei der Ansicht, daß die gewerkschaftliche Autonomie für Frankreich unerläßlich sei. Er ging aber für eine Gleichstellung mit der politischen Partei ein. Die beiden Kräfte, die politische und die gewerkschaftliche, dürften sich nicht bekämpfen. Sie müßten gemeinsam vorgehen. Merrheim, der Gewerkschaftssekretär der Metallarbeiter, verwarf die Diktatur, die in Rußland herrscht. Dort müsse jeder gezwungenerweise gewerkschaftlich organisiert sein, sonst erhalte er keine Brotkarte.

In der Nachmittagssitzung am Sonnabend ereignete sich ein Zwischenfall. Frossard, der mit Cachin auf dem internationalen Kongreß in Moskau war, wollte sprechen. Ein Teil des Kongresses wandte sich lärmend gegen ihn, so daß er auf das Wort verzichtete. Es entstand ein großer Tumult, und erst als der nationale Gewerkschaftsführer Sirol erklärte, er werde ebenfalls nicht sprechen, wenn Frossard nicht das Wort gegeben werde, beruhigte sich die Stimmung, so daß nach Sirol Frossard sprechen kann.

Paris, 4. Oktober. Auf dem Gewerkschaftskongreß in Orleans liegt Jouhaux eine Entschließung vor, die die Beschlüsse von Amiens als Grundlage für die französische Gewerkschaftsbewegung bezeichnet und erklärt, daß die Nationalisierung der wichtigsten Industriebetriebe unvermeidlich wäre. Diese Entschließung wurde von der Mehrheit des Kongresses durch Handaufheben angenommen. Damit war der Kongreß beendet. Der Anschluß an Moskau ist somit von der Mehrheit abgelehnt.

Die Einfuhr von Schlachtvieh und Fleisch

Zur Prüfung der Einfuhranträge auf Schlachtvieh, Fleisch, Fleischwaren und Schmalz hat sich ein Ueberwachungsausschuß gebildet, der, wie die B. B. N. hören, aus Vertretern folgender Fachgruppen besteht:

1. Handelsgesellschaft Fleischerverband A.-G. (Haslag), Berlin;
2. Fleischwarenindustrie A.-G. (Fleag), Berlin;
3. Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine, Hamburg;
4. Fettstoffhandelsvereinigung (Fehav), Hamburg;
5. Bund der Viehhändler Deutschlands, Berlin.

Diese Fachgruppen entsenden je zwei Vertreter in einen Beirat, in dem außerdem das Reich durch zwei Beauftragte mit Vetorecht vertreten ist. Dieser Beirat hat die Anträge auf Einfuhr von Schlachtvieh, Fleisch, Fleischwaren und Schmalz zu prüfen und gibt sie an den Reichsbeauftragten für die Ueberwachung der Ein- und Ausfuhr zur Erteilung der Genehmigung weiter, wenn sie die Billigung des Beirates gefunden haben.

Der Ueberwachungsausschuß für die Einfuhr von Schlachtvieh, Fleisch, Fleischwaren und Schmalz nimmt seine Tätigkeit am 1. Oktober 1920 auf. Von diesem Tage an sind Einfuhranträge auf die genannten Einfuhren nicht mehr an die Reichsfleischstelle und die Reichsfettstelle, sondern an den genannten Ausschuß zu richten. Die Anschrift des Ueberwachungsausschusses für die Einfuhr von Schlachtvieh, Fleisch, Fleischwaren und Schmalz A. Berlin W 8, Mohrenstraße 51, Fernruf: Zentrum Nr. 6891—96.

Bemerkt wird, daß dem Ueberwachungsausschuß und den in ihm vertretenen Fachgruppen nicht etwa ein Einfuhrmonopol erteilt ist, sondern daß Einfuhranträge von allen Einfuhrwilligen an den Ueberwachungsausschuß gerichtet werden können, und daß keine Bedenken gegen die Anträge vorliegen, im Rahmen des monatlich festzustellenden Einfuhrkontingents berücksichtigt werden sollen. Ueber das zur Einfuhr gelangende Schlachtvieh behält sich bis auf weiteres die Reichsfleischstelle das Verfügungsrecht vor. Ueber die übrigen mit Genehmigung eingeführten Waren kann der Einführende frei verfügen, sofern nicht bei Erteilung der Einfuhrgenehmigung ausdrücklich etwas andres bestimmt wird, was nur ausnahmsweise der Fall sein wird.

Mayer und Leygues

Paris, 3 Oktober. Der deutsche Botschafter Mayer stattete gestern dem Ministerpräsidenten und Minister des Aeußern Leygues seinen ersten offiziellen Besuch ab. Mayer versicherte zu wiederholten Malen mit aller Entschiedenheit, Deutschland sei gewillt, den Friedensvertrag in seinem vollen Umfange bis an die Grenze des Möglichen zu erfüllen. Leygues erwiderte dem Botschafter, wenn Frankreich den guten Willen Deutschlands bei der Ausführung des Friedensvertrags erkennen könnte, so würde die Regierung der Republik gewiß alles tun, um die Lage Deutschlands hinsichtlich seiner Verpflichtungen zu erleichtern und um die Wiederaufnahme der normalen Beziehungen zwischen beiden Ländern zu fördern. Der Ministerpräsident fügte hinzu, daß unter solchen Umständen die Wiederaufnahme und Entwicklung der Handelsbeziehungen, die durchaus in der Absicht der französischen Regierung liegen, zum gegenseitigen Vorteil der beiden Länder sehr erleichtert würden. Der deutsche Gesandte erklärte, daß die Wiederanknüpfung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland, insbesondere der deutschen Regierung, erwünscht wäre. Die Unterhaltung, die von beiden Seiten durchaus offen und aufrichtig geführt wurde, gestattet ein günstiges Urteil über den Charakter weiterer Besprechungen.

Die Organisation der Kreditgewährung

Brüssel, 3. Oktober. Die am Freitag begonnenen Besprechungen über die Möglichkeiten der internationalen Kreditoperationen wurden gestern durch längere Ausführungen des holländischen Bankdirektors Termeulen fortgeführt. Termeulen führte aus, daß in jedem Falle Kredite heute nur auf rein wirtschaftlicher Basis und gegen ausgezeichnete Garantie gewährt würden. Zur Ueberbrückung aller Schwierigkeiten, die sich aus den nationalen Währungen, seinen Schwankungen usw. ergeben, schlägt Termeulen die Bildung einer Zentralkommission vor, die aus namhaften Finanzsachverständigen zusammengesetzt ist und deren Aufgabe es sein soll, die angebotenen Sicherheiten eines kreditsuchenden Landes zu prüfen und die Höhe der zu gewährenden Anleihe festzustellen. Darauf gibt die betreffende Regierung eine Art von Schuldscheinen aus, deren Verzinsung im Einverständnis mit der Zentralkommission festgesetzt wird. Die Schuldscheine verpfänden gewisse öffentliche Einnahmen des Landes und dienen lediglich als Sicherheit für die Kredite. Falls eine Nation, die die ausgegebenen Obligationen selbst verwaltet, ihre Verpflichtungen nicht einhält, so würde sofort die Verwaltung der als Sicherheit bestimmten Einnahmen einer Unterkommission der Zentralkommission übertragen werden. Die Erträgnisse der verpfändeten Einnahmen werden auf jedes der Länder, dessen Exporteure Kredite bewilligt haben, in der Höhe desselben überschrieben und daraus die Zinsen gezahlt. Ein etwaiger Ueberschuß nach Auslösung der Obligationen geht an die Regierung des ausgebenden Landes zurück. Alle sonst sich ergebenden Fragen werden direkt zwischen Importeur und Exporteur geregelt. Für dieses Projekt ergab sich von verschiedenen Seiten eine grundsätzliche Zustimmung. Auch die französischen Abgeordneten sind für diesen Plan. Die besondere Kommission, die die Ergebnisse aus den Besprechungen über die internationale Finanzlage in einem Memorandum zusammenfassen soll, ist bereits gebildet. Anfang nächster Woche arbeiten nur die Kommissionen für Fragen der Wechselkurse, der internationalen Handels- und Kreditbeziehungen. Die Ergebnisse der Ausschußberatungen werden wahrscheinlich am Mittwoch oder Donnerstag der Konferenz vorgelegt werden. Von deutscher Seite ist in diesen Ausschuß Prof. Dr. Lotz, München, gewählt. Nachmittags äußerte sich der Franzose Avenol zu dem Vorschlage Termeulens über den internationalen Handelskredit dahin, daß dieser Vorschlag gegen den von Delacroix einen Fortschritt bedeute. Er sei mehr anpassungsfähig und habe hauptsächlich den Vorzug, Schuldner und Gläubiger in unmittelbaren Beziehungen zu einander zu belassen. Avenol spricht seine Zustimmung unter Vorbehalt aus, weil nach seiner Meinung eine internationale Organisation, die die finanzielle Solidarität der Völker praktisch verkörpern würde, notwendig sei. Hierauf wurde die Erörterung geschlossen. Die Tagesordnung der Konferenz ist erschöpft. Nunmehr wird dem Ergebnis der Ausschußberatungen entgegengesehen.

Ein Jahr Technische Nothilfe

Die Technische Nothilfe besteht am 30 September ein Jahr. Sie verwahrt sich entschieden gegen den Vorwurf eine Streikbrecherorganisation zu sein und betont, sie erblicke ihre Aufgabe nur darin, im Falle der Not dafür zu sorgen, daß die Allgemeinheit ihre lebensnotwendigen Bedürfnisse befriedigen kann, daß Nahrungsmittel vor dem Verderben geschützt, daß die Produktionsmittel und damit die Arbeitsgelegenheit für die Arbeiter sowie andre volkswirtschaftliche Güter, die für uns unersetzbar sind, erhalten werden. Ueberdem Recht des einzelnen stehe das Recht der Allgemeinheit. Sie vermeide es durchaus, produktive Arbeit zu leisten, sondern sorge nur für die lebensnotwendigsten Bedürfnisse der Allgemeinheit und verrichte im übrigen nur werterhaltende Arbeit. Sie handle nicht selbständig, sondern die maßgebenden Behörden entscheiden, ob, wann und wo die Nothelfer eingreifen sollen.

Die Gesamtmitgliederzahl der Technischen Nothilfe ist von 865 bei der Gründung auf rund 120 000 angewachsen. Im ersten Jahre ihres Bestehens ist sie in 885 Fällen mit 20 770 Nothelfern, die insgesamt 521 521 Stunden arbeiteten, zur Verrichtung von Notstandsarbeiten aufgerufen worden. In 56 Elektrizitätswerken, 54 Gaswerken, 19 Eisenbahnbetrieben, 15 Schlachthöfen und Kühlanlagen, in zahlreichen Gruben und Bergwerken, in der Schiffahrt, bei der Post, in Zuckerfabriken, Brauereien, Bäckereien, Fettbearbeitungsanstalten, Maschinenhäusern, Bau- und Transportunternehmungen, in der Landwirtschaft, in der Krankenpflege, im Bestattungswesen, bei Bekämpfung von Naturereignissen und bei andern gemeinnützigen Zwecken hat die Technische Nothilfe zur Erhaltung und Sicherung von Werten vor dem Verderben und zur Sicherstellung der Versorgung der Allgemeinheit mit den notwendigsten Lebensbedürfnissen eingegriffen. Dadurch wurden u. a. vor dem Verderben bewahrt: Butter im Werte von 4 250 000 M., Getreide im Werte von 11 900 000 M., Mehl im Werte von 11 000 000 M., Fleisch im Werte von 50 200 000 M., sonstige Lebensmittel im Werte von 35 000 000 M.

Diese Ergebnisse sind derart beachtenswert, daß sie auch von der Arbeiterschaft nicht übergangen werden können. Besser wäre es freilich gewesen, wenn das Eingreifen der Technischen Nothilfe zur Sicherung derartiger lebensnotwendiger Werte für die Allgemeinheit nicht notwendig gewesen wäre. Sache der Gewerkschaften muß es sein, durch ständige Erziehungs- und Aufklärungsarbeit besonders unter den vielen Millionen neuer Gewerkschaftsmitglieder das Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber dem Volksganzen so zu heben und zu stärken, daß durch die gewerkschaftlichen Bewegungen lebensnotwendige Werte niemals gefährdet werden und so die ganze Einrichtung der Technischen Nothilfe gänzlich überflüssig wird.

Ruhestands- und Hinterbliebenen-Bezüge

Von zuständiger Seite wird uns geschrieben: Die nach früheren Pensionsgesetzen geregelten Bezüge der Staatsbeamten im Ruhestande, der Witwen und Waisen verstorbener Staatsbeamten und Lehrer sind durch das Gesetz vom 21. Mai 1920 erhöht worden. Die Berechnungen und Feststellungen der Erhöhungen sind jedoch umständlich, schwierig und zeitraubend. So sehr nun auch die damit betrauten Behörden und Beamten alle ihre Kraft zu tunlichst baldiger Neuregelung anspannen, so lassen sich doch die vielen Tausende solcher Einzelberechnungen nicht so schnell erledigen, wie es die Ruhestandler und die Hinterbliebenen von Staatsbeamten mit Recht wünschen. In den Monaten Juli, August und September hat deshalb die Staatsverwaltung auf die vom Monat April 1920 an zu berechnenden Erhöhungen Vorschüsse an die Empfangsberechtigten gewährt, und zwar so, daß die auf früheren Gesetzen beruhenden Monatsbeträge für die drei Monate verdoppelt werden. Damit sind auf die 6 Monate April bis mit September je die Hälfte der früheren Bezüge als Vorschuß entfallen. Für diejenigen Empfänger von Ruhegeld, Witwen- oder Waisengeld, für deren die neuen Sätze noch nicht bei der Zahlung in den kommenden Monaten berücksichtigt werden können, sollen auch jetzt 60 Prozent der nach den früheren Gesetzen berechneten Monatsbeträge als Vorschuß weitergewährt werden. In solchen Fällen würde also für Oktober und November, nicht wie im September, der doppelte Betrag der früheren Bezüge, sondern der 1½fache Betrag unter Abzug der Reichseinkommensteueranteile gezahlt werden. Die beteiligten Behörden und Beamten arbeiten mit Einsatz aller verfügbaren Kräfte an der baldigen Erledigung der Neuberechnungen. Ihre Arbeit würde wesentlich gefördert, wenn sie nicht gleichzeitig mit der Erledigung außerordentlich zahlreicher Einzelfragen bestürmt würden. Im Interesse der schnellen Erledigung ist dringend zu wünschen, solche Einzelfragen zu unterlassen. Nehmen sie weiter zu, so würde auf rechtzeitige Benachrichtigung nicht gerechnet werden können.

Deutsches Reich

Weder Urheber noch Führer!

Kiel, 1. Oktober. Das Verfahren wegen Hochverrats gegen den Konteradmiral a. D. v. Levetzow, den früheren Leiter der Kieler Sicherheitspolizei Major a. D. v. Winterfeldt, Bürgermeister a. D. Lindemann (Kiel), Landrat a. D. Freiherrn Loew von und zu Steinfurth in Habersleben und gegen den früheren Regierungspräsidenten v. Pauli (Schleswig) vor dem Reichsgericht ist eingestellt. Die angeordnete Vermögensbeschlagnahme ist aufgehoben. In der Begründung heißt es, daß nach den angestellten Ermittlungen die Angeschuldigten weder Urheber noch Führer eines Hochverratsunternehmens im Sinne des § 1 Abs. 2 des Gesetzes über die Gewährung von Straffreiheit vom 1. August 1920 gewesen sind. Dem Antrag des Angeschuldigten v. Winterfeldt auf Wiederaufnahme des Verfahrens konnte nach Ansicht des Senats nicht stattgegeben werden.

Es wird immer klarer, daß der ganze Kapp-Putsch nur in der Einbildung bestanden hat. Man sollte wenigstens so ehrlich sein, auch das Verfahren gegen Kapp einzustellen, der sicher im Sinne des Reichsgerichts auch nicht Führer war, und ihm einen Ehreneinzug nach Deutschland bereiten!

Die Verreichlichung der Wasserstraßen. Das Berl. Tagebl. meldet: Die Wasserstraßen sollten mit dem 1. Oktober 1920 in den Besitz des Reiches übergehen. Der Termin ist inzwischen aber auf den 1. April 1921 verschoben worden. Preußen hat beim Reich für die Abtretung seiner Wasserstraßen eine Reichsentschädigung von 150 Mill. Mark gefordert.

Belgien bestellt deutsche Eisenbahnwaggons. Die die V. V. N. erfahren, hat das belgische Eisenbahnministerium einen neuen Auftrag für Eisenbahnwagen nach Deutschland vergeben. Es wurden diesmal 8000 Güterwagen bestellt. Der Preis beträgt für den Wagen 21 000 Frank, die belgischen Konstruktionswerkstätten verlangten 24 000 Frank.

Entschiedene Schulreformer. Vom 2. bis 6. Oktober findet in der großen Gemeindefestsäle Berlin-Lankwitz (12 Minuten vom Potsdamer Vorortbahnhof) die Herbsttagung des Bundes entschiedener Schulreformer unter dem Thema: Arbeitsschule und Produktivität statt. Die Tagung wird zum ersten Male den Versuch machen, die Erziehungs-, Siedlungs- und Produktionsprobleme im Zusammenhang zu erfassen und zu erörtern. Sehr namhafte Männer (Vogeler-Worpswede, Kranold, Wilker, Migge, Oestreich, Karl Goetze, Elis. Rotten) aus allen Teilen des Reiches werden reden. Jedermann hat Zutritt. Karten, Programme, Auskünfte durch Dr. Franz L. Müller, Berlin-Lankwitz, Gluckstraße 11.

Spaltung in Württemberg. Auf der Landesversammlung der U. S. P. D. in Cannstatt wurde die Spaltung der Partei vollzogen. Nach stürmischer Debatte über den schließlich angenommenen Antrag der Anhänger der Moskauer Bedingungen, den Landesvorstand neu zu wählen, verließen etwa 70 Delegierte den Verhandlungssaal, während die Anhänger Moskaus, 170 Delegierte, weitertagten.

Starker Besuch der Frankfurter Messe. Der erste Tag der dritten Frankfurter Internationalen Messe hatte einen Riesenbesuch aufzuweisen. Aus dem Auslande und besonders auch aus Irland sind Tausende von Einkäufern erschienen. Das Geschäft am ersten Tage war im ganzen recht befriedigend. Aus Schweden sind mehrere hundert Einkäufer eingetroffen. Bereits ist ein Sonderzug aus Dänemark angekündigt.

Aus aller Welt

Selbstmordversuch des türkischen Thronfolgers

Paris, 4 Oktober. Wie die Associated Preß aus Konstantinopel meldet, hat der türkische Thronfolger Abdul Medschid einen Selbstmordversuch unternommen aus Verzweiflung über die Lage seines Landes.

Metallarbeiterstreik in Spanien

Bilbao, 3. Oktober. Die Metallarbeitergewerkschaft beschloß heute den Generalstreik auszurufen. 8500 Arbeiter feiern. Alle Fabriken und Metallschmelzen stehen still. Es arbeiten nur die zur Instandhaltung der Hochöfen unentbehrlichen Arbeiter. Es herrscht Ruhe.

Aufstand in Indien

Paris, 4. Oktober. Nach einer Matin-Meldung aus London wird dem Ministerium für Auswärtiges aus Bombay telegraphiert, daß in Indien große Unruhen ausgebrochen seien. Auch aus Assam werden Unruhen auf einer Teeplantage mitgeteilt, wobei fünf Engländer, darunter der Polizeichef, schwerverwundet worden seien. Die Lage sei gefährlich. Es seien Truppen zusammengezogen worden.

Polizeibericht

Schreibmaschinendiebstähle. Am 24. September 1920 wurden in der Fabrikstraße mittels Einbruchs eine Schreibmaschine Erika, Nummer unbekannt (Typen 7, 8, 9 und 0 schlagen [illegible] an), und in der Nacht zum 1. Oktober 1920 in der Dirnaer Allee eine Schreibmaschine, Mercedes Nr. 27 874, gestohlen. Die Kriminalpolizei bittet um aufklärende Mitteilungen.

Beim Fundamt des Polizeipräsidiums befinden sich zwei Schuldverschreibungen des Deutschen Reiches vom Jahre 1915, Lit. D, je über 500 M., mit den Nummern 1566915 und 1566916, sowie elf Stück 5prozentige Kupons der Deutschen Reichsanleihe, je über 12,50 M., und ein Einschreibebrief der Nr. 15[illegible] in Verwahrung. Empfangsberechtigte wollen sich beim Fundamt, Schießgasse 7, I., Zimmer 107, melden.

Devisenkurse

Berlin, 2. Oktober. (Amtlich.)

		2. 10. Geld	2. 10. Brief	1. 10. Geld	1. 10. Brief
Holland	100 Gulden	[illegible]	1911,95	1913,05	1916,95
Schweiz	100 Frank	[illegible]	[illegible]	986,50	988,50
Ungarn (alte)	100 Kronen	23,97	24,03	—	—
Wien (deutschösterr. abgest.)	100 Kronen	25,22	25,28	25,34½	25,40½
Prag	100 Kronen	81,27½	81,47½	81,52½	81,72½
Spanien	100 Peseten	[illegible]	[illegible]	[illegible]	901,90
Brüssel-Antwerpen	100 Frank	414,55	415,45	412,55	413,45
Italien	100 Lire	254,70	255,30	254,70	255,30
London	1 Pfd. Sterl.	213,75	214,25	213,50	214,—
Newyork	1 Dollar	61,13	61,27	61,55	61,69½
Paris	100 Frank	412,05	412,95	409,55	410,45

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19201004/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Mehrere tüchtige [1628]

[illegible]

zum Bau einer neuen Maschine für süddeutsche Großstadt zum baldigen Eintritt gesucht. Für wirklich erstklassige Facharbeiter angenehme und einträgliche Stellung.

Ausführliche Bewerbungsschreiben von arbeitsfreudigen, soliden Herren sind zu richten unter **V. M. 5** an die Exped. d. Bl.

Dresdner Volkshaus

Rizendergstraße 2, am Schützenplatz

Ausschank von stark eingebrautem Echt Kulmbacher aus der Ersten Kulmbacher — Exportbierbrauerei. —

Ein wirklich gutes Bier. [b532]

Vaterland Licht-Spiele

Freiberger Platz – 20.

Täglich 5–10, Sonntags 3–10 Uhr.
Erstaufführung!

Die Liebe der Sklavin.

Eine Tragödie aus dem Orient in 5 äußerst spannenden großen Akten mit **Esther Carena.**

Dazu ein herrliches Lustspiel in 3 Akten. [b512]

Hansa-Theater, Görlitzer Str. 13.

Tageskasse 10–12 Uhr. — Tel. 13:21.

H. Apels Original-Marionetten-Theater.

Dienstag, Mittw., Donnerstag nachm. 4 u. abends 7½ Uhr:

Der Trompeter von Säckingen.

Schausp. m. Ges. 1 6 Akt. – Vorwerk Res.-Kauth.

Das Fest Weiß-grün-gold! Einzig in Dresden!

Z bleibt Z

Paradiesgarten

Dr.-Zacherlstr. 2 = Endstat. Linie 5
Heute Montag, 6½ Uhr
Die gr. Paradiesballschau
2 Kapell.: Wandow-u. Hellig-Orchester
Tanz-Diele! Vornehmer Verkehr!

Ball-Anzeiger

für Montag den 4. Oktober

Carolagarten — Gerokstraße 27 — Montags 6, Sonntags 4 Uhr — Straßenbahnlinien 1 und 3.

Deutsche Reichshalle — Feensaal — Königsbrück. Str. Straßenbahnl. 5, 7 und 13.

Schubertsaal — Hamburger Straße 65 — Montag, 6 Uhr — Gr. Gesellschaftsball. Zeitgemäße Dekoration.

Stadt Leipzig — Vornehmer Tanz-Palast. — Linien 10 und 13. — Fledermaus-Bar. Marschner-Orchester.

Dienstag den 5. Oktober

Gasthof Pieschen — Torgauer Str. 38 — Straßenbahnlinien 10, 13 — jetzt Dienstags, 6 Uhr

Goldnen Lamm — Trachau — Leipziger Straße 220 — Straßenbahnlinien 10 u. 13 — Künstlerkapelle Parsch.

Musenhalle — Kesselsdorfer Str. 17 — Künstlerkapelle Tietze — Neueste Tänze.

Konkurrenzlos

Annensäle Tischhofplatz 10

● Neu! Achtung! Neu! ●

Die schönsten Säle Dresdens mit einer Muster-Wein- u. Tanz-Diele

Heute Montag berühmtes [m256]
ff. Meißner Most-Fest (Schattenseite?)

Heute Montag der feine beliebte

Anfang 8½ Uhr **Damenball.** Anfang 8½ Uhr

Versäume niemand

Musenhalle, Löbtau

Sonntags von 4 Uhr an, Dienstags von 6 Uhr an

Große Ballfeste

Gänse: [illegible] Tänze. [m175]

Montag, 6 Uhr: **Vornehmer Ball.**

Tanzkapelle, Dir. G. Schönberg.
Nur Eintritt! – Tanz frei!
Telephon. Zwischenstationen 7, 13, 22. [b 5[illegible]]

Drei-Kaiser-Hof

Dienstag und Mittwoch

billige Seefische!

Merlans, Pfd. 2.– M., **Schellfisch,** Prachtfische, Pfd. 3.– M., **Seelachs,** ohne Kopf, in ganzen Fischen Pfd. 3.25 M.

ff. Oelsardinen in roter Pack., Dose v. 2.75 M. an.

Webergasse 30 Telephon 19930.

Nordsee

Görlitzer Str. 1 Telephon 21470.

ff. Bücklinge ½ Pfund 4.00 M.

[1354]

Billigste Bezugsquelle für Wirte und Wiederverkäufer.

M.S. Licht-Spiele

Moritzstraße 10.

Ab Dienstag den 5. Oktober
Uraufführung des größten Abenteuer-Filmwerkes

Die rächenden Brüder

4. Teil

Die Keller des roten Schlosses

Ferner das amüsante Lustspiel

Heiraten mußte!

Du lachst dich kaput!

Anfang Punkt 4 Uhr.

Im Interesse der Theaterbesucher wird gebeten, die Nachmittagsvorführungen vorzuziehen, da abends ohne langes Warten für Sitzplätze nicht garantiert werden kann. [b331]

Billige Strümpfe

Damen-Flor-Strümpfe ℳ 6.50, 12.–, 16.50, 19.–
Damenstrumpf in 1 mal 1 gestrickt, ℳ 9.50, 12.50, 16.–, 19.50
Kinder-Strümpfe ℳ 1.20, 1.80, 2.50, 3.50, 5.–
Kinder-Söckchen ℳ 1.50, 2.50, 4.–, 5.50
Herren-Socken ℳ 4.80, 6.–, 7.50, 8.50
Herren-Socken, prima schottisch Mako, ℳ 12.–
Schwitzer ℳ 6.–, 7.50, 8.50, 9.50
Schwitzer-Aermel in allen Größen und Farben
Annähfüße in allen Farben, ℳ 1.50, 2.50, 3.50, 5.50, 6.75
Sportgamaschen ℳ 14.50, 18.50, 22.–, 26.–
Bade-Anzüge ℳ 19.50, 22.50, 25.–
Nähfaden, 1000 Meter, ℳ 12.– [b363]

Paul Krause, Gerokstr. 54

Bautzner Straße 23 — Große Pirnaensche Straße 33

Jesche Damenhüte

Mädchenhüte, Sport- und Reisehüte

finden Sie in größter Auswahl zu sehr mäßigen Preisen bei

Wir übernehmen das Modernisieren unbenutzter Hüte schnellstens nach neuesten Formen [b333]

Heinrich Basch & Co.

König-Johann-Straße

Königshof-Theater, tägl. 7½ Uhr: **Der Leidensweg einer Frau.** Ehetragödie von Jacobs.

Tages- und Abendkurse in Stenographie u. allen Handelsfächern beginn. in der ersten Oktoberwoche. Für Anfänger **Engl. u. Franz. Rackow** Altmarkt 15. [b354]

Englisch

Kursus für Anfänger Beginn: [j154] 6. Oktober, 7½ Uhr abds. Monatlich 15.– M. Anm.: Blochmannstr. 15, 2.

Nimm nichts krumm, Komme nicht in Wut, Spielhagens Rum Macht alles gut!

Rum Arrak Weinbrand Kognak Nordhäuser

C. Spielhagen

Annenstraße 9

Bautzner Straße 9. [b332]

Gelegenheitskauf!

1 Ausziehtisch 4 Stühle } alles neu

Unsit. bald. billig zu verk. Fürstenplatz 2, part. l. [b969]

Zuverlässige

Zeitungsträgerin

für Marschallstraße und Ziegelstraße sucht

Filiale Gerokstrasse 57.

Architekt Emil Zschiesche

Baugeschäft, Leuben-Dresden

Bureau für zeitgemäße Bauweise. — Kleinhaus-, Landwirtschafts-, Industrie- und Gemeindebauten. Geschäfts- und Lagerhäuser. — Bauzeichnungen — Kostenanschläge — Bauberatung — Bauleitung.

Volks-Detektiv „Dimroth" [b 196]

Prager Straße 33, I. Tel. 19548

erl. auch die schwierigsten Auskünfte, Ermittlungen, Beobachtungen und schafft Beweismaterial in allen Prozessen. Rettet aus bedrängtester Lage. Abonnenten der Dresdner Volkszeitung 15 Proz. Rabatt

---

Möbel aller Art in echt u. gemalt, in solid., geschmackvoll., neuzeitlicher Ausführ. bei billigst **Hildebrandt in Wilsdruff** Eigene Tapezierwerkstatt.

Städtisches Bestattungs-Amt

Stadthaus Annenstr., Am See 2

Fernrufe Nr. 14385. 17339. 20082.

Beerdigungen u. Feuerbestattungen

in jeder Ausführung. Anschläge kostenlos. Annahme von Einzahlungen. Sofortige Bestellung der Bezirksheimbürgin. Die Rechnungen werden amtlich geprüft und abgestempelt. [j105]

Trauringe

333 und 585 Gold, eigene solide Anfertigung, große Lager in Goldschmiede-Werken Wettinerplatz 9. Eingang Wettinerstraße Nähe Kaiserplatz.

Bade-wannen jeder Art liefert **Otto Gralchen** Trompeterstr. 15 Zentraltheater-Passage [b 1[illegible]]

Krauses Spar-Koch- u. Wärmetopf

Verbrauch in 3½ Std. für 25–30 ℔ Hausmannskost, übertrifft alle bisher auf dem Markt befindlichen Sparöfen. Unzählige Zeugnisse. Vertreter überall gesucht. Generalvertretung und Verkauf: **Artur Fünfstück** Wallstr. 23. — Tel. 1[illegible]

Moderne Küchen lackiert, weiß u. gebeizt, sehr billig zu verkaufen. **Mühe,** Tischlerei und Dekorateur, **Kl. Brüdergasse 9,** neben Röthjer Waaren-Einkaufsverein. Kein Laden, daher die billigen Preise. Eingang Hausflur. Günstige Gelegenheit auch für Ostern.

Neue Ia Stahlmatr. 100 M. schon von 100 ℳ an, neue Kuttelge-Matr. 3-u. bel. 6 neue Chaiselongues, ℳ 250 Mangel, n. 2–4 Uhr rein. bei Jattke, Elisenstr. 3/4.

Körper und Nerven

stärken Sie durch den **regelmäßigen** Gebrauch von Dr. Oetker's Eiweiß-Nahrung

Urkraft

Ärztlich empfohlen.

Zu haben in Schachteln zu 5 und 10 Mark in Kolonialwaren- u. Drogerien, wo nicht, wende man sich an Trocknungswerke Ce. Fer. & Co. G.m.b.H. Bielefeld.

Alte Gebisse, Zahn 8 Mark, Platin, Gold, Silber (Bruch) zahle höchsten Tageskurs

Beyer, Mathildenstraße 40, I. Geschäftszeit 9–1 Uhr. Straßenbahnen: 1, 2, 3, 5, 18, 19, 21, 22, 23 a. 26. [b[illegible]]

Feuerbestattungen
Beerdigungen, Ueberführungen
Dresdner Beerdigungs-Anstalten

Pietät und Heimkehr [j337]

Am See 26 — Bautzner Str. 37
Fernr. 20157 u. 20158. — Fernr. 25091.

Kostenfrei für Beerdigungen. Besorgung der Behördenangelegenheiten.
Auskünfte und Kostenanschläge unentgeltlich.

Friedrich Stampfer:

Von Versailles zum Frieden

Der Weg vom Scheinfrieden zum wirklichen Frieden!

Stampfer beschränkt sich nicht allein auf die Kritik der in Versailles geschaffenen Vertragsbedingungen, sondern er bewies die Möglichkeit, ohne neue Kriege und ohne eine abgrundtiefe neue Friedensbedrohung durch Verschärfung der Beziehungen zwischen Deutschland und seinen bisherigen Gegnern, durch Beschleunigung und verständnisvolle Lösung und Ausführung des Vertrages einen Weg zu finden, der anderen Völker ähnlichen Zustand zu schaffen. Eine knappe und engl. Ausgabe ist in Vorbereitung.

Preis 4.– Mark

Zu beziehen durch die

Volksbuchhdlg. u. ihre Filialen

Grundsätze des Kommunismus

Eine lehrbuchmäßige Darlegung von Friedrich Engels. Zu beziehen durch die Volksbuchhandlung u. ihre Filialen

---

Bruno Senewald Dresden-A. 16 Tatzberg 25

übernimmt **Umzüge** in der Stadt sow. nach allen Orten des In- u. Auslandes, Einlag. ganz. Hausstände sow. einz. Gegenstände. [m258]

Ueberbiete jedes Angebot!

für **Zinn, Kupfer, Messing, Blei, Zink, Zeitungen, Bücher, Akten, Zeitschriften. Höchste Preise für Hauslumpen, Sekt- und Weinflaschen.** [b994]

Störer. Herpigerschön: Pillnitzer Str. 39. Filiale: Zellerstraße 8, Hof.

Seiferts Bananen-Mehl

schafft Kraft für Kinder, Kranke und Blutarme.

Garantiert reines Naturprodukt.

Nur erhältlich in gelben Paketen mit der Negerin in den einschlägigen Geschäften.

Ges. geschützt

Generalvertretung f. Ostsachsen: **Artur Götze, Dresden-A., Schäferstr. 91.** Tel. [illegible] [b 457]

Joh. Kreisel & Co. UHREN & GOLDWAREN 16 DRESDEN PILLNITZER STR. 16

langjähriger Mitarbeiter d. Firma Gustav Seyffert

Einkauf von altem Gold, Silber, Platin, Brillanten zu höchsten Preisen für eignen Bedarf. [b363]

Illustrierter Neue-Welt-Kalender für das Jahr 1921

45. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

Kalendarium. — Rückblick. — Beachtenswerte Kurzes. — Geschichtes. — Unsere Toten (mit Porträts). — Wo ein Toter Schlummer hält. Gedicht von Ludwig Jessen. — Messen und Märkte. — „Hat." Gedicht von Ernst Preczang. — ... und nicht verzweifeln. Von Erwin Barth (mit Illustration). — Friederike Mutter. Eine Waschfrauengeschichte aus dem Badischen. Erzählung von Annie Stempel-Kehrmann (mit Illustration). — Volkswirtschaftliche Notizen. — Die neue Arbeiterdichtung. Von Franz Diederich (mit Porträts). — Gemeinsamkeit und Gleichheit. Von Arbeiter. Ungelk. — Proben moderner Arbeiterdichtung. Gedichte. — Arbeit. Eine [illegible] von Wilhelm Heinrichsen (mit Illustration). — Fest Fortestier. Gedichte. — Wilhelm Weitling in seinen späteren Jahren. Von K. Neurabsen (Illustrationen). — Landagitation. — Die Unterernährung und ihre Bedeutung für die Volksgesundheit. Von Dr. Georg Wolff (mit Illustrationen). — Mann und Frau. Von August Bebel. — Bergbahnen. Von Ernst Trebesius (mit Illustrationen). — Für Bergleute, Arbeiter- und Angestelltenrechte. Von Arbeiter. Rechtsrat (Illustration). — Politik: Statistik jetzt 73 Staaten. — Rechtschicht. Erinnerung von Herbe Post (mit Illustrationen). — Die Neuordnung unseres Siedlungswesens. Von M. Gilinger (mit Illustrationen). — Vom Geld. Von Dr. Alfred Stinzer. — „Mein lieber Vater" und „Der Polier". Gedichte. — Abreißende Blätter. — Für unsere Adtellosen. — Außerdem ein Bild auf Kunstdruckpapier: „Vorwärts!" Zeichnung von [illegible] ein [illegible]kalender usw.

Preis 2.25 M.

Zu beziehen durch die

Volksbuchhandlung und ihre Filialen.

TABAK

rein Uebersee, 100-Gr.-Pak. 3.40 ℳ, Carmi, 100-Gr.-Pak. 4.50 ℳ, Uebersee-Mischung, 100-Gr.-Pak. 4.20 ℳ, Blattware, 100-Gr.-Pak. 4.00 ℳ, Marine-Shag, 50-Gr.-Paket 3.30 ℳ, Carmi-Shag, 50-Gr.-Pak. 6.00 ℳ. Probesendgn. von 9 Pfund an grz. Nachn. **Zigaretten,** heh. Tabak, 100 Stück 24–28 ℳ. **Karl Michel,** Tabakfabrik, Worms a. Rh. 14.

Bett- und Leibwäsche sowie Tisch- u. Kücheninwäsche, Gardinen, Vitrag. u. Federbett., H. Friedrichs., verkauft sehr preiswert Engling, Altmarktstr. 12, 1.

Stuhlflechtrohr echtes, 24 mm Stärke, auch an Wiederverkäufer liefert **Max Hoppel** Flurmöbelbedarf **Zöllnerstraße Nr. 5**

Dauerwäsche in Qual., Gummiwaren Sanitätsgarn. [j[illegible]] **Orient, Judenhof 3.**

Farben, Lacke, Pinsel, Schabl., Schmaase, Weiße, Tab., Zigarr. Kalk. Da Maler, Farb.-Gleichb. b. Kaul, Dresden, Brückenstr. 21

Haarnisse im Freuden- u. Mädchenhaar entfernt gerauschlos sofort [j198] **Nisska** [illegible] Aufklärung kostenl. **Fr. A. Mückenhaupt Nürnberg U 16**

Frauenschutz Alle jungen Frauen, welche Wunsch haben, ihre Adresse zur Kenntnis zu geben [j175] **R. Kühn,** Sommerfeldstr. Sedanner Straße 130.

Mutter- Spritzen und Spülkannen empfiehlt zur Versandhaus „Diskret" Freiberger Pl. 1

Gummiwaren Wilhelmine [illegible] Am See 37

Erwerbslosenaufläufe in Meißen

Die unter Führung unverantwortlicher Elemente geratenen Erwerbslosen in Meißen hatten, wie wir in Ergänzung der kurzen Meldung vom Sonnabend schon mitteilten, unter Veranstaltung von Demonstrationen an den Stadtrat die Forderungen gestellt, die Unterstützungssätze zu erhöhen, sowie Miet- und Winterbeihilfen zu gewähren. Oberbürgermeister Dr. Ay empfing, trotz seiner Erkrankung, eine Deputation der Arbeitslosen, um ihnen auseinanderzusetzen, daß die Stadt Meißen allein die Mittel zur Erfüllung aller Forderungen nicht beschaffen könne. Später hat sich der Stadtrat mit den Erwerbslosenforderungen beschäftigt. Er hat beschlossen: Wegen Erhöhung der Erwerbslosenunterstützungssätze, der Familienzuschläge, Gewährung von Miet- zins- und Winterbeihilfen soll befürwortender Bericht an das Ministerium gegeben werden. Im übrigen sollen zur Linderung der anerkannten Notlage der Erwerbslosen durch öffentlichen Aufruf Mittel gesammelt werden.

Die weitere Forderung nach Zuziehung stimmberechtigter Erwerbsloser in den Fürsorgeausschuß wurde abgelehnt, aber zwei Vertreter mit beratender Stimme zugesprochen.

Während dieser Zeit hatten sich etwa 200 Arbeitslose vor dem Rathause aufgehalten, denen die Kommission Bericht erstattete über die Beschlüsse des Rates. Es erhob sich darob ein allgemeiner Tumult und die Demonstranten versuchten in das Rathaus, wo sie auch die Tür ausgehoben hatten, einzudringen. Da die Schutzleute die Eindringlinge zurückdrängten, wurde von den Demonstranten mit Stangen und Stöcken auf sie eingeschlagen. Der Vorsitzende des Gewerkschaftskartells, Genosse Löffler, machte von den Stufen des Rathauses aus den Vorschlag, eine Kommission an das Ministerium zu senden, mit der Forderung, auf Erhöhung der Unterstützungssätze auf die Dresdner Sätze. Ihm wurde zugerufen, daß man mit dem Kartell nichts zu tun haben wolle. Danach richtete der Oberbürgermeister an die Demonstranten eine Ansprache, in der er zum Ausdruck brachte, daß auch der Rat auf Gewährung der Unterstützung nach den Dresdner Sätzen hinwirken werde. Gegen 6½ Uhr abends gingen die Demonstranten auseinander.

Die Volkszeitung für Meißen erkennt die Not der Erwerbslosen an und fordert von der Stadt größere Opfer zur Linderung, betont aber auch, daß der von den Erwerbslosen eingeschlagene Weg, jeden Tag Aufläufe zu verursachen, nicht zum Ziele führen könne. — In Meißen ist zur Unterstützung der Schutzmannschaft ein Detachement Landessicherheitspolizei zugezogen worden.

Sächsische Angelegenheiten

Keine Lockspitzelei

Vor etwa zwei Wochen haben wir eine Meldung des T.-U.-Sachsendienstes wiedergegeben, wonach ein Beamter der Landessicherheitspolizei bei der Demonstration der Erwerbslosen vor dem Ministerialgebäude am 3. September zu Gewalttätigkeiten gegen den Ministerpräsidenten Buck aufgefordert haben sollte. Wir forderten danach sofortige Aufklärung über diese aufsehenerregende Behauptung. Wenige Tage danach wurde auch eine Mitteilung der Staatskanzlei an die Presse gegeben, die sich im allgemeinen über die Behauptungen von Spitzelei in der Landessicherheitspolizei verbreitete, auf den besonderen Fall vom 3. September aber noch nicht näher einging. Jetzt muß der T.-U.-Sachsendienst, der die Behauptungen über die angebliche Lockspitzelei verbreitet hat, folgende Mitteilung aus der Staatskanzlei veröffentlichen:

Bei der Demonstration der Erwerbslosen am 3. September vor dem Ministerialgebäude war gegen einen Polizeibeamten in Zivil von einigen Demonstranten der Vorwurf erhoben worden, daß er sich als Lockspitzel betätigt habe. Es wurde behauptet, er habe aufhetzende Reden geführt, um die Demonstranten zu Ausschreitungen anzustacheln. — Auf diese Beschuldigungen in der Presse hin wurde eine eingehende Untersuchung gegen den beschuldigten Beamten angeordnet, der jede Schuld auf das Bestimmteste bestritt. Die Untersuchung wurde dadurch erleichtert, daß zwei Teilnehmer an der Demonstration, die Erwerbslosen K. und S., sich als Zeugen für das Verhalten des Beamten meldeten. Beiden war der Beamte unter der Menge der Demonstranten aufgefallen. Dem K. dadurch, daß ihm der Beamte etwa eine Viertelstunde, bevor er von der Menge angegriffen wurde, von einem Manne, dem die polizeiliche Eigenschaft des Beamten offenbar bekannt war, als Spitzel bezeichnet worden war, so daß ihn K. nicht mehr aus den Augen ließ. Dem S., der in der unmittelbaren Nähe des Beamten stand, fiel der Beamte dadurch auf, daß er unter seiner erregten und hetzerische Rufe ausstoßenden Umgebung sich besonders ruhig und scheinbar völlig interessiolos verhielt. Auch er hat den Beamten alsdann scharf im Auge behalten bis zu dem Augenblick, wo die Menge über ihn herfiel. Beide Zeugen erklärten an amtlicher Stelle, daß sie keinerlei aufreizende oder provozierende Aeußerungen des Beamten beobachtet hätten. — Das Zeugnis von K. wiegt deshalb besonders schwer, weil er es war, der auf den Beamten als angeblichen Spitzel aufmerksam gemacht, diesen schließlich nach seiner Erwerbslosenkarte gefragt und damit die Feststellung herbeigeführt hat, daß der Beamte nicht zu den Erwerbslosen gehörte. K. war es dann auch, der sich, wie übrigens auch S., mit besonderem Nachdruck für den Schutz des Beamten gegen die ausbrechende Erregung namentlich jugendlicher Erwerbsloser eingesetzt hat, ohne daß es ihm bei der Aufregung der Massen möglich war, die plötzlich und auf Grund irgendwelcher Hörfehler oder Verwechslung gegen den Beamten ausgestoßenen Beschuldigungen in ihrer Haltlosigkeit aufzuklären.

Daraus dürfte sich wohl ergeben, daß sich die Behauptungen über die angebliche Lockspitzelei nicht halten lassen und der T.-U.-Sachsendienst leichtherzig unkontrollierbaren Verdächtigungen Glauben geschenkt und verbreitet hat. Wohl deshalb, weil sie ihm geeignet erscheinen, eine Einrichtung zum Schutze der Demokratie zu verdächtigen.

Aenderung der sächsischen Reichstagswahlkreise

Es wird in der bürgerlichen Presse berichtet: Die sächsische Regierung hatte vor einiger Zeit bei der Reichsregierung beantragt, daß die Einteilung der sächsischen Reichstagswahlkreise bezüglich verschiedener Bezirke geändert werde, da sie mit der Verwaltungseinteilung nicht übereinstimmt. Es sollen vom 31. Reichstagswahlkreis Ostsachsen der Amtsgerichtsbezirk Hainichen an den Wahlkreis Leipzig und der Amtsgerichtsbezirk Oederan an den Wahlkreis Chemnitz übergehen, während vom Wahlkreis Leipzig der Amtsgerichtsbezirk Nossen nebst einigen Gemeinden an Ostsachsen übergehen soll, desgleichen vom Wahlkreis Chemnitz der Amtsgerichtsbezirk Sayda nebst verschiedenen Gemeinden. Ferner sollen die Amtsgerichtsbezirke Burgstädt und Mittweida vom Kreis Chemnitz an Leipzig abgetreten werden. Die Reichsregierung hat hierzu noch keine Stellung genommen und wird das auch voraussichtlich so bald nicht tun, da zuvor die Frage geklärt werden soll, ob man nicht einen einzigen großen Wahlkreis aus dem ganzen Reiche machen oder aber zu dem alten System des kleinen Wahlkreises mit einem Abgeordneten zurückkehren soll.

Arbeiter als Gewerbeinspektions-Kontrolleure

Wie wir hören, hat das Arbeitsministerium soeben zu Gewerbeinspektions-Kontrolleuren die Genossen Max Jungnickel, bisher Parteisekretär in Annaberg, und Clausnitzer, bisher Gewerkschaftsangestellter in Chemnitz, berufen. Die beiden Genossen werden demnächst den Gewerbeinspektionen Chemnitz und Auerbach zugeteilt werden.

Ausbau eines staatlichen Kalkwerkes

Finanzminister Dr. Reinhold besichtigte am Donnerstag das staatliche Kalkwerk in Hermsdorf, um sich über die Möglichkeit eines Ausbaues dieses Werkes an Ort und Stelle zu unterrichten. Es handelt sich vor allem darum, die Gewinnung des dort gebrochenen und besonders in der elektrischen Industrie zu Schalttafeln ausgezeichnet verwendbaren Marmors zu ermöglichen und dadurch neue Arbeitsgelegenheit zu schaffen.

Die Urabstimmung in der U. S. P.

Leipzig. Die gestrige Urabstimmung in der U. S. P. D. Groß-Leipzig hat, wie ein vorläufiger Ueberblick ergibt, bis jetzt 10 000 Stimmen gegen und 6000 Stimmen für die Moskauer Bedingungen ergeben. Einzelne Ortschaften stehen noch aus. An dem Ergebnis werden diese jedoch nichts wesentliches ändern.

Privat- oder Regiebau bei Kleinwohnungen

Die Leipziger Stadtverordneten hatten in ihrer letzten Sitzung über die Bewilligung der Baukosten für sechs Kleinwohnungshäuser abzustimmen, wobei sich ein lebhafter Streit darüber erhob, ob dieselben von Privatunternehmern oder in städtischer Regie ausgeführt werden sollten. Die Verfechter des ersteren Standpunktes machten schließlich den Vorschlag, die Erbauung der Hälfte der Häuser in freiem Wettbewerb zu vergeben, die andre Hälfte in städtischer Regie auszuführen, um eine Probe zu machen, welche Arbeiten billiger und besser seien. Der Gedanke scheiterte jedoch an dem Widerstande der beiden sozialistischen Parteien, die an der Herstellung in städtischer Regie festhielten.

Landeslehrerbeirat

Auf eine Eingabe des Sächsischen Lehrervereins hat das Gesamtministerium sich dahin geeinigt, nach der Art des Beamtenbeirats auch die Bildung eines Landes-Lehrerbeirats zuzulassen. Das Unterrichtsministerium hat demgemäß beschlossen, für die Angelegenheiten der Volksschulen einen Lehrerbeirat zu bilden und den Vorstand aufgefordert, über die Zusammensetzung dieses Beirats Vorschläge zu unterbreiten. Bis zur endgültigen Einsetzung des Lehrerbeirats wird sich das Ministerium bei Ordnung aller Angelegenheiten der Volks- und Fortbildungsschulen des Landes und insbesondere auch der Volks- und Fortbildungsschullehrer des Vorstandes des Sächsischen Lehrervereins als Beirat bedienen.

Die Not der Vereinskrankenhäuser

Das Johanniterkrankenhaus in Heidenau steht infolge der gestiegenen Höhe der Betriebsmittel vor der Tatsache, seinen Betrieb schließen zu müssen, wenn es nicht eine ausreichende Unterstützung erhält, und zwar muß ein Betrag von mindestens 180 000 M. aufgebracht werden, wozu der Johanniterorden immer noch 3000 M. monatlich zuschießen müßte. In der letzten Sitzung des Bezirksausschusses Pirna empfahl Amtshauptmann v. Tümmel eine umfangreiche Hilfsaktion. Der Bezirksausschuß beschloß, die Gewährung einer monatlichen Beihilfe von 15 000 M. beim Bezirksverband zu beantragen.

Der Kriminalwachtmeister als Komplice

In Plauen ist ein großangelegter Verbrechertrick aufgedeckt worden. Am 1. September nahmen mehrere Männer, die sich als Polizeibeamte ausgaben, in der Wohnung eines Kaufmanns in dessen Abwesenheit eine Haussuchung nach falschem Gelde vor. Sie wurden dabei von der Polizei überrascht und verhaftet. Die Untersuchung führte dann noch zu weiteren Verhaftungen. Zwei Häftlinge haben jetzt einen Kriminalbeamten beschuldigt, sie unterstützt zu haben. Die Wahrheit dieser Angabe haben die eingeleiteten Feststellungen ergeben. Heute ist ein hiesiger Kriminalwachtmeister, der seinem Geständnis zufolge den Verbrechern durch Ausstellung polizeilicher Ausweise Hilfe geleistet hatte, festgenommen worden und der Staatsanwaltschaft übergeben worden.

Großindustrie und Kohlenpreise

Vom Landeskohlenamt wird uns geschrieben: Der Reichsanzeiger vom 1. Oktober druckt eine Bekanntmachung des Reichskohlenverbandes ab, die folgende bemerkenswerte Bestimmungen enthält: „Nach der Bekanntmachung des Reichskohlenverbandes vom 28. April 1920 dürfen Zuschläge zu den vom Reichskohlenverband festgesetzten Brennstoffverkaufspreisen von den Syndikaten und vom Handel nur erhoben werden, wenn der Käufer vom Verkäufer Kreditgewährung oder sonstige besondere Leistungen in Anspruch nimmt. Diese Zuschläge sind für jede einzelne Leistung in den Rechnungen besonders anzugeben." Hiernach ist der industrielle Kohlenverbraucher in der Lage, die Angemessenheit der ihm berechneten Kohlenpreise jederzeit selbst nachzuprüfen. Denn die Brennstoffpreise, die der Reichskohlenverband jeweils festsetzt, erfährt er durch die Veröffentlichung im Reichsanzeiger, und über die Angemessenheit der ihm berechneten Zuschläge für besondere Leistungen (z. B. Zufuhr) kann er sich durch Befragen eines Spediteurs oder auf sonstigem Wege jederzeit unterrichten. Im Zweifel geben ihm auch die Ortskohlenstellen die gewünschte Auskunft. Es erscheint nicht unangebracht, die Industrie auf diese Möglichkeit der Preisnachprüfung hinzuweisen. Denn es sind beim Landeskohlenamt schon Fälle angezeigt worden, in denen einem Industriellen für Industriekohle die Kleinverkaufspreise berechnet worden sind, die in dem betreffenden Orte für Hausbrandkohle (also bei Verkauf von 1 oder auch ½ Zentner ab Händlerlager) Gültigkeit hatten. Dieses Verfahren ist nach der Bekanntmachung des Reichskohlenverbandes selbstverständlich ganz unzulässig; denn der Kleinverkaufspreis enthält neben einer mehrfachen Umsatzsteuer einen Kleinhandelsnutzen und eine Menge Zwischenspesen, die beim Wagenverkauf an die meldepflichtige Industrie überhaupt nicht in Frage kommen.

Plauen i. V. Die Urabstimmung der U. S. P. D. im Bezirk Plauen ergab bisher 362 Stimmen für und 1119 Stimmen gegen die Moskauer Bedingungen. In der Stadt Plauen entfielen 294 Stimmen für und 634 Stimmen gegen die Bedingungen.

m. Zittau. Infolge des Transportarbeiterstreiks ist die Annahme von Gütern nach Zittau bis auf weiteres eingestellt worden. Es werden lediglich Lebensmittel zur Beförderung angenommen.

Bautzen. Der Kartoffelpreis wurde hier in einer Besprechung zwischen den Vertretern der Behörden, der Landwirtschaft und den Konsumenten für den Bezirk der Kreishauptmannschaft Bautzen auf 22,50 M. festgelegt

Stadt-Chronik

Der städtische Haushaltplan 1920

II.

Aus dem Etat der Ueberschüsse verdient folgendes hervorgehoben zu werden. Bei Position 2, Grundbesitz, ergibt sich infolge starker Steigerung der Grundstücksunterhaltungskosten ein Mindestüberschuß von 343 426 M., obgleich bereits eine allgemeine zehnprozentige Erhöhung der Mietzinsen erfolgt ist. Die für die laufende Unterhaltung der Gemeindegrundstücke aufzuwendenden Mittel haben sich infolge der gestiegenen Preise und Löhne um 100 Prozent erhöht und für außerordentliche Bauunterhaltung haben 197 950 M. mehr bereitgestellt werden müssen, so daß eine Gesamtmehrausgabe von 534 703 M. zu verzeichnen ist. Unter diesen Verhältnissen mußte die weitere Erhöhung der Mietzinsen vom 1. Januar bzw. 1. April 1921 an in Wege geleitet werden.

Die gewaltigen Umwälzungen auf wirtschaftlichem Gebiete [illegible] aus dem Voranschlage für die Gaswerke (Position 3) besonders deutlich zu erkennen. Obwohl für 1920 mit der gleichen Gasmenge wie in 1919 gerechnet wird, erhöht sich hier die Ausgabe von 15 172 114 M. in 1919 auf 102 035 105 M. in 1920, das ist also um die gewaltige Summe von 86 862 991 M. Der weitaus größte Teil dieses Mehrbedarfs wird für Vergasungsstoffe mit 47 174 290 M. und für Unterfeuerung mit 14 182 800 M. beansprucht. Für Besoldungen und Vergütungen ist einschließlich des durch die Besoldungsreform eingetretenen Mehrbedarfs ein Mehr von 7 Millionen Mark und für Löhne bei der Gasentwicklung ein solches von rund 2 100 000 M. Nachdem es sich notwendig gemacht hat, zur Deckung des Fehlbetrags den Gaspreis vom 1. Oktober an um 20 Pf. für das Kubikmeter weiter zu erhöhen, wird hiervon eine Mehreinnahme von 8 Millionen Mark erwartet. Hiermit erhöht sich die Gesamteinnahme auf 116 034 287 M., das sind 97 400 828 M. mehr. Der Ueberschuß beziffert sich auf 13 999 182 M.

Auch bei den Elektrizitätswerken (Position 4) treten die sich eingreifenden Veränderungen in den wirtschaftlichen Verhältnissen besonders scharf zutage. Die Ausgaben sind auf 43 257 938 M. zu veranschlagen gewesen, gegen 7 976 021 M. in 1919, das sind mehr 40 281 917 M. Hiervon entfallen 19 602 000 M. auf Heizmittel und 11 840 000 M. auf Strom aus fremden Werken. Von der 42 080 100 M. betragenden Mehreinnahme entfallen 32 375 000 M. auf die Stromabgabe an Private und 9 282 500 M. auf die Stromabgabe an die Straßenbahn. Der Ueberschuß beziffert sich auf 3 229 093 M. (+ 1 798 183 M.).

Wie bei den Gas- und Elektrizitätswerken, ist auch im Voranschlag der Wasserwerke (Position 5) der Einfluß der wirtschaftlichen Verhältnisse besonders fühlbar. Die Ausgaben weisen hier eine Steigerung um 10 326 755 M. auf, wovon allein 5 452 200 M. auf Heizmittel und Stromverbrauch entfallen, obwohl die vorgesehene Fördermenge noch um 400 000 Kubikmeter geringer ist als im Voranschlag 1919. Da mit Rücksicht auf dieses gewaltige Anschwellen eine wesentliche Erhöhung des Wasserpreises nicht zu umgehen war, ist es möglich gewesen, daneben noch eine außerordentliche Rücklegung von 625 924 M. vorzusehen. Die Einnahmen sind auf 13 109 485 M. berechnet (+ 10 326 755 M.), der Wasserpreis ist von Anfang Mai an auf 80 Pf. für das Kubikmeter erhöht worden.

Ganz außerordentlichen Schwierigkeiten begegnete die Aufstellung des Haushaltplans für die städtische Straßenbahn (Position 7), weil hier nicht nur die rapide Steigerung aller Materialpreise, die bedeutende Erhöhung des Strompreises, der Steuern und Abgaben, sondern bei dem großen Umfange des im Straßenbahndienste stehenden Personals vor allem die fortgesetzten Steigerungen der Löhne und Besoldungen jede aufgestellte Berechnung immer wieder zunichte machten. Der jetzt vorliegende Haushaltplan weist eine Gesamtausgabe von 97 313 400 M. auf, das sind gegen 1919 nicht weniger als 70 786 400 M. mehr. An diesem Mehrbedarfe sind fast sämtliche Ausgabeposten beteiligt.

Für Besoldungen und Löhne ist unter Berücksichtigung der durch die Besoldungsreform eingetretenen Steigerung der außerordentlich hohe Betrag von 37 216 600 M. mehr aufzubringen. Die Stromaufnahme aus städtischen und andern Elektrizitätswerken erfordert 9 041 000 M., die Unterhaltung der Wagen 10 976 000 M. mehr. Trotz den wiederholten Tariferhöhungen ist es nicht möglich gewesen, die Einnahmen in einer dem Anwachsen der Ausgaben entsprechenden Weise zu erhöhen. Die Mehreinnahme aus dem Betriebe der eigenen Linien ist auf 51 700 000 M., aus dem Betriebe der fremden Linien auf 468 000 M. veranschlagt. An sonstigen Mehreinnahmen sind noch 25 400 M. vorgesehen, denen aber 211 300 M. Mindereinnahmen gegenüberstehen. Der Haushaltplan schließt infolgedessen mit einem Fehlbetrage von 14 591 300 M. ab. Da der Fehlbetrag der Straßenbahn von dieser selbst getragen und keinesfalls durch Steuern aufgebracht werden soll, anderseits Einnahme und Ausgabe ausgeglichen werden muß, ist die Deckung des Fehlbetrags zunächst aus bereiten Mitteln der Stadtkasse vorgesehen und ein entsprechender Betrag als Darlehen der Stadtkasse in Einnahme gestellt worden, unbeschadet der Vorschläge, denen seitens der Direktion für den weiteren Verlauf des Etatsjahres zur Ausgleichung des Fehlbetrags entgegengesehen werden muß, sobald das Ergebnis der letzten Tariferhöhung einigermaßen übersehen lassen wird, welche Schritte einzuschlagen sind.

Die Einlagen bei der Sparkasse (Position 9) hatten in den letzten Jahren eine außergewöhnliche Steigerung erfahren. Auch wenn nicht angenommen werden kann, daß diese Aufwärtsbewegung weitergehen wird, so wird doch immerhin mit einem Guthaben zuwachs von 10 Millionen Mark gerechnet werden können.

Beim Leihamt (Position 10), das bis 1916 noch Ueberschüsse lieferte, berechnet sich für 1920 der Zuschuß auf 239 198 M. — 206 129 M. mehr, und zwar im wesentlichen infolge erhöhten persönlichen Aufwandes.

Die gesteigerten Umsätze in der Ratskellereiwirtschaft und die bei Erneuerung des Pachtvertrags erzielte höhere Pachtsumme lassen bei Position 11, Ratskellerei, eine Mehreinnahme von 377 500 M. erwarten, während die Mehrausgaben trotz mäßiger Erhöhung der Rücklage für den Kellereibetrieb nur um 177 500 M. anwachsen. Infolgedessen kann mit einem Ueberschusse von 300 000 M. gerechnet werden, gegen 100 000 M. in 1919.

Arbeit oder Vergnügen

Es ist gewiß recht vergnüglich, wenn Arbeit ein Vergnügen ist, — weniger angenehm ist es, wenn man die Arbeit als ein Vergnügen versteuern muß. Daß die Kurse, die Herr Leo Erichsen schon seit Jahren hier in Dresden über Gedächtnislehre und Willensbildung abhält, ein reines Vergnügen seien (sofern nicht alle Fortbildung als ein Vergnügen angesehen wird), kann man nur gerade nicht behaupten. Diese Kurse, drei Abende, je drei geschlagene Stunden umfassend, sind dem aufmerksamen Hörer eine schwere geistige Arbeit; sie erfordern auch noch häusliche Uebungen, die nicht leicht sind. Außerdem dienen sie nicht vorübergehender Unterhaltung, sondern der Erhöhung des Wissens und Könnens, dem besseren Fortkommen im allgemeinen und geschäftlichen Verkehr. Wenn diese Ausbildungskurse zu den Vergnügungen gerechnet werden, dann sind die Hochschulkurse und die Vortragsserien der Gehestiftung Doppelvergnügen, denn sie beschränken sich nur aufs Zuhören. — Mitarbeiten ist nicht Zwang. Trotzdem hat die Dresdner Steuerbehörde neuerdings Erichsens Kurse mit der örtlichen Vergnügungssteuer belegt, sodaß die Teilnehmerkarte, die 40 M. kostete, einen Steueraufschlag von 17,10 Mark zu tragen hatte — die billigeren Plätze entsprechend weniger. Die Steuerbehörde hat auch auf erhobenen Einspruch die merkwürdige Entscheidung nicht abgeändert. Vielleicht hat gerade die erwähnte Preisabstufung, die uns weder besonders glücklich noch angebracht erscheint, diese irrtümliche Besteuerung verursacht. Jedenfalls riet Herr Erichsen jedem einzelnen seiner Schüler im letzten Kursus, den Rat zu Dresden auf die Herausgabe der zu Unrecht erhobenen Steuer zu verklagen. Eine Anzahl Schüler wird das gewiß tun und wir können nur jedem der Kläger besten Erfolg wünschen. Besser wäre es freilich, wenn der Rat zu solchen Klagen keine Veranlassung gäbe.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19201004/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Mehrere tüchtige [1628]

Spezialkonstrukteure für Maschinen

zum Bau einer neuen Maschine für süddeutsche Großstadt zum baldigen Eintritt gesucht. Für wirklich erstklassige Facharbeiter angenehme und einträgliche Stellung.

Ausführliche Bewerbungsschreiben von arbeitsfreudigen, soliden Herren sind zu richten unter **V. M. 5** an die Exped. d. Bl.

Dresdner Volkshaus

Nidenbergstraße 2, am Schützenplatz

Ausschank von stark eingebrautem Echt Kulmbacher aus der ersten Kulmbacher Exportbierbrauerei.

Ein wirklich gutes Bier. [1652]

Vaterland Licht-Spiele

Freiberger Platz – 20.

Täglich 5–10, Sonntags 3–10 Uhr.
Erstaufführung!

Die Liebe der Sklavin.

Eine Tragödie aus dem Orient in 5 äußerst spannenden großen Akten mit **Esther Carena.**

Dazu ein herrliches Lustspiel in 3 Akten. [s 812]

Hansa-Theater, Görlitzer Str. 18.

Tageskasse 10–12 Uhr. — Tel. 18721.

H. Apels Original-Marionetten-Theater.

Dienstag, Mittw., Donnerstag, nachm. 4 u. abends 7½ Uhr:

Der Trompeter von Säckingen.

Schausp. m. Ges. i. 6 Akt. – Vorverk. Bez.-Kauffh.

Das Fest **Weiß-grün-gold!** Einzig in Dresden!

Z bleibt Z

Paradiesgarten

Dr.-Zschertnitz = Endstat. Linie 5
Heute Montag, 6½ Uhr
Die gr. Paradieballschau
2 Kapell.: Wandow-u. Helbig-Orchester
Tanz-Diele! Vornehmer Verkehr! [b 96]

Ball-Anzeiger

für Montag den 4. Oktober

Carolagarten Gerokstraße 27 — Montags & Sonntags 4 Uhr — Straßenbahnlinien 1 und 3.

Deutsche Reichskrone Feensaal — Königsbrück. Str. Straßenbahnl. 5, 7 und 13.

Schusterhaus Hamburger Straße 65 — Montag, 6 Uhr — Gr. Gesellschaftsball. Sehenswerte Dekoration.

Stadt Leipzig Vornehmer Tanz-Palast. Linien 10 und 15. Fledermaus-Bar. Marschner-Orchester.

Dienstag den 5. Oktober

Gasthof Pieschen Torgauer Str. 38 — Straßenbahnlinien 10, 15 — jetzt Dienstags, 6 Uhr

Goldnen Lamm Trachau — Leipziger Straße 220 — Straßenbahnlinien 10 u. 15 — Künstlerkapelle Parsch.

Musenhalle Kesselsdorfer Str. 17 — Künstlerkapelle Tietze — Neueste Tänze.

Kunkurrenzlos

Annensäle Fischhofplatz 10

Neu! Achtung! Neu!

Die schönsten Säle Dresdens mit einer Winter-Wein- u. Tanz-Diele

Heute Montag berühmtes [w 254]
ff. Meißner Most-Fest (Schattenseite?)

Heute Montag der feine beliebte Anfang 5½ Uhr **Damenball.** Anfang 5½ Uhr

Versäume niemand

Musenhalle, Löbtau

Sonntags von 4 Uhr an, Dienstags von 6 Uhr an

Große Ballfeste

Montag, 6 Uhr: **Vornehmer Ball.**

Tanzkapelle, Dir. G. Schönberg.
Nur Eintritt! – Tanz frei!
Telephon. Tischbestellungen auf 20812 u. 20870.
Straßenbahnlinien 7, 13, 27. [w 256]

Drei-Kaiser-Hof

Dienstag und Mittwoch

billige Seefische!

Merlans, Pfd. 2.– M., **Schellfisch,** Prachtfische, Pfd. 3.– M. **Seelachs,** ohne Kopf, in ganzen Fischen Pfd. 3.25 M.

ff. Oelsardinen in jeder Back., Dose v. 2.75 M. an — **Webergasse 30** Telephon 19930. — **Nordsee** Görlitzer Str. 1 Telephon 21470. — ff. Bücklinge ½ Pfund 4.00 M.

Billigste Bezugsquelle für Wirte und Wiederverkäufer. [1354]

M.S. Licht-Spiele

Moritzstraße 10.

Ab Dienstag den 5. Oktober
Uraufführung des größten Abenteuer-Filmwerkes

Judex

Die rächenden Brüder

4. Teil

Die Keller des roten Schlosses

Ferner das amüsante Lustspiel

Heiraten mußte!

Du lachst dich kaput!

Anfang Punkt 4 Uhr.

Im Interesse der Theaterbesucher wird gebeten, die Nachmittagsvorführungen vorzuziehen, da abends ohne langes Warten für Sitzplätze nicht garantiert werden kann. [s 331]

Billige Strümpfe

Damen-Flor-Strümpfe ℳ 6.50, 12.–, 16.50, 19.–
Damenstrumpf in 1 mal 1 gestrickt, ℳ 9.50, 12.50, 16.–, 19.50
Kinder-Strümpfe ℳ 1.50, 1.80, 2.50, 3.50, 5.–
Kinder-Söckchen ℳ 1.50, 2.50, 4.–, 5.50
Herren-Socken ℳ 4.80, 6.–, 7.50, 8.50
Herren-Socken, prima schlauch Mako, ℳ 12.–
Schwitzer ℳ 6.–, 7.50, 8.50, 9.50
Schwitzer-Aermel in allen Größen und Farben
Annähfüße in allen Farben, ℳ 1.50, 2.50, 3.50, 5.50, 6.75
Sportgamaschen ℳ 14.50, 18.50, 22.–, 26.–
Bade-Anzüge ℳ 18.50, 22.50, 25.–
Nähfaden, 1000 Meter, ℳ 12.–

Paul Krause, Gerokstr. 54 [s 363]

Bautzner Straße 23 — Große Plauensche Straße 33

Fesche Damenhüte

Mädchenhüte, Sport- und Reisehüte

finden Sie in größter Auswahl zu sehr günstigen Preisen bei

Wir übernehmen das Modernisieren getragener Hüte schnellstens nach neuesten Formen [1321]

Heinrich Basch & Co.

König-Johann-Straße

Königshof-Theater, tägl. 7½ Uhr: **Der Leidensweg einer Frau.** Ehetragödie von Jacobs.

Tages- und Abendkurse in Stenographie u. allen Handelsfächern beginnen in der ersten Oktoberwoche. Für Anfänger **Engl. u. Franz. Rackow** Altmarkt 15. [1254]

Englisch Kursus für Anfänger Beginn: [1154] 6. Oktober, 7½ Uhr abds. Monatlich 15.– M. Anm.: Blochmannstr. 18, 2.

Nimm nichts krumm, Komme nicht in Wut, Spielhagens Rum Macht alles gut!

Rum Arrak Weinbrand Kognak Nordhäuser

C. Spielhagen Annenstraße 9 — Bautzner Straße 8. [s 372]

Gelegenheitskauf! 1 Ausziehtisch, 4 Stühle, alles neu, Umst. halb. billig zu verk. Fürstenplatz 2, part. l. [b 983]

Zuverlässige

Zeitungsträgerin

für Marschallstraße und Bismarckstraße sucht

Filiale Gerokstrasse 57.

Architekt Emil Zschiesche

Baugeschäft, Leuben-Dresden

Bureau für zeitgemäße Bauweise. — Kleinhäuser, Landwirtschafts-, Industrie- und Gemeindebauten, Geschäfts- und Lagerhäuser. — Bauzeichnungen — Kostenanschläge — Bauberatung — Bauleitung.

Volks-Detektiv „Dimroth" [1342 w]

Prager Straße 33, I. Tel. 19543

erl. auch die schwierigsten Auskünfte, Ermittlungen, Beobachtungen und schafft Beweismaterial in allen Prozessen. Rettet aus bedrängtester Lage. Abonnenten der Dresdner Volkszeitung 15 Proz. Rabatt

---

Möbel aller Art in echt u. gemalt, in solid., geschmackvoll., neuzeitlicher Ausführ. liefert billigst **Hildebrandt in Wilsdruff** Eigene Tapeziererwerkstatt.

Städtisches Bestattungs-Amt

Stadthaus Annenstr., Am See 2

Fernrufe Nr. 14385, 17339, 20082.

Beerdigungen u. Feuerbestattungen

in jeder Ausführung. Anschläge kostenlos. Annahme von Einzahlungen. Sofortige Bestellung der Bezirksheimbürgin. Die Rechnungen werden amtlich geprüft und abgestempelt. [168]

Trauringe

Alt und sehr alt, eigene solide Herstellung, großes Lager in Goldschmiede-Werkstätten Wettinerplatz 9. Eingang Wettinerstraße Nähe Hüttenplatz.

Bade-wannen jeder Art liefert billigst **Otto Gratchen** Trompeterstr. 13 Zentraltheater-Passage [1331]

Krauses Spar-, Koch- u. Wärmekiste

Verbrauch in 2½ Std. für 25–30 Personen, übertrifft alle bisher auf dem Markt befindlichen Sparkisten. Prospekt gratis. Dienden. [1]

Vertreter überall gesucht. Generalvertretung und Verkauf: **Artur Fünfstück** Wallstr. 21. — Tel. 1[illegible]

Moderne Küchen lackiert, weiß u. gestrichen, sehr billig zu verkaufen. **Mütze,** Tapezierer und Dekorateur, Kl. Frohngasse 9, neben Städtischen Waaren-Einkaufsgenossenschaft. Kein Laden, daher die billigen Preise. Eingang Hausflur. Günstige Gelegenheit auch für Hotel.

Beer Ia Stahlmatr. 100 M Schon vom 100 ℳ an neue Kuffleger-Matr. 2mal, 2 neue Coaliclongues, 1 [illegible] Anzuf. u. 2–4 Uhr nachm. bei Jatté, Elisenstr. 54.

Körper und Nerven

stärken Sie durch den **regelmäßigen** Gebrauch von Dr. Oetker's Eiweiß-Nahrung

Urkraft

Ärztlich empfohlen.
Zu haben in Schachteln zu 5 und 10 Mark in Konditoreien, Drogerien, wo nicht, wende man sich an
Trocknungswerke Dr. Oetker & Co. G.m.b.H. Bielefeld.

Alte Gebisse, **Zahn 8 Mark Platin, Gold, Silber** (Bruch) zahle höchste Tagespreise

Beyer, Mathildenstraße 40, I. Geschäftszeit 9–5 Uhr. Straßenbahnen: 1, 2, 3, 5, 18, 19, 21, 22, 23 u. 26. [1100]

Feuerbestattungen
Beerdigungen, Ueberführungen
Dresdner Beerdigungs-Anstalten

Pietät und Heimkehr [1135]

Am See 26 — Bautzner Str. 37
Fernr. 20157 u. 20158. — Fernr. 25001.
Kontoren für Beerdigungen. Besorgung der Behördenwege.
Auskünfte und Kostenanschläge unentgeltlich.

Hemmscher 28252

Bruno Senewald Dresden-A. 16 Talsberg 25

übernimmt **Umzüge** in der Stadt sow. nach allen Orten des In- u. Ausl. Einlag. ganz. Hausstände sow. einz. Gegenstände. [w 258]

Ueberbiete jedes Angebot!

für **Zinn, Kupfer, Messing, Blei, Zink, Zeitungen, Bücher, Akten, Zeitschriften. Höchste Preise für Hauslumpen, Sekt- und Weinflaschen.** [b 904]

Störer. Hauptgeschäft: Pillnitzer Str. 39. Filiale: Zellenstraße 3. Hof.

Seiferts Bananen-Mehl schafft Kraft für Kinder, Kranke und Blutarme.

Ges. geschützt

Garantiert reines Naturprodukt.

Nur erhältlich in gelben Paketen mit der Negerin in den einschlägigen Geschäften

Generalvertretung f. Ostsachsen: **Artur Göte, Dresden-A., Schäferstr. 91.** [s 457] Tel. 19165

Juwelen & Goldwaren Kreisel & Co. 16 Dresden Pillnitzer Str. 16

langjähriger Mitarbeiter d. Firma Gustav Smy.

Einkauf von altem Gold, Silber, Platin, Brillanten zu höchsten Preisen für eignen Bedarf. [s 363]

Illustrierter Neue-Welt-Kalender für das Jahr 1921

45. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

Kalendarium. — **Rückblick.** — Beachtenswerte Daten. — Lokalisches. — Unsere Toten (mit Porträts). — Wo ein Tater Schlummer hält. Gedicht von Ludwig Jessen. — Messen und Märkte. — „Zeit." Gedicht von Gust Pierzang. — ... und nicht verzweifeln. Von Erwin Barth (mit Illustration). — Friederike Mutter. Eine Waschfrauengeschichte aus dem Badischen. Erzählung von Anke Grenzpeter-Ahlmann (mit Illustrationen). — Volkswirtschaftliche Vorträge. — Die neue Arbeiterdichtung. Von Franz Theodorich (mit Porträts). — Gemeinsamkeit und Gleichheit. Von Friedr. Engels. — Proben moderner Arbeiterdichtung. Gedichte. — Arbeit. Eine Erzählung von Wilhelm Brauermann (mit Illustration). — Drei Vierzeiler. Gedichte. — Wilhelm Weitling in seinen späteren Jahren. Von A. Conrad (m. Illustrationen). — Vorpagatation. — Die Unterernährung und ihre Bedeutung für die Volksgesundheit. Von Dr. Gustav Wolff (mit Illustrationen). — Mann und Frau. Von August Bebel. — Bergbahnen. Von Ernst Tredelius (mit Illustrationen). — Die Betriebs- und Arbeiterräte und Angestelltenräte. Von Arthur Kreis (mit Illustrationen). — Statistik zur Zeitgeschichte. — Nachtschicht. Erzählung von Herbert Pohl (mit Illustrationen). — Die Neuordnung unseres Liebesungswesens. Von E. Klinger (mit Illustrationen). — Vom Geld. Von Dr. Alfred Grieger. — „An meinen Vater" und „Der Poet". Gedichte. — Fliegende Blätter. — Für unsere Rätselfreunde. — Außerdem ein Bild auf Kunstdruckpapier: „Vorfrühlingserinnerung" von [illegible] ein Wandkalender usw.

Preis 2.25 M.

Zu beziehen durch die

Volksbuchhandlung und ihre Filialen.

TABAK

rein Uebersee, 100-Gr.-Pak. 3.40 ℳ, Garmi, 100-Gr.-Pak. 4.50 ℳ, Uebersseemischung, 100-Gr.-Pak. 4.20 ℳ, Blattware, 100-Gr.-Pak. 4.00 ℳ, Marine-Shag, 50-Gr.-Paket 3.30 ℳ, Garmi-Shag, 50-Gr.-Pak. 6.00 ℳ. Probesendg. von 9 Pfund an gr. Nachn. **Zigaretten,** heil. Tabak, 100 Stück 24–28 ℳ. **Karl Michel,** Tabakfabrik, Worms a. Rh. 14.

Bett- und Leibwäsche

sowie Tisch- u. Küchenwäsche, Gardinen, Vitrag. u. Federbett. M. Fildesrsw. verkauft sehr preiswert: Engling, Albrechtstr. 12, I.

Stuhlflechtrohr echtes, 2–4 mm Blank, auch an Wiederverkäufer liefert **Max Fenzel** Korbmöbelfabrik Köllnerstraße Nr. 5

Dauerwäsche in Oxol-Gummiwaren Sanitätshaus [illegible] **Oxol, Judenhof 3.**

Farben, Lacke, Pinsel, Schabl., Schränke, Weine, Tab., Zigarr. Kolw. Da Maler, Farb., Pinsel, b. Kol. Dresden, Brückenstr. 29

Haarnisse im Frauen- u. Mädchenhaar entfernt garant. sofort ohne Nisska [illegible] Aufklärung kostenl. **Fr. B. Mückenhaupt Nürnberg D 16**

Friedrich Stampfert

Von Versailles zum Frieden

Der Weg vom Scheinfrieden zum wirklichen Frieden!

Stampfer beschränkt sich nicht allein auf die Kritik der in Sterreichischer Darstellung gebotenen Vertragsbedingungen, sondern er bewirkt die Möglichkeit, ohne eine Nachschlagebücher und ohne eine allgemeine Friedensbedingungen durch Verbesserung der Beziehungen zwischen Deutschland und seinen Nachbarstaaten, durch Sondervereinbarungen und verwandtschaftliche Lösung und Ausführung des Vertrages einen für uns und die anderen Völker erträglichen Zustand zu schaffen. Eine Broschüre und engl. Ausgabe ist in Vorbereitung.

Preis 4.– Mark

Zu beziehen durch die

Volksbuchhdlg. u. ihre Filialen

Grundsätze des Kommunismus

Eine leichtverständl. Darlegung von Friedrich Engels. Zu beziehen durch die Volksbuchhandlung u. ihre Filialen

---

Jetzt lohnt der Weg! Wo jetzt Herren-Garderobe ohne Arbeit, billig u. hell. Werner, Jagdweg 13.

Hehr. Herrenmäntel, heller., Rockfaßon, [illegible] Größe, hill zu verk. Fürstenplatz 2, part. l. [b 988]

Mikroskop Ft. Jung, Döbeln, Bahnhofstr. 37, 3.

Frauenschutz junge Frauen, Schutzer. Wegweiser. Ihre Adresse nur kostenlos Auskunft ein an [1745] **R. Kühn,** Sommerfeld Flo. Sorauer Straße 130.

Mutter-Spritzen aus Spitzkanne empfiehlt nur Versandhaus „Diskret" Freiberger Pl. 1

Gummiwaren Wilhelm Hensinger Am See 37

Erwerbslosenaufläufe in Meißen

Die unter Führung unverantwortlicher Elemente geratenen Erwerbslosen in Meißen hatten, wie wir in Ergänzung der kurzen Meldung vom Sonnabend schon mitteilten, unter Veranstaltung von Demonstrationen an den Stadtrat die Forderungen gestellt, die Unterstützungssätze zu erhöhen, sowie Miet- und Winterbeihilfen zu gewähren. Oberbürgermeister Dr. Ay empfing, trotz seiner Erkrankung, eine Deputation der Arbeitslosen, um ihnen auseinanderzusetzen, daß die Stadt Meißen allein die Mittel zur Erfüllung aller Forderungen nicht beschaffen könne. Später hat sich der Stadtrat mit den Erwerbslosenforderungen beschäftigt. Er hat beschlossen: Wegen Erhöhung der Erwerbslosenunterstützungssätze, der Familienzuschläge, Gewährung von Mietzins- und Winterbeihilfen soll befürwortender Bericht an das Ministerium gegeben werden. Im übrigen sollen zur Linderung der anerkannten Notlage der Erwerbslosen durch öffentlichen Aufruf Mittel gesammelt werden.

Die weitere Forderung nach Zuziehung stimmberechtigter Erwerbsloser in den Fürsorgeausschuß wurde abgelehnt, aber zwei Vertreter mit beratender Stimme zugestanden.

Während dieser Zeit hatten sich etwa 200 Arbeitslose vor dem Rathause aufgehalten, denen die Kommission Bericht erstattete über die Beschlüsse des Rates. Es erhob sich darob ein allgemeiner Tumult und die Demonstranten versuchten in das Rathaus, wo sie auch die Tür ausgehoben hatten, einzudringen. Da die Schutzleute die Eindringlinge zurückdrängten, wurde von den Demonstranten mit Stangen und Stöcken auf sie eingeschlagen. Der Vorsitzende des Gewerkschaftskartells, Genosse Löffler, machte von den Stufen des Rathauses aus den Vorschlag, eine Kommission an das Ministerium zu senden, mit der Forderung, auf Erhöhung der Unterstützungssätze auf die Dresdner Sätze. Ihm wurde zugerufen, daß man mit dem Kartell nichts zu tun haben wolle. Danach richtete der Oberbürgermeister an die Demonstranten eine Ansprache, in der er zum Ausdruck brachte, daß auch der Rat auf Gewährung der Unterstützung nach den Dresdner Sätzen hinwirken werde. Gegen 6½ Uhr abends gingen die Demonstranten auseinander.

Die Volkszeitung für Meißen erkennt die Not der Erwerbslosen an und fordert von der Stadt größere Opfer zur Linderung, betont aber auch, daß der von den Erwerbslosen eingeschlagene Weg, jeden Tag Aufläufe zu verursachen, nicht zum Ziele führen könne. — In Meißen ist zur Unterstützung der Schutzmannschaft ein Detachement Landessicherheitspolizei zugezogen worden.

Sächsische Angelegenheiten

Keine Lockspitzelei

Vor etwa zwei Wochen haben wir eine Meldung des T.-U.-Sachsendienstes wiedergegeben, wonach ein Beamter der Landessicherheitspolizei bei der Demonstration der Erwerbslosen vor dem Ministerialgebäude am 3. September zu Gewalttätigkeiten gegen den Ministerpräsidenten Buck aufgefordert haben sollte. Wir forderten danach sofortige Aufklärung über diese aufsehenerregende Behauptung. Wenige Tage danach wurde auch eine Mitteilung der Staatskanzlei an die Presse gegeben, die sich im allgemeinen über die Behauptungen von Spitzelei in der Landessicherheitspolizei verbreitete, auf den besonderen Fall vom 3. September aber noch nicht näher einging. Jetzt muß der T.-U.-Sachsendienst, der die Behauptungen über die angebliche Lockspitzelei verbreitet hat, folgende Mitteilung aus der Staatskanzlei veröffentlichen:

Bei der Demonstration der Erwerbslosen am 3. September vor dem Ministerialgebäude war gegen einen Polizeibeamten in Zivil von einigen Demonstranten der Vorwurf erhoben worden, daß er sich als Lockspitzel betätigt habe. Es wurde behauptet, er habe aufhetzende Reden geführt, um die Demonstranten zu Ausschreitungen anzustacheln. — Auf diese Beschuldigungen in der Presse hin wurde eine eingehende Untersuchung gegen den beschuldigten Beamten angeordnet, der jede Schuld auf das Bestimmteste bestritt. Die Untersuchung wurde dadurch erleichtert, daß zwei Teilnehmer an der Demonstration, die Erwerbslosen K. und S., sich als Zeugen für das Verhalten des Beamten meldeten. Beiden war der Beamte unter der Menge der Demonstranten aufgefallen. Dem K. dadurch, daß ihm der Beamte etwa eine Viertelstunde, bevor er von der Menge angegriffen wurde, von einem Manne, dem die polizeiliche Eigenschaft des Beamten offenbar bekannt war, als Spitzel bezeichnet worden war, so daß ihn K. nicht mehr aus den Augen ließ. Dem S., der in der unmittelbaren Nähe des Beamten stand, fiel der Beamte dadurch auf, daß er unter seiner erregten und hetzerische Rufe ausstoßenden Umgebung sich besonders ruhig und scheinbar völlig interessellos verhielt. Auch er hat den Beamten alsdann scharf im Auge behalten bis zu dem Augenblick, wo die Menge über ihn herfiel. Beide Zeugen erklärten an amtlicher Stelle, daß sie keinerlei aufreizende oder provozierende Aeußerungen des Beamten beobachtet hätten. — Das Zeugnis von K. wiegt deshalb besonders schwer, weil er es war, der auf den Beamten als angeblichen Spitzel aufmerksam gemacht, diesen schließlich nach seiner Erwerbslosenkarte gefragt und damit die Feststellung herbeigeführt hat, daß der Beamte nicht zu den Erwerbslosen gehörte. K. war es dann auch, der sich, wie übrigens auch S., mit besonderem Nachdruck für den Schutz des Beamten gegen die ausbrechende Erregung namentlich jugendlicher Erwerbsloser eingesetzt hat, ohne daß es ihm bei der Aufregung der Massen möglich war, die plötzlich und auf Grund irgendwelcher Hörfehler oder Verwechslung gegen den Beamten ausgestoßenen Beschuldigungen in ihrer Haltlosigkeit aufzuklären.

Daraus dürfte sich wohl ergeben, daß sich die Behauptungen über die angebliche Lockspitzelei nicht halten lassen und der T.-U.-Sachsendienst leichtherzig unkontrollierbaren Gerüchten oder Behauptungen Glauben geschenkt und verbreitet hat. Wohl deshalb, weil sie ihm geeignet erscheinen, eine Einrichtung zum Schutze der Demokratie zu verdächtigen.

Aenderung der sächsischen Reichstagswahlkreise

Es wird in der bürgerlichen Presse berichtet: Die sächsische Regierung hatte vor einiger Zeit bei der Reichsregierung beantragt, daß die Einteilung der sächsischen Reichstagswahlkreise bezüglich verschiedener Bezirke geändert werde, da sie mit der Verwaltungseinteilung nicht übereinstimmt. So sollen vom 31. Reichstagswahlkreis Ostsachsen der Amtsgerichtsbezirk Hainichen an den Wahlkreis Leipzig und der Amtsgerichtsbezirk Oederan an den Wahlkreis Chemnitz übergehen, während vom Wahlkreis Leipzig der Amtsgerichtsbezirk Nossen nebst einigen Gemeinden an Ostsachsen übergehen soll, desgleichen vom Wahlkreis Chemnitz der Amtsgerichtsbezirk Sayda nebst verschiedenen Gemeinden. Ferner sollen die Amtsgerichtsbezirke Burgstädt und Mittweida vom Kreis Chemnitz an Leipzig abgetreten werden. Die Reichsregierung hat hierzu noch keine Stellung genommen und wird dies auch voraussichtlich so bald nicht tun, da zuvor die Frage geklärt werden soll, ob man nicht einen einzigen großen Wahlkreis aus dem ganzen Reiche machen oder aber zu dem alten System des kleinen Wahlkreises mit einem Abgeordneten zurückkehren soll.

Arbeiter als Gewerbeinspektions-Kontrolleure

Wie wir hören, hat das Arbeitsministerium soeben zu Gewerbeinspektions-Kontrolleuren die Genossen Max Jungnickel, bisher Parteisekretär in Annaberg, und Clausnitzer, bisher Gewerkschaftsangestellter in Chemnitz, berufen. Die beiden Genossen werden demnächst den Gewerbeinspektionen Chemnitz und Auerbach zugeteilt werden.

Ausbau eines staatlichen Kalkwerkes

Finanzminister Dr. Reinhold besichtigte am Donnerstag das staatliche Kalkwerk in Hermsdorf, um sich über die Möglichkeit eines Ausbaues dieses Werkes an Ort und Stelle zu unterrichten. Es handelt sich vor allem darum, die Gewinnung des dort gebrochenen und besonders in der elektrischen Industrie zu Schalttafeln ausgezeichnet verwendbaren Marmors zu ermöglichen und dadurch neue Arbeitsgelegenheit zu schaffen.

Die Urabstimmung in der U. S. P.

Leipzig. Die gestrige Urabstimmung in der U. S. P. D. Groß-Leipzig hat, wie ein vorläufiger Ueberblick ergibt, bis jetzt 10 000 Stimmen gegen und 6000 Stimmen für die Moskauer Bedingungen ergeben. Einzelne Ortschaften stehen noch aus. An dem Ergebnis werden diese jedoch nichts wesentliches ändern.

Privat- oder Regiebau bei Kleinwohnungen

Die Leipziger Stadtverordneten hatten in ihrer letzten Sitzung über die Bewilligung der Baukosten für sechs Kleinwohnungshäuser abzustimmen, wobei sich ein lebhafter Streit darüber erhob, ob dieselben von Privatunternehmern oder in städtischer Regie ausgeführt werden sollten. Die Verfechter des ersteren Standpunktes machten schließlich den Vorschlag, die Erbauung der Hälfte der Häuser in freiem Wettbewerb zu vergeben, die andre Hälfte in städtischer Regie auszuführen, um eine Probe zu machen, welche Arbeiten billiger und besser seien. Der Gedanke scheiterte jedoch an dem Widerstande der beiden sozialistischen Parteien, die an der Herstellung in städtischer Regie festhielten.

Landeslehrerbeirat

Auf eine Eingabe des Sächsischen Lehrervereins hat das Gesamtministerium sich dahin geeinigt, nach der Art des Beamtenbeirats auch die Bildung eines Landes-Lehrerbeirats zuzulassen. Das Unterrichtsministerium hat demgemäß beschlossen, für die Angelegenheiten der Volksschulen einen Lehrerbeirat zu bilden und den Vorstand aufgefordert, über die Zusammensetzung dieses Beirats Vorschläge zu unterbreiten. Bis zur endgültigen Einsetzung des Lehrerbeirats wird sich das Ministerium bei Ordnung aller Angelegenheiten der Volks- und Fortbildungsschulen des Landes und insbesondere auch der Volks- und Fortbildungsschullehrer des Vorstandes des Sächsischen Lehrervereins als Beirat bedienen.

Die Not der Vereinskrankenhäuser

Das Johanniterkrankenhaus in Heidenau steht infolge der gestiegenen Höhe der Betriebsmittel vor der Tatsache, seinen Betrieb schließen zu müssen, wenn es nicht eine ausreichende Unterstützung erhält, und zwar muß ein Betrag von mindestens 180 000 M. aufgebracht werden, wozu der Johanniterorden immer noch 3000 M. monatlich zuschießen müßte. In der letzten Sitzung des Bezirksausschusses Pirna empfahl Amtshauptmann v. Tümmel eine umfangreiche Hilfsaktion. Der Bezirksausschuß beschloß, die Gewährung einer monatlichen Beihilfe von 15 000 M. beim Bezirksverband zu beantragen.

Der Kriminalwachtmeister als Komplice

In Plauen ist ein großangelegter Verbrechertrick aufgedeckt worden. Am 1. September nahmen mehrere Männer, die sich als Polizeibeamte ausgaben, in der Wohnung eines Kaufmanns in dessen Abwesenheit eine Haussuchung nach falschem Gelde vor. Sie wurden dabei von der Polizei überrascht und verhaftet. Die Untersuchung führte dann noch zu weiteren Verhaftungen. Zwei Häftlinge haben jetzt einen Kriminalbeamten beschuldigt, sie unterstützt zu haben. Die Wahrheit dieser Angabe haben die eingeleiteten Feststellungen ergeben. Heute ist ein hiesiger Kriminalwachtmeister, der seinem Geständnis zufolge den Verbrechern durch Ausstellung polizeilicher Ausweise Hilfe geleistet hatte, festgenommen worden und der Staatsanwaltschaft übergeben worden.

Großindustrie und Kohlenpreise

Vom Landeskohlenamt wird uns geschrieben: Der Reichsanzeiger vom 1. Oktober druckt eine Bekanntmachung des Reichskohlenverbandes ab, die folgende bemerkenswerte Bestimmungen enthält: „Nach der Bekanntmachung des Reichskohlenverbandes vom 28. April 1920 dürfen Zuschläge zu den vom Reichskohlenverband festgesetzten Brennstoffverkaufspreisen von den Syndikaten und vom Handel nur erhoben werden, wenn der Käufer vom Verkäufer Kreditgewährung oder sonstige besondere Leistungen in Anspruch nimmt. Diese Zuschläge sind für jede einzelne Leistung in den Rechnungen besonders anzugeben." Hiernach ist der industrielle Kohlenverbraucher in der Lage, die Angemessenheit der ihm berechneten Kohlenpreise jederzeit selbst nachzuprüfen. Denn die Brennstoffpreise, die der Reichskohlenverband jeweils festsetzt, erfährt er durch die Veröffentlichung im Reichsanzeiger, und über die Angemessenheit der ihm berechneten Zuschläge für besondere Leistungen (z. B. Zufuhr) kann er sich durch Befragen eines Spediteurs oder auf sonstigem Wege jederzeit unterrichten. Im Zweifel geben ihm auch die Ortskohlenstellen die gewünschte Auskunft. Es erscheint nicht unangebracht, die Industrie auf diese Möglichkeit der Preisnachprüfung hinzuweisen. Denn es sind beim Landeskohlenamt schon Fälle angezeigt worden, in denen einem Industriellen für Industriekohle die Kleinverkaufspreise berechnet worden sind, die in dem betreffenden Orte für Hausbrandkohle (also bei Verkauf von 1 oder auch ½ Zentner ab Händlerlager) Gültigkeit hatten. Dieses Verfahren ist nach der Bekanntmachung des Reichskohlenverbandes selbstverständlich ganz unzulässig; denn der Kleinverkaufspreis enthält neben einer mehrfachen Umsatzsteuer einen Kleinhandelsnutzen und eine Menge Zwischenspesen, die beim Wagonverkauf an die meldepflichtige Industrie überhaupt nicht in Frage kommen.

Plauen i. V. Die Urabstimmung der U. S. P. D. im Bezirk Plauen ergab bisher 362 Stimmen für und 1119 Stimmen gegen die Moskauer Bedingungen. In der Stadt Plauen entfielen 294 Stimmen für und 694 Stimmen gegen die Bedingungen.

m. Zittau. Infolge des Transportarbeiterstreiks ist die Annahme von Gütern nach Zittau bis auf weiteres eingestellt worden. Es werden lediglich Lebensmittel zur Beförderung angenommen.

Bautzen. Der Kartoffelpreis wurde hier in einer Besprechung zwischen den Vertretern der Behörden, der Landwirtschaft und den Konsumenten für den Bezirk der Kreishauptmannschaft Bautzen auf 22,50 M. festgelegt.

Stadt-Chronik

Der städtische Haushaltplan 1920

II.

Aus dem Etat der Ueberschüsse verdient folgendes herausgehoben zu werden. Bei Position 2, Grundbesitz, ergibt sich infolge starker Steigerung der Grundstücksunterhaltungskosten ein Mindestüberschuß von 343 426 M., obgleich bereits eine allgemeine zehnprozentige Erhöhung der Mietzinsen erfolgt ist. Die für die laufende Unterhaltung der Gemeindegrundstücke aufzuwendenden Mittel haben sich infolge der gestiegenen Preise und Löhne um 100 Prozent erhöht und für außerordentliche Bauunterhaltung haben 197 950 M. mehr bereitgestellt werden müssen, so daß eine Gesamtmehrausgabe von 534 703 M. zu verzeichnen ist. Unter diesen Verhältnissen mußte die weitere Erhöhung der Mietzinsen vom 1. Januar bzw. 1. April 1921 an in Wege geleitet werden.

Die gewaltigen Umwälzungen auf wirtschaftlichem Gebiete ist aus dem Voranschlage für die Gaswerke (Position 3) besonders deutlich zu erkennen. Obwohl für 1920 mit der gleichen Gasmenge wie in 1919 gerechnet wird, erhöht sich hier die Ausgabe von 15 172 114 M. in 1919 auf 102 035 105 M. in 1920, das ist also um die gewaltige Summe von 86 862 991 M. Der weitaus größte Teil dieses Mehrbedarfs wird für Vergasungsstoffe mit 47 174 280 M. und für Unterfeuerung mit 14 182 800 M. beansprucht. Für Besoldungen und Vergütungen ist einschließlich des durch die Besoldungsreform eingetretenen Mehrbedarfs ein Mehr von 7 Millionen Mark und für Löhne bei der Gasentwicklung ein solches von rund 2 100 000 M. Nachdem es sich notwendig gemacht hat, zur Deckung des Fehlbetrags den Gaspreis vom 1. Oktober an um 20 Pf. für das Kubikmeter weiter zu erhöhen, wird hiervon eine Mehreinnahme von 8 Millionen Mark erwartet. Hiermit erhöht sich die Gesamteinnahme auf 116 034 287 M., das sind 97 400 828 M. mehr. Der Ueberschuß beziffert sich auf 13 969 162 M.

Auch bei den Elektrizitätswerken (Position 4) treten die tiefeingreifenden Veränderungen in den wirtschaftlichen Verhältnissen besonders scharf zutage. Die Ausgaben sind auf 43 257 938 M. zu veranschlagen gewesen, gegen 7 976 021 M. in 1919, das sind mehr 40 281 917 M. Hiervon entfallen 19 602 000 M. auf Heizmittel und 11 840 000 M. auf Strom aus fremden Werken. Von der 42 080 100 M. betragenden Mehreinnahme entfallen 32 375 000 M. auf die Stromabgabe an Private und 9 282 500 M. auf die Stromabgabe an die Straßenbahn. Der Ueberschuß beziffert sich auf 3 229 093 M. (+ 1 798 183 M.).

Wie bei den Gas- und Elektrizitätswerken, ist auch im Voranschlag der Wasserwerke (Position 5) der Einfluß der wirtschaftlichen Verhältnisse besonders fühlbar. Die Ausgaben weisen hier eine Steigerung um 10 326 755 M. auf, wovon allein 5 452 200 M. auf Heizmittel und Stromverbrauch entfallen, obwohl die vorgesehene Fördermenge noch um 400 000 Kubikmeter geringer ist als im Voranschlag 1919. Da mit Rücksicht auf dieses gewaltige Anschwellen eine wesentliche Erhöhung des Wasserpreises nicht zu umgehen war, ist es möglich gewesen, daneben noch eine außerordentliche Rücklegung von 625 924 M. vorzusehen. Die Einnahmen sind auf 13 109 485 M. berechnet (+ 10 326 755 M.), der Wasserpreis ist von Anfang Mai an auf 80 Pf. für das Kubikmeter erhöht worden.

Ganz außerordentlichen Schwierigkeiten begegnete die Aufstellung des Haushaltplans für die städtische Straßenbahn (Position 7), weil hier nicht nur die rapide Steigerung aller Materialpreise, die bedeutende Erhöhung des Strompreises, der Steuern und Abgaben, sondern bei dem großen Umfange des im Straßenbahndienste stehenden Personals vor allem die fortgesetzten Steigerungen der Löhne und Besoldungen jede aufgestellte Berechnung immer wieder zunichte machten. Der jetzt vorliegende Haushaltplan weist eine Gesamtausgabe von 97 313 400 M. auf, das sind gegen 1919 nicht weniger als 70 786 400 M. mehr. An diesem Mehrbedarfe sind fast sämtliche Ausgabeposten beteiligt.

Für Besoldungen und Löhne ist unter Berücksichtigung der durch die Besoldungsreform eingetretenen Steigerung der außerordentlich hohe Betrag von 37 216 600 M. mehr aufzubringen. Die Stromaufnahme aus städtischen und andern Elektrizitätswerken erfordert 9 041 000 M., die Unterhaltung der Wagen 10 978 000 M. mehr. Trotz den wiederholten Tariferhöhungen ist es nicht möglich gewesen, die Einnahmen in einer dem Anwachsen der Ausgaben entsprechenden Weise zu erhöhen. Die Mehreinnahme aus dem Betriebe der eigenen Linien ist auf 51 700 000 M., aus dem Betriebe der fremden Linien auf 468 000 M. veranschlagt. An sonstigen Mehreinnahmen sind noch 25 400 M. vorgesehen, denen aber 211 300 M. Mindereinnahmen gegenüberstehen. Der Haushaltplan schließt infolgedessen mit einem Fehlbetrage von 14 591 300 M. ab. Da der Fehlbetrag der Straßenbahn von dieser selbst getragen und keinesfalls durch Steuern aufgebracht werden soll, anderseits Einnahme und Ausgabe ausgeglichen werden muß, ist die Deckung des Fehlbetrags zunächst aus bereiten Mitteln der Stadtkasse vorgesehen und ein entsprechender Betrag als Darlehen der Stadtkasse in Einnahme gestellt worden, unbeschadet der Vorschläge, denen seitens der Direktion für den weiteren Verlauf des Etatsjahres zur Ausgleichung des Fehlbetrags entgegengesehen werden muß, sobald das Ergebnis der letzten Tariferhöhung einigermaßen übersehen lassen wird, welche Schritte einzuschlagen sind.

Die Einlagen bei der Sparkasse (Position 9) hatten in den letzten Jahren eine außergewöhnliche Steigerung erfahren. Auch wenn nicht angenommen werden kann, daß diese Aufwärtsbewegung weitergehen wird, so wird doch immerhin mit einem Guthabenzuwachs von 10 Millionen Mark gerechnet werden können.

Beim Leihamt (Position 10), das bis 1916 noch Ueberschüsse lieferte, berechnet sich für 1920 der Zuschuß auf 239 198 M. — 206 129 M. mehr, und zwar im wesentlichen infolge erhöhten persönlichen Aufwandes.

Die gesteigerten Umsätze in der Ratskellereiwirtschaft und die bei Erneuerung des Pachtvertrags erzielte höhere Pachtsumme lassen bei Position 11, Ratskellerei, eine Mehreinnahme von 377 500 M. erwarten, während die Mehrausgaben trotz mäßiger Erhöhung der Rücklage für den Kellereibetrieb nur um 177 500 M. anwachsen. Infolgedessen kann mit einem Ueberschusse von 200 000 M. gerechnet werden, gegen 100 000 M. in 1919.

Arbeit oder Vergnügen

Es ist gewiß recht vergnüglich, wenn Arbeit ein Vergnügen ist, — weniger angenehm ist es, wenn man die Arbeit als ein Vergnügen versteuern muß. Daß die Kurse, die Herr Leo Erichsen schon seit Jahren hier in Dresden über Gedächtnislehre und Willensbildung abhält, ein reines Vergnügen seien (sofern nicht alle Fortbildung als ein Vergnügen angesehen wird), kann man nur gerade nicht behaupten. Diese Kurse, drei Abende, je drei geschlagene Stunden umfassend, sind dem aufmerksamen Hörer eine schwere geistige Arbeit; sie erfordern auch noch häusliche Uebungen, die nicht leicht sind. Außerdem dienen sie nicht vorübergehender Unterhaltung, sondern der Erhöhung des Wissens und Könnens, dem besseren Fortkommen im allgemeinen und geschäftlichen Verkehr. Wenn diese Ausbildungskurse zu den Vergnügungen gerechnet werden, dann sind die Hochschulkurse und die Vortragsserien der Gehestiftung Doppelvergnügen, denn sie beschränken sich nur aufs Zuhören. — Mitarbeiten ist nicht Zwang. Trotzdem hat die Dresdner Steuerbehörde neuerdings Erichsens Kurse mit der örtlichen Vergnügungssteuer belegt, sodaß die Teilnehmerkarte, die 40 M. kostete, einen Steueraufschlag von 17,10 Mark zu tragen hatte — die billigeren Plätze entsprechend weniger. Die Steuerbehörde hat auch auf erhobenen Einspruch die merkwürdige Entscheidung nicht abgeändert. Vielleicht hat gerade die erwähnte Preisabstufung, die uns weder besonders glücklich noch angebracht erscheint, diese irrtümliche Besteuerung verursacht. Jedenfalls riet Herr Erichsen jedem einzelnen seiner Schüler im letzten Kursus, den Rat zu Dresden auf die Herausgabe der zu Unrecht erhobenen Steuer zu verklagen. Eine Anzahl Schüler wird das gewiß tun und wir können nur jedem der Kläger besten Erfolg wünschen. Besser wäre es freilich, wenn der Rat zu solchen Klagen keine Veranlassung gäbe.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19201004/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Folgen der freien Kartoffelwirtschaft

Ein Leser unsrer Zeitung schreibt uns, daß er für sein Geschäft in Dresden von einem Gutspächter Theodor Stephan in Domsorge, Bezirk Berlin, vor einigen Wochen eine Lieferung Kartoffeln von 200 bis 300 Zentner zugesagt erhalten hatte. Als aber nun die Kartoffeln ausgemacht waren, wurde die Zusage nicht eingehalten und sämtliche Kartoffeln in täglichen Fuhren in die Stärkefabrik nach Goltzen gebracht, und zwar werden von der Fabrik für den Zentner 28 Mark bezahlt. Von Frau Stephan wurde geäußert, daß die Fabrik auch 30 Mark bezahlen wolle. — Das ist ein festgestellter Fall. Es wird aber deren noch viele Hunderte geben. Die Stärke- und Spritfabriken werden beliefert, während die Bevölkerung sehen kann, wo sie im Frühjahr für teures Geld ihre Kartoffeln herbekommt.

Der Kleinhandel und die neue Zeit

Einen bemerkenswerten Verlauf nahm der zweite Gautag des Gaues Sachsen im Reichsverband der Schokoladengeschäftsinhaber Deutschlands, der am Sonntag in Dresden stattfand und dem auch ein Vertreter des Landespreisamts bewohnte. Die Tagung wurde beherrscht von der Stellungnahme zu dem vom Reichsarbeitsminister dieser Tage in Dresden aufgestellten Programm, das eine neue wirtschaftliche Entwicklung bringen soll. Es wurden Ansichten verfochten, die angenehm abstachen von dem rückschrittlich-günstlerischen Geiste, der bisher meist in den Kreisen des gewerblichen Mittelstandes anzutreffen war. Freilich bekämpften sich auch auf dieser Tagung noch zwei Richtungen, von denen die eine an dem alten, genossenschafts- und arbeiterfeindlichen Standpunkt starr festhält, während die andre Richtung, die zweifellos schon die stärkere ist, den politischen und wirtschaftlichen Umwälzungen Rechnung tragen und mit der neuen Zeit mitschreiten will.

Der eine Referent, Krause, Heidenau, der zum Geschäftsbericht und über die Konzessionierung des Handels sprach, stellte sich auf den Standpunkt, daß man nicht gegen das Problem der Kommunalisierung des Lebensmittelhandels steuern könne, empfahl vielmehr ein enges Zusammenarbeiten mit der Regierung. Verständlicherweise will auch er natürlich keine Ausschaltung des Handels, dagegen hält er es für notwendig, daß der Handel die neue Zeit begreifen lernt und die neuen Wege (Planwirtschaft) mitgeht. Er stellt sich das so vor, daß Verbraucher und Handel gegenseitiges Entgegenkommen zeigen müssen, ein Standpunkt, den auch der Vorsitzende des Landesausschusses des Sächsischen Kleinhandels Schmidt, und der Vorsitzende des Reichsverbandes der Schokoladengeschäftsinhaber, Heidemann, Hamburg, vertraten. Eine Minderheit, denn brauche man auch keine Angst vor den Verbraucherkammern zu haben. Man war auch nicht gegen eine Konzessionierung des Handels, sah vielmehr ein, daß wieder Ordnung in die Wirtschaft hineingebracht werden müsse, nur sträubt man sich dagegen, daß die Sache vom Bureaukratismus des Beamtentums gemacht wird, vielmehr will man hierbei selbst mitsprechen und sich einen entsprechenden Einfluß auf die neuen Gesetze sichern.

Die andre Richtung, die hauptsächlich durch den Reichstagsabgeordneten Findeisen, Plauen i. V., vertreten, lehnte dagegen jede Sozialisierung des Einzelhandels rundweg ab, wenn sie sich auch nicht als Gegner der Konsumvereinsbewegung hinzustellen getraute und das Heil vor allem in dem gemeinnützigen (!) Arbeitsparwesen erblickte.

Es wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt, daß der Gautag zur Frage der Konzessionierung des Handels beschließt, von einer ausgesprochenen Stellungnahme für oder Wider abzusehen, solange ein Gesetzentwurf nicht vorliegt, aber erwartet, daß die gesetzgebenden Körperschaften des Reiches keine Neuordnung der Dinge ohne Hinzuziehung des Kleinhandels vornehmen und ihm die weitgehendsten Mitbestimmungsrechte gewährleistet werden.

In einer zweiten Entschließung wird gesagt, daß der vorliegende Gesetzentwurf über die Errichtung von Verbraucherkammern eine einseitige Interessenpolitik zugunsten der Konsumvereine und bestehenden Verbrauchergenossenschaften, eines Bruchteils der Konsumenten, bedeutet. Die gesetzliche Ausführung von Verbraucherkammern, gedacht als Wirtschaftsvertretung mit Ausschluß des Kleinhandels, bedeute für denselben eine schwere Schädigung; sie bezwecke seine vollständige Ausscheidung als Wirtschaftsfaktor ohne gleichzeitig im Interesse des Gemeinwohls an seine Stelle etwas Besseres zu setzen. Die Beseitigung des Kleinhandels würde nach Maßgabe unsrer jetzigen Verhältnisse eine weitere Förderung des Schleich- und wilden Handels zur Folge haben. Große Summen von Umsatz- und Einkommensteuern würden so dem Staate verloren gehen, weil jener Handel weder faßbar noch kontrollierbar ist. Gegen eine derartige einseitige Wirtschaftspolitik erhebt der Gautag den schärfsten Protest.

Man will auch bei der bevorstehenden Landtagswahl die Kandidaten der verschiedenen Parteien um ihre Stellungnahme zu diesen Dingen befragen.

Der Rattenfänger von Hameln im Film

Daß auch der dramatische Film nicht einfach abgetan werden darf, sondern daß seiner bestimmte Aufgaben warten, zeigte der am Sonnabend im Fü-Li, Striesener Straße vorgeführte Märchenfilm. Der Film war gut und ist für Kinder empfehlenswert. In den einzelnen Bildern lag ein ungekünstelter Märchengeist. Die prächtige, wunderliche Gestalt des Spielmanns, die ungebundene, fröhliche Kinderschar, der Reigentanz auf dem Anger vor der Stadt, die behäbigen, perückentragenden Ratsmitglieder, die phantastisch schaurigen Gestalten der Henkersknechte und was alles noch, hielten auch das letzte Kind in Spannung und ließen auch das kleinste Mädchen mitlachen, denn gelacht werden mußte. Was hier die laufende Handlung dem Kinde gab, wird kein noch so raffiniert ausgestattetes Theater geben können. Selbst die Erläuterungen störten nicht, da sie, in Reimen gehalten, sich gut in die Bilder einfügten. Die Wirkung dieser Märchenfilme würde aber doch vergrößert, wenn man an Stelle der Schrift einen sprechenden Erzähler setzte. Bei der Möglichkeit, den Film schnell und langsam laufen zu lassen, ließen sich Bild und Wort sehr gut in Einklang bringen. Die Vorführung wird kommenden Mittwoch nochmals wiederholt.

Ein sonderbarer Schwindelspezialist

Der 1885 in Döbeln geborene Walzmeister Wilhelm Karl Böhler hat sich im vergangenen Sommer auf folgende Weise in größeren Städten Zithern verschafft. Er ging in die Häuser, von denen er wußte, daß darin ein Zitherlehrer wohnte, und wartete auf der Treppe Schüler ab, die sich eben mit ihrer Zither in die Unterrichtsstunde begaben. Unter dem Vorwand, er sei vom Lehrer geschickt und sollte ihnen sagen, sie müßten zur heutigen Stunde noch ein gewisses Notenheft mitbringen, schickte er die Schüler noch einmal nach Hause, um das Heft zu holen. Aus Gefälligkeit nahm er die Zither einstweilen in Verwahrung, um sie offen dem Lehrer zu übergeben. Er hatte sich, um die Betrügereien besser ausüben zu können, bei dem betreffenden Lehrer selbst als Schüler angemeldet. Mit den Zithern ging er in ein Musikaliengeschäft und verpfändete die Instrumente. Er hat auf diese Weise Zithern in die Hände bekommen bis zum Werte von 800 Mark.

Einen derartigen Schwindel verübte er auch in Leipzig. Auf der Rückreise von Leipzig war er in Riesa auf dem Bahnhof einem Fräulein beim Besteigen des D-Zuges behilflich. Er nahm ihr Paket, um es im Wagen unterzubringen, ging aber mit demselben, in dem sich für 180 M. Wäsche befand, auf der andern Seite zum Wagen wieder heraus und verschwand vom Bahnhof. Weiter erschwindelte sich B. ein Fahrrad und bei einem Bäckermeister vier Brote.

In einem Restaurant der inneren Stadt war er mit dem Gerüstbauer Stein bekannt geworden. Gesprächsweise erzählte St. unter anderm, daß er jetzt mit Salvarsan sofort 20 000 M. verdienen könnte, er brauche aber 10 000 M. Betriebskapital. Im Laufe der Unterhaltung hatte sich B. dem Stein gegenüber als Offizierstellvertreter Modes vorgestellt und sich erboten, die 10 000 M. Betriebskapital zu der Salvarsanschieberei von seinen Eltern in Teuben zu beschaffen. In Wahrheit hatte es aber der Angeklagte nur auf den schönen Ulster abgesehen, den St. trug. Beide fuhren also nach Teuben und kehrten in einer Wirtschaft ein. Gegenüber befindet sich das Installationsgeschäft von Modes. In der Gastwirtschaft bezeichnete B., alias Modes dem Stein das gegenüberliegende Geschäft als das seiner Eltern, wo er sofort die 10 000 M. erhalten würde. Er bat St. um einstweilige Ueberlassung seines Ulsters, da er seinen eigenen infolge Spielverluste der vorigen Nacht verpfändet habe und das wollte er seine Eltern nicht merken lassen. St., in Erwartung der 10 000 M., war einverstanden. B. ging in das Geschäft von Modes, log der Frau vor, er würde auf der Straße verfolgt und bat, hinein zu gehen. Nach stundenlangem Warten dauerte St. die Sache zu lange, er ging in das Geschäft von M. und frug die Frau nach ihrem Sohn. Da wurde ihm gesagt, daß ihr Sohn im Felde gefallen sei, sie habe keinen Sohn mehr. Das Gericht verurteilte Bröchler zu 1 Jahr Gefängnis.

Betten- und Gardinendiebstähle

Zwei stellenlose Handlungsgehilfen, der 20jährige Kurt Theodor Kunke und der 18jährige Paul Hans Hampel hatten sich vor der 4. Strafkammer wegen einer Anzahl recht raffinierter Diebstähle zu verantworten. Im Laufe der kurzen Zeit vom 14. Juni bis 1. Juli dieses Jahres mieteten sie sich in verschiedenen Gasthöfen von Zittau, Bischofswerda, Gröba, Arnsdorf, Bautzen, Radeberg, Freiberg und Radebeul ein. Sie bezahlten, um Vertrauen zu erwecken und um morgens nicht belästigt zu werden, Nachtquartier und Zeche schon abends. Am zeitigen Morgen verschwanden sie unter Mitnahme der Bettwäsche, Gardinen, stellenweise auch der Tischwäsche sowie Handtücher und schädigten die betreffenden Gastwirte auf diese Weise um 800 bis 1500 M., im ganzen um 9500 M. Die Sachen verkauften sie in Dresden teils im Volkshof, teils in der Neustadt an mehrere Unterhändler. Im letzten Falle wurden sie festgenommen. Es war von der Straße aus beobachtet worden, daß abends 6 Uhr die Gardinen heruntergenommen wurden und zwar von männlichen Personen, die den Nachbarsleuten unbekannt waren. K. wurde zu 1 Jahr 9 Monaten Gefängnis und drei Jahren Ehrenrechtsverlust und H. zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Verpflegsgeldnachzahlung des Differenzbetrages vom erhöhten Verpflegegeld. Das Versorgungsamt I schreibt uns: Gemäß einer neuen Verfügung des Hauptversorgungsamts Dresden, Verw.-Abt., Nr. 6198 I vom 23. September 1920, ist die Verpflegsgeldangelegenheit der nach dem 1. Januar 1920 zurückgekehrten Kriegsgefangenen, die dem Amtl. Nachr. des R. A. V. von 1920 Nr. 132 dem Abw.-Amt XII übergeben wurde, von den Versorgungsämtern wieder weiter zu bearbeiten. Um Doppelzahlungen zu vermeiden, muß infolge der vielleicht ergangenen Verfügungen erst von den zuständigen Durchgangslagern Erkundigung eingeholt werden, und es wird dadurch noch eine Verzögerung eintreten. Um aber eine schnelle Erledigung der Angelegenheit zu ermöglichen, werden die etwa Beteiligten gebeten, sich noch einige Zeit zu gedulden und unnötige mündliche und schriftliche Anfragen zu unterlassen. Jeder 1920 zurückgekehrte Heimkehrer, der schon einen Antrag bei den Versorgungsämtern gestellt hat, wird mittels Karte Bescheid von dem betreffenden Versorgungsamte erhalten. Diejenigen 1920 zurückgekehrten Heimkehrer, die noch keinen Antrag gestellt haben, werden hiermit aufgefordert, dies in nächster Zeit zu erledigen, und zwar Buchstaben A bis K beim Versorgungsamt I, L bis Z beim Versorgungsamt II, beide in Dresden, Grenadier-Kaserne 101, Flügel A.

Ein merkwürdiger Zufall. Dicht unterhalb der Dampfschiffanlegebrücke in Vorstadt Cotta wurde am Sonntag mittag durch den dortigen Förmeister der Leichnam eines jungen Mannes aus den Fluten der Elbe gezogen. Es handelte sich um den 21 Jahre alten, zuletzt bei den Eltern in der Cranachstraße wohnhaft gewesenen Mechaniker bzw. Markthelfer F. P., der nach dem Befund erst in den letzten Tagen vermutlich von einer der Dresdner Brücken aus in die Elbe gesprungen sein dürfte. Bei der üblichen Durchsuchung nach Wertsachen und sonstigen Legitimationen wurde u. a. auch ein Brief vorgefunden, worin er von seiner Geliebten für gestern Sonntag nachmittag nach der Constantia bestellt wurde, wo in der nächsten Nähe und nur wenige Stunden zuvor eben die Bergung als Leiche erfolgt war. Der Tote wurde nach erfolgter polizeilicher Aufhebung nach dem Friedhofe übergeführt.

Die Dresdner Staatsanwaltschaft hat den seit reichlich zwei Wochen flüchtigen Fleischergesellen Theodor Otto Günther, geboren am 4. August 1900 zu Cossebaude, in Haftung gestellt. Der Drückeberger wird beschuldigt, daß er seit Frühjahr in einem Grundstück auf Leutewitzer Flur (unter einer Markise der Albrechtshöhe) gegen vierzig Schwarzschlachtungen vorgenommen habe. Es sind gegenwärtig umfangreiche Ermittlungen eingeleitet, wer die schwarzgeschlachteten Tiere geliefert hat, die aus Nachbarorten stammen sollen.

— **Die Deutsche Gesellschaft zur Förderung häuslicher Erziehung** setzt in dieser Woche ihre Elternvorträge fort. Am 5. Oktober in der 14. Volksschule (Schanzenstraße 2): Spiele und Beschäftigung größerer Kinder; im König-Georg-Gymnasium: Ueber geschlechtliche Erziehung. Am 6. Oktober in der 25. Volksschule (Vohlandstraße 42): Geldverdienen und Geldvertun; 39. Volksschule (Schleiermacherstraße 8): Geschlechtliche Erziehung; 35. Volksschule (Bünaustraße 32): Kinderlügen; 26. Volksschule (Wurzener Straße 5): Kinderhort und Kindergarten. Am 7. Oktober 47. Volksschule (Ammonstraße 17/19) und 49. Volksschule (Tieckstraße 14): Kino, Theater, Konzert und unsre Jugend; in der Realschule Seevorstadt: Geschlechtliche Erziehung. Am 8. Oktober 12. Volksschule (Hebbelstraße 20): Ueber Flegeljahre und Backfischalter. — Beginn der Vorträge abends 7½ Uhr. Eintrittskarten (50 Pf.) in den Schulen und im Vortragsraum. — Die Vortragsreihe, die für die Woche vom 18. bis 23. d. M. geplant war, wird der Ferien halber um acht Tage verschoben.

Eine Anzahl von Zivilanzügen steht der Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt zum Preise von 370 M. zur Verfügung. Sie sind nach Schnittmustern von den Schneiderinnungen des Bezirks hergestellt worden. Die Anzüge sollen nur an Personen abgegeben werden, die sich in dringender Kleidungsnot befinden. Die Anträge auf diese Anzüge sind bei der zuständigen Gemeindeverwaltung zu stellen.

Der Einheitsverband der Kriegsbeschädigten und -hinterbliebenen, Ortsgruppe Dresden, hält am 4. Oktober, abends 7½ Uhr in nachstehenden Bezirken seine Bezirksversammlungen ab: Bezirk VI in Jacobs Restaurant, Blauenscher Platz, Bezirk VII im Sängerheim, Wernerstraße, Bezirk VIII in der Constantia, Cotta. Wichtige Tagesordnung für die Generalversammlung erfordert zahlreiches Erscheinen aller Mitglieder.

Postreklame. Im Verein der Plakatfreunde (Ortsgruppe Dresden) spricht am 5. Oktober, abends 7½ Uhr (Hotel Drei Raben), Herr Postsekretär Hofmann über das Thema Postreklame. Nach dem Vortrag findet freie Aussprache statt, bei der Herr Postrat Mäder jede gewünschte Aufklärung geben wird. Es wird jeder reklamestellenden und reklamemachenden Firma, jeden Werbekünstler und Werbefachmann interessieren, von maßgebender Seite zu hören, in welcher Weise die Post ihr Reklameunternehmen gestalten will.

Der Elternrat der 12. Volksschule in Cotta ladet hiermit die Eltern, die ihre Kinder in die 12. Volksschule schicken, zu der am 5. Oktober, abends 7½ Uhr, in der Turnhalle stattfindenden Elternversammlung freundlichst ein.

Vermischte Nachrichten. Starke Verbrennungen zog sich am Sonntag gegen Abend zwei Arbeiter an dem Schmelzofen der Siemensschen Glasfabrik zu. Beim Anschüren der Öfen schlugen die Flammen der Rohkohlen zur Ofenöffnung [illegible] heraus und fügten dem einen der Arbeiter am ganzen Körper schwere Brandwunden zu, während der andre mit weniger lebensgefährlichen Verletzungen davonkam. Die beiden 53 bzw. 40 Jahre alten Männer wurden dem Krankenhause zugeführt. — Ein schwerer Unfall hat sich heute Montag früh gegen 4 Uhr im Hause Mathildenstraße 11 zugetragen. Dort stürzte ein nach Hause kommender Mann die Treppe hinab und zog sich eine tiefe Kopfwunde zu. Man führte ihn nach dem Krankenhause. — Selbstmord verübte am Sonntag ein 42 Jahre altes, in der Leon-Vohle-Straße in Stellung befindliches Dienstmädchen, das durch Einatmen von Leuchtgas seinen Tod herbeigeführt hatte. — Weil sie den Tod ihres ältesten Kindes nicht verschmerzen konnte, sprang heute früh eine verheiratete, in der Scheunenhofstraße wohnende Frau von einem Pfeiler der Friedrich-August-Brücke auf Neustädter Seite in das seichte Wasser der Elbe hinab und wurde schwerverletzt von einem Kahnführer nach dem Einnehmerhäuschen hinaufgetragen, von wo aus ihre Beförderung nach der Heil- und Pflegeanstalt erfolgte.

Dresdner Umgebung

Keine Mordtat in Cossebaude

Vor zwei Wochen war in den von Cossebaude nach Probstheida führenden Gründen der 31 Jahre alte Arbeiter Sonntag aus Cossebaude in Gegenwart von zwei Kollegen unweit der bekannten Lochmühle plötzlich im Walde verstorben. Obwohl Zeugen des Todes vorhanden waren, sind in diesem Falle ganz ungeheuerliche Gerüchte entstanden. Die Witwe hatte plötzlich die Ausgrabung der Leiche gefordert, da am Halse Würgmerkmale usw. vorhanden gewesen sein sollten. Der verstorbene Schmarotz sollte das Opfer eines Wrabschützer Bauern geworden sein und dadurch den Tod gefunden haben. Seitens der Landeskriminalpolizei zu Dresden, in Verbindung mit der zuständigen Gendarmerie, fuhren daraufhin nochmals die eingehendsten Erörterungen stattgefunden und zu dem Resultat geführt, daß aber auch kein Wort an dem Verdachte angeblicher Bauerngreuel wahr ist. Die Todesursache ist auf Erschöpfung mit hinzugetretenem Herzschlage zurückzuführen. Der verstorbene Arbeiter Sonntag war unterernährt und auch im Felde an Gasvergiftung erkrankt.

Ottendorf-Okrilla. Einen unerhörten Mietwucher betreibt, wie jetzt bekannt wird, die Firma Walther mit ihren Wohnungen. Wohnungen in Häusern, die schon jahrzehntelang stehen, also für einen Pappenstiel gebaut wurden, werden jetzt um 200 Prozent und noch mehr gesteigert. Es wird bekannt, daß z. B. für eine Wohnung, die bis jetzt 144 M. kostete, nun 300 M. verlangt werden. Zwei andre Wohnungen, die bisher auch jede 144 M. kosteten, kosten von nun an jede 444 M. Also eine Steigerung von 200 M. für die Wohnung oder über 200 Prozent. Eine andre Wohnung kostete bisher 400 M. mit Garten. Der Garten wird entzogen, die Wohnung allein soll aber 800 M. kosten usw. Hierbei ist aber noch zu berücksichtigen, daß die Arbeiter in den Wohnungen 25 Jahre und noch länger wohnen. Irgendwelche Renovationen in diesen Wohnungen haben die Mieter selbst machen zu lassen, so daß die Firma die Mietsteigerungen mit irgendwelchen Bauveränderungen nicht begründen kann. Diese Mietsteigerungen sind klassende Ohrfeigen für die U.-S.-P.-Leute, die im Gemeinderat, als noch den Vorsitzenden des Finanz- und Verfassungsausschusses der Grundbesitz stärker herangezogen werden sollte, behaupteten, daß auf diese schärfere Heranziehung Mietsteigerungen folgen würden. Auf Vorschlag der U. S. P. wurde nun der Grundbesitz entlastet, die Firma Walther bekam durch den Vorschlag der U. S. P. ein Geschenk von 1578 M. pro Jahr aus Gemeindemitteln. Man darf gespannt sein, was nun die rückgratfesten U.-S.-P.-Leute sagen werden.

Aus dem Parteileben

Versammlung in der Reichskrone. Ueber: Genf oder Moskau? sprach in einer starkbesuchten Versammlung Genosse Kahmann. Daß diese Tagesordnung die Unabhängigen und Kommunisten auf den Plan rufen würde, war vorauszusehen. Sie bildeten jedoch nur eine Minderheit in der Versammlung, versuchten aber durch Lärmen und oft sinnlose Zwischenrufe dieses Manko auszugleichen. Genosse Kahmann rechnete im Verlaufe seiner Ausführungen scharf mit der U. S. P. ab. Dem Programm der U. S. P. und der Kommunisten stellte der Redner klar und scharf die Ideale der Sozialdemokratie, die nur auf dem Wege der Demokratie ihre Ziele verfolge, gegenüber. Moskau bedeute die Räudiktatur, die Herrschaft einer Minderheit, Genf die Demokratie, gesunden, aufbauenden Sozialismus. In der Debatte sprach der Unabhängige Lochmann, der sein Unbehagen über die Kritik Kahmanns an der U. S. P. dadurch dokumentierte, daß er Kahmann gemeine Kampfesweise vorwarf. Ferner sprachen von den Kommunisten Frau Naumann und Heinemann. Mit einem durch Unruhe und Zwischenrufe reichlich gestörten Schlußwort bei Referenten schloß die Versammlung.

Kinderschutzkommission. 5. Kreis. Mittwoch Nachmittagsausflug. Stellen: 2½ Uhr Dürerplatz und Schützenplatz. Eltern herzlich willkommen.

Frauen. 5. Kreis. Dienstag, abends 7½ Uhr, findet in Adams Restaurant, Kaulbachstraße 16, ein Diskussionsabend statt. Vortrag des Genossen Krüger über: Die Konsumvereinsbewegung. Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

5. Kreis. Gruppe Johannstadt. Zu dem Frauendiskussionsabend am Dienstag treffen sich die Johannstädter Genossinnen um 7 Uhr am Bönischplatz, Ecke Pfotenhauerstraße. Der Abend mit Vortrag und Unterhaltung findet bei Adam, Kaulbachstraße 16, statt. Gäste sind willkommen.

6. Kreis. Gruppe Cotta. Morgen Dienstag, abends 7½ Uhr, Mitgliederversammlung im Restaurant Turmhaus, Stresdener Straße. Genosse Kurt Schumann, Leiter des Ueberwachungswesens, spricht über: Was bedeutet die Aufhebung der Zwangswirtschaft für uns. Diese Sache ist von so tiefeinschneidender Art für uns, daß wir uns darüber Aufklärung verschaffen müssen. Das soll in dieser Versammlung geschehen. Darum erscheint zahlreich.

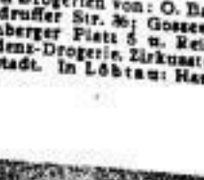
Bezirk Löbtau. Frauen! Dienstag den 5. Oktober, abends 7½ Uhr findet im Jugendheim, Poststraße 15, ein Diskussionsabend statt. Die Frage der Wohlfahrtspflege wird Genossin Noack behandeln. Es ist Pflicht aller Frauen pünktlich zu erscheinen.

Bezirk Striesen. Morgen Dienstag findet in der 52. Volksschule, Markgraf-Heinrich-Straße, die Elternratswahl statt. Wahlberechtigt sind Vater und Mutter. Zu wählen ist unsre Liste: Schmid, Frau Lange, Weidner usw. Das Erscheinen aller zur Wahl ist unbedingte Pflicht.

Briefkasten

R. G. Die abgelieferten Waffen müssen in allen Fällen sofort an den Ueberbringer bezahlt werden. Die Ortsbehörden sind bereits am 22. August und erneut am 4. September angewiesen worden, rechtzeitig für die Beschaffung des nötigen Bargeldes zu sorgen.

R. 210. R. hat recht. Bei der Ablieferung von Waffen und Munition darf weder nach dem Namen des Ueberbringers noch nach einer Legitimation oder nach der Herkunft der Gegenstände gefragt werden.


Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen u. Warzen
beseitigt schnell, sicher u. schmerzlos
Kukirol 100000 fach bewährt — Preis M. 3 —
In Apotheken u. Drogerien erhältlich
In den Drogerien von: O. Baumann, König-Johann-Str. 9; Blembel Nachf., Wilsdruffer Str. 36; Gossee & Seidel, Waisenhausstr. 25; Richard Köllitz, Nürnberger Platz 5 u. Reichsstr. 6; Lachmann Nachf., Wettinerstr. 35; Residenz-Drogerie, Zirkusstr., Ecke Grunaer Str., u. Fr. Wollmann Nachf., Neustadt. In Löbtau: Hartmann Nachf.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19201004/8 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Bildungsmöglichkeiten für Betriebsräte

In verschiedenen Versammlungen unsrer Parteigruppen ist gewünscht worden, daß sich die Gewerkschaften der Erziehung und Ausbildung der Mitglieder der Betriebsvertretungen annehmen möchten. Sie möchten Kurse veranstalten zur Einführung in die für die Betriebsräte besonders wichtigen Wissensgebiete, um dadurch möglichst viele Arbeiter und Angestellte fähig zu machen, Mandate zu den Betriebsvertretungen übernehmen, sachkundig ausüben und alle Rechte aus dem Betriebsrätegesetz im Interesse ihrer Wähler voll ausnutzen zu können. Die erwähnten Wünsche lassen erkennen, daß vielen Genossen und Genossinnen noch nicht bekannt ist, in welcher umfangreichen und gründlichen Weise die Gewerkschaften bereits seit früheren Monaten dieses Gebiet beackern, und es erscheint daher angebracht, einmal einen Ueberblick über die Arbeit zu geben, die zur Aus- und Durchbildung unsrer Betriebsräte geleistet wird.

Schon kurz nach dem Inkrafttreten des Betriebsrätegesetzes hat der Dresdner Ortsausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes eine Betriebsräteschule begründet, die ihre Tätigkeit am 12. April 1920 begann. In verschiedenen Dresdner Schulräumen, so im Wettiner-Gymnasium, im Annen-Realgymnasium usw., wurden Kurse für je rund 40 Teilnehmer eingerichtet, zu denen die Dresdner Gewerkschaften ihre in den Betriebsvertretungen tätigen Mitglieder anmeldeten und entsandten. Diese Kurse waren in erster Linie der Einführung in das Betriebsrätegesetz gewidmet, und zwar sind bis jetzt insgesamt 36 Kurse über dieses Thema veranstaltet worden, deren aber früher vier Abende umfaßte, eine Zahl, die seit Anfang September auf sechs Abende erhöht worden ist. In derselben Zeit begannen Kurse über Tarif- und Schlichtungswesen, in denen das ganze Gebiet an acht Abenden umfassend besprochen wird. Bis jetzt sind über dieses Thema neun Kurse eröffnet worden, die zum Teil gegenwärtig noch im Gange sind. Seit September sind zu diesen zwei Gebieten noch Kurse über Wirtschaftskunde (bisher 2 zu je 8 Abenden), Unternehmerverbände (1 zu 8 Abenden), Gewerbehygiene (1 zu 7 Abenden) und rationelle Betriebsführung (1 zu 6 Abenden) hinzugekommen. Insgesamt sind also an der Betriebsräteschule des Dresdner Ortsausschusses der Freien Gewerkschaften bis jetzt 50 Kurse veranstaltet worden, die zum Teil gegenwärtig noch laufen. Als Lehrer wirken mit für die Einführung in das Betriebsrätegesetz: Redakteur Barthel, Regierungsrat Brand, Arbeitersekretär Hickmann, Gewerkschaftssekretär Liebelt, Lindner vom Metallarbeiterverbande, Mitglied des Landespreisamts Lüttich, Pritschow vom Verbande der Lithographen und Steindrucker, Arbeitersekretär Völkel, Oberlehrer Weis; über Tarif- und Schlichtungswesen: Barthel, Brand, Lüttich; über Wirtschaftskunde: Redakteur Dr. Sachs, Schriftsteller Sommer; über Unternehmerverbände: Schippel von der Landesstelle für Gemeinwirtschaft; über Gewerbehygiene: Landesgewerbearzt Prof. Dr. Thiele; über rationelle Betriebsführung: Dr.-Ing. Riedel.

Wie das Gewerkschaftskartell der Arbeiterverbände, so hat auch das Ortskartell Dresden der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände eine Betriebsräteschule eingerichtet, die am 16. September eröffnet worden ist. Im großen Regenbaussaale werden vor rund 800 Teilnehmern durch sachkundige Redner die wichtigsten für die Betriebs- und Angestelltenräte bedeutsamen Fragen in knapper, eindringlicher Form besprochen. Am ersten Abend behandelte Ministerpräsident Buck die deutsche Gewerkschaftsbewegung, ihren Zweck und ihr Ziel, während am zweiten Abend, dem 28. September, Redakteur Barthel über das Tarifvertragsrecht sprach. Derselbe Redner führte am 30. September in das gewerbliche Schlichtungswesen ein. Ferner werden sprechen: Assessor Krauser am 7. Oktober über Allgemeine Gesetzeskunde; Redakteur Dr. Sachs am 14. Oktober über Die Preisbildung in der kapitalistischen Gesellschaft, am 21. Oktober über Unternehmungsformen, am 28. Oktober über Bankwesen und am 4. November über Kartelle und Trusts; Arbeitersekretär Völkel am 11. November über die Aufgaben der Betriebsräte; Karl Hannschild vom Zentralverband der Angestellten am 18. November über die Bedeutung der Bilanzen für die Betriebsräte.

Die einzelnen Dresdner Mitgliedschaften der freien Arbeiter- und Angestelltenverbände sind an diese beiden Betriebsräteschulen des Gewerkschaftskartells und des Ortskartells der Asa angeschlossen. Daneben tut aber die Verwaltungsstelle Dresden des Deutschen Metallarbeiterverbandes noch ein übriges zur Ausbildung der Betriebsräte in der Dresdner Metallindustrie durch die Herausgabe eines seit dem 19. April in zwangloser Folge erscheinenden Mitteilungsblattes für Betriebs- und Arbeiterräte, von dem bis jetzt fünf Nummern erschienen sind. In jeder Nummer wird ein bestimmtes Gebiet aus dem Betriebsrätegesetz in klarer, allgemein verständlicher Form behandelt. Zweifellos hat das Blatt bereits viel zur Erkenntnis der Rechte der Betriebsräte und ihrer Ausnutzung in dem durch das Gesetz gezogenen Rahmen beigetragen und damit ebenso wie die Betriebsräteschulen ein tüchtiges Stück praktischer Arbeit geleistet.

Von großem Wert für die Mitglieder der Betriebsvertretungen ist auch die Betriebsrätezeitung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, von der im September die Nummer 4 erschienen ist. Sie erscheint im Verlage von E. Vogler, Berlin SO 16, Engelufer 15, wird von Dr. A. Striemer geschickt geleitet und gibt Aufschluß über alle die Betriebsvertretungen berührenden Fragen. Aehnliche Organe haben auch einzelne Gewerkschaften, so der Metallarbeiterverband, für ihre Mitglieder geschaffen. Durch diese zentralen Organe wird natürlich auch die Ausbildung der Dresdner Betriebsräte stark gefördert. Jedenfalls ist aus dieser Uebersicht zu erkennen, daß auf diesem Gebiete von den Gewerkschaften bereits eine umfangreiche und gründliche Arbeit geleistet worden ist.

Die sächsische Metallindustrie

Die Umstellung der Betriebe in der Eisen- und Stahlindustrie von der Kriegstätigkeit auf Friedensarbeit ist in Sachsen ohne merkliche Verringerung der Arbeiterzahl vor sich gegangen. Die Zahl der Betriebe, die der Sächsisch-Thüringischen Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft angehören, vermehrte sich um über 200 auf 6597, womit der Stand von 1913 wieder erreicht ist. Die Zahl der versicherten Personen (Arbeiter und Betriebsbeamten) betrug vor dem Kriege (1913) 195 175. Sie verminderte sich dann auf 148 928 im Jahre 1915, um sich von dort an ständig zu vermehren. Der Höhepunkt wurde im Jahre 1918 mit 207 404 erreicht; das Jahr 1919 brachte eine kleine Verminderung auf 203 070. Der Friedensstand ist somit überschritten. Bei den Zählungen handelt es sich um „Vollarbeiter", also immer um je 300 Arbeitstage.

Die gezahlten Löhne haben eine ständige Steigerung erfahren. Im Jahre 1913 wurden 249 Millionen Mark ausgezahlt. Die Summe verminderte sich auf 197 Mill. M. im Jahre 1915, um dann in den folgenden vier Jahren 1916 bis 1919 auf 241, 366, 449, 715 Mill. M. zu steigen. Der Durchschnittslohn einer versicherten Person stieg von 961 M. im Jahre 1900 auf 1277 M. im Jahre 1913, 1325 M. im Jahre 1915, und 1450, 1795, 2167 und 3820 M. in den folgenden vier Jahren 1916 bis 1919. Man ersieht hieraus, daß sich die Durchschnittslöhne in sehr mäßigen Grenzen halten, und daß es immer nur wenige Gruppen von Arbeitern sind, die sogen. „hohe Löhne" erhalten. Betriebsbeamte sind laut Satzungänderung, beschlossen in der Genossenschaftsversammlung vom 21. Juni 1919, bis zu einem Jahresarbeitsverdienst von 15 000 M. versicherungspflichtig. Darüber hinaus ist die freiwillige Versicherung für Betriebsbeamte mit einem Jahresarbeitsverdienst bis zu 20 000 M. möglich. Die Arbeiter sind schon immer ganz ohne Rücksicht auf die Höhe ihres Verdienstes versicherungspflichtig.

Die Zahl aller Verletzten, für die Unfallanzeigen erstattet wurden, verminderte sich von 13 022 im Jahre 1913 auf 11 017 im Jahre 1914, um von dort an ständig auf 15 986 im Jahre 1917 zu steigen. Im Jahre 1918 trat eine Verminderung auf 14 777 und im Jahre 1919 eine solche auf 11 068 ein. Die verhältnismäßig höchste Zahl wurde im Jahre 1916 mit 82 von je 1000 versicherten Personen erreicht. Im letzten Jahr waren es nur 11 068. Die Zahl derjenigen Unfälle, für die eine Entschädigung festgesetzt werden mußte, ist ständig gestiegen, auch verhältnismäßig. Infolge des Unfalles getötet wurden im vorigen Jahr allein 96 Personen. Die Zahl der Personen, die, auch für Unfälle aus den Vorjahren, Entschädigung erhielten, betrug zusammen rund 12000.

Im Jahre 1919 wurden 5,8 Mill. M. an Beiträgen (Umlagen) von den Unternehmern eingehoben. An Entschädigungen wurden ausgegeben 2,6 Mill. M. An laufenden Verwaltungskosten wurde rund eine halbe Million Mark ausgegeben. Die Einrichtung der „Vertrauensmänner" der Genossenschaft in den einzelnen Orten ist im Vorjahr aufgehoben worden. Der größte Teil der entschädigungspflichtigen Unfälle ereignete sich durch die Transmissionen und Arbeitsmaschinen. Unter den Verletzten des letzten Jahres befinden sich auch rund 150 Jugendliche unter 16 Jahren und 2700 weibliche Personen.

Gewerkschaftsbewegung

Der zahmgewordene Dißmann

Eine große Metallarbeiterversammlung fand Sonnabend nachmittag im Volkswohlsaale statt. Der Vorsitzende der Metallarbeitergewerkschaft, Dißmann, referierte über die derzeitige wirtschaftliche Krise und ihre Lösung.

Redner führte die Krise zum großen Teil auf das Verhalten des Kapitals wie aller bisherigen Regierungen zurück, die sich, wo nicht arbeiterfeindlich, so doch dem Kapital gegenüber schlapp gezeigt und die Staatsmacht zum Spott gemacht haben. In zweistündiger Rede ging Dißmann auf viele Einzelheiten ein, die der Zeitungsleser kennt. Als er endlich darauf zu sprechen kam, wie aus dem ganzen Elend herauszukommen sei, da klang es diesmal ganz anders wie einst im Mai, d. h. im Tivolisaale. Heute konnte der Redner keine andre Mittel anraten als die, die die alte Sozialdemokratie immer gepredigt hat: Die Arbeiterschaft soll sich durch planlose Wuschereien und Putschereien nicht das Heft aus der Hand nehmen lassen; die Wirren müssen aufhören; man muß den Mut haben, gegen den Strom der Unaufgeklärten zu schwimmen; der Gossenton und die Beschimpfungen in den Debatten, das gegenseitige Zerfleischen muß aufhören; den bloßen Maulmachern müssen die Wege gewiesen werden. Wir haben weder von Osten noch von Westen Hilfe zu erwarten, der deutsche Arbeiter muß sich selbst helfen; der französische hat nicht die Kraft, dem dortigen Kapitalismus entgegenzutreten; der Versailler Gewaltfriede muß verschwinden. Nicht durch Weltrevolution und Diktatur können wir aufbauen; wir sind abhängig von den ökonomischen Verhältnissen. Politische Arbeiterräte machen Unfug; eine Utopie ist es, mit politischer Macht die Verhältnisse kommandieren zu wollen; die wirtschaftlichen Räte sind ein Mittel zur endlichen Sozialisierung. Man hat sich früher zu wenig mit dem Uebergang zum Sozialismus beschäftigt. Es muß ein geistiger Umstellungsprozeß (neuer Ausdruck für „Umlernen!". D. V.) eintreten. Die Amsterdamer Gewerkschaftszentrale als „gelb" zu bezeichnen, wie die Russen es tun, ist eine Verleumdung. Kein Anschluß an Moskau! Redner bittet am Schluß dringend, die Einheitsfront der Gewerkschaft zu wahren. — —

Während dieser Ausführungen hörte man manchen unterdrückten Ausruf: Wäret ihr doch vor vier bis zwei Jahren schon so klug gewesen! Trotz erhobener Stimme war es ein rechter Eiertanz, den der Redner den ganzen Abend vollführte, um seinen engeren Parteigenossen glauben zu machen, er bewege sich noch auf dem Boden der „revolutionären" Grundsätze, die die U. S. P. immer im Munde führt. Darum geriet er auch sehr aus der Fassung, als ihm (entweder von einem erbosten Moskauer oder einem ironischen Mehrheitler) ein „Umlernerl" entgegenschallte. Er ließ hierüber ein langes Verlegenheitsgerede los, aus dem nicht klug zu werden war. Es ist ja in der Tat für Anhänger der U. S. P. nicht leicht, heute verteidigen zu müssen, was die Mehrheit stets vertreten hat und wofür diese jahrelang der feigen Umlernerei und der absichtlichen Verräterei bezichtigt worden ist.

Als einziger Debattenredner sprach der Mehrheitler Pawlowitsch. Von seiner festen Position aus schonte er im Interesse des Friedens den Referenten ganz außerordentlich, steht er doch in der Frage der zu erhaltenden Einheit der Gewerkschaftsbewegung auf demselben Boden, und konnte er sich doch auch mit vielen Einzelheiten des Vortrags ganz einverstanden erklären. Aber man hörte aus seinen Ausführungen genau wie aus denen Dißmanns heraus, daß der moralische wie der tatsächliche Erfolg auch in der Gewerkschaftsbewegung auf Seite der Mehrheitssozialdemokratie ist. Das war dem Referenten gewiß nicht angenehm, und, obwohl er sich erst nicht aufs politische Gebiet begeben wollte, legte er sich im Schlußwort doch energisch für die U. S. P. ins Zeug. Da er aber nicht angab, welche U. S. P. er meinte, so fühlte man, daß er einen verlorenen Posten verteidigte, daß es eine Rückwärtskanonade war.

Mit einigen kräftigen Worten für Einigkeit und unablässige Arbeit schloß Genosse Marx die nicht gerade übervolle Versammlung. Auch bei den Mitgliedern hat das überrevolutionäre Feuer sich bereits stark abgekühlt und nur die entsetzliche Arbeitslosigkeit jacht es immer wieder an.

Wenn, wie vom Referenten hervorgehoben wurde, der zweite Oktober, wenigstens für die Dresdner Metallarbeiter, ein Wendepunkt bedeutet, so darf man hoffen, daß auch bald in denjenigen andern Gewerkschaften, wo die Mehrzahl der Mitglieder noch unentwegt den Irrlichtern des Radikalismus nachläuft, sich eine Wendung zum Bessern zeigen wird.

Erwerbsversammlung der organisierten Transportarbeiter

Am 1. Oktober, vormittags, wurde in der Zentralhalle eine starkbesuchte Versammlung der organisierten erwerbslosen Transportarbeiter abgehalten, die sich mit der Lage der Erwerbslosen im allgemeinen und der Wahl eines Mitgliedes für den Erwerbslosenrat beschäftigte.

Der Referent Richter beleuchtete zunächst in seinen Ausführungen die Ursachen der Erwerbslosigkeit. Unvorbereitet seien Staat und Gemeinden vor das schwierige Problem der Erwerbslosenfrage gestellt worden. Die Gewerkschaften haben bereits lange vor dem Kriege die Einführung der Erwerbslosenversicherung gefordert. Leider fanden sie nicht die genügende Unterstützung. Regierung und Behörden standen der Erwerbslosenfrage ratlos gegenüber. Auch hier waren es die Gewerkschaften, die etwas Ordnung in das Chaos brachten. Während die nach Beendigung des Krieges festgesetzte Unterstützung den damaligen Verhältnissen wenigstens einigermaßen Rechnung trug, so müssen die heutigen Unterstützungssätze als durchaus unzulänglich bezeichnet werden. Von den Gewerkschaften wurden bereits vor längerer Zeit Anträge auf eine entsprechende Erhöhung gestellt. Das Hauptaugenmerk muß jedoch auf die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit gerichtet werden. Der größte Teil der Erwerbslosen will nicht Unterstützung, sondern Arbeit. (Lebhafte Zustimmung.) Die Stadtverordneten haben kürzlich 40 Millionen Mark für Bauzwecke zur Verfügung gestellt. Dadurch wurde für viele Erwerbslose Arbeitsgelegenheit beschafft; alle werden sie jedoch nicht untergebracht werden können. Zum Schluß wies der Redner darauf hin, daß es notwendig sei, in dieser schweren Frage die Fühlung mit den Gewerkschaften aufrecht zu erhalten. Er empfahl die Wahl einer Kommission von 5 Mitgliedern, die sich nach Möglichkeit aus den einzelnen Stadtteilen zusammensetzen soll. Die Kommission soll die Aufgabe haben, Wünsche und Beschwerden der Kollegen entgegenzunehmen, sie zu prüfen und in Gemeinschaft mit der Verbandsleitung auf ihre Erledigung im Sinne der Kollegen hinzuwirken. Der Obmann der Kommission gilt gleichzeitig als Mitglied des Erwerbslosenrates, so daß auch die Transportarbeiter künftighin als zweitstärkste Organisation im Erwerbslosenrat vertreten sein werden.

Die hierauf folgende Debatte war äußerst sachlich und stach wohltuend von den sonst in den allgemeinen Erwerbslosenversammlungen üblichen Phrasen und Anrempelungen der leitenden Personen ab. In die Kommission wurden Senf, Schwager, Diesener, Wünsche und Weise einstimmig gewählt. Senf ist Obmann der Kommission und damit gleichzeitig Mitglied des Erwerbslosenrates.

Der Versammlungsleiter wies noch besonders auf den ruhigen und würdigen Verlauf der Versammlung hin und betonte, wenn man in der Weise überall die Erwerbslosenfragen behandelt hätte, es zweifellos möglich gewesen wäre, mehr zu erreichen, als es heute der Fall ist. Er hoffe, daß die organisierten Erwerbslosen selbst einsehen werden, daß ihnen durch Phrasen und Radauversammlungen nicht gedient ist und daß sie sich davon fernhalten.

Reichskonferenz der Versicherungseinnehmer

Eine vom Zentralverband der Angestellten einberufene Reichskonferenz der Einnehmer aller deutschen Versicherungsgesellschaften nahm am 26. September grundsätzlich Stellung zur Umwandlung der Anstellung auf einen Hebevertretervertrag und stellte fest, daß dieser eine einseitige, ohne Einverständnis der Arbeitnehmerorganisation beabsichtigte Aufhebung des Tarifvertrags bedeute. In einer Entschließung wurde zum Ausdruck gebracht, daß seitens der Einnehmer der Versicherungsgesellschaften im allgemeinen, der der Viktoria im besonderen, stets der Wille vorhanden war, mit den Direktionen geeignete Maßnahmen und Aenderungen zum Zwecke der Ersparnis der Verwaltungskosten oder zur Erschließung von Deckungsmitteln zu treffen. Die von den Direktionen angestrebte Beseitigung des bestehenden Inkassosystems wurde von der Reichskonferenz als unmotiviert und die Interessen der Versicherungsangestellten schwer schädigend abgelehnt und der Zentralverband der Angestellten beauftragt, die diesbezüglichen Verhandlungen auf dieser Grundlage zu führen. Für den Fall der Ablehnung der Forderungen durch die Viktoria sollen nach vorheriger Verständigung mit dem Betriebsrat der Viktoriaeinnehmer die notwendigen Abwehrmaßnahmen bis zum äußersten Mittel angewandt werden.

Eine Reichskonferenz der Krankenkassen-Angestellten

beruft der Zentralverband der Angestellten für der 7. November nach Weimar ein. Als Tagesordnung ist unter andern vorgesehen: Forderungen zur Tarifrevision, Angestelltenrecht und Dienstordnung und Die Reform der Reichsversicherungsordnung.

Ueber die Zukunft der Gewerkschaftsbewegung

spricht der Redakteur des Freien Angestellten, Paul Lange, Berlin, in einer am Montag den 11. Oktober, abends 7 Uhr, im Kristallpalast stattfindenden Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Angestellten.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Edgar Hahnewald, Dresden-A.
für den Inseratenteil: Max Seifert, Dresden-Striesen.
Druck und Verlag: Kaden u. Komp., Dresden.

Haferverteilung.

Auf Grund von § 11 Absatz 2 der Bekanntmachung des Direktoriums der Reichsgetreidestelle vom 30. August 1920 (Reichsanzeiger Nr. 196 vom 31. August 1920) wird in den Bezirken der Amtshauptmannschaften Dresden-Altstadt und Dresden-Neustadt für die Verteilung von Futterhafer ab 1. Oktober 1920 an die nicht in der Landwirtschaft beschäftigten Pferde folgendes bestimmt:

§ 1. Alle Mengen von Hafer, die den Amtshauptmannschaften für obige Zwecke überwiesen worden sind, werden nur gegen Haferschein abgegeben.

§ 2. Pferdehalter, die Anspruch auf Zuweisung von Hafer zur Verfütterung haben, müssen die Ausstellung eines Haferscheines auf je 2 Monate durch Vermittlung der Ortsbehörde bei der zuständigen Amtshauptmannschaft beantragen. Dabei ist die Zahl der Pferde getrennt nach
a) gewerblichen Pferden,
b) Luxuspferden, Dauerpferden, Pony, Stei und Fohlen,
c) Zuchtpferden
sowie eine, der aus § 5 ersichtlichen Ausgabestellen anzugeben.

§ 3. Die Ortsbehörde hat die Anträge zu prüfen und die Richtigkeit der darin gemachten Angaben zu bescheinigen.

§ 4. Der Haferschein wird von der Amtshauptmannschaft auf den Namen des Antragstellers ausgefertigt und ist nicht übertragbar. Er lautet über eine bestimmte Menge Hafer und ist nur während des auf ihm bezeichneten Zeitraumes gültig.

Der Haferschein darf nur voll, nicht teilweise beliefert werden. Ersatz für verlorengegangene Haferscheine wird nicht gewährt.

§ 5. Der Haferschein wird gegen Hingabe und sofortige Bezahlung des Hafers von der auf ihm genannten Ausgabestelle beliefert.

Ausgabestellen bestehen:
für den Bezirk der Amtshauptmannschaft Dresden-Altstadt bei:
Oskar Deigner, Coschütz.
Kästner & Feldt, Dölzschen.
Paul Bauer, Niedersedlitz.
Bezirks- und Ablagegenossenschaft Pharandt und Umgegend.
Paul Schöbel, Leubnitz-Neuostra;
für den Bezirk der Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt bei:
Ernst Richter, Radeberg.
Max Mittag, Radeberg.
Hugo Kunichmann, Pauls.
Dünger-Handels-A.-G. zu Dresden, Bahnhof Cunnersdorf bei Altstadt.
Franz Korbe, Radebeul.
Gebauer & Meyer, Kötzschenbroda.
Paul Erdmann, Wachwitz.
Firma M. A. Müller, Klotzsche.

Die Abgabe von Hafer erfolgt bei diesen Stellen werktags während der üblichen Geschäftsstunden. Auf Lieferung in Säcken besteht kein Anspruch.

§ 6. Die Fütterungsdäge und der Preis des Hafers werden noch bekanntgegeben.

§ 7. Mit Geldstrafe bis zu 150 M. oder mit Haft bis zu 6 Wochen wird bestraft, sofern nicht eine höhere Strafe verwirkt wird, wer den Bestimmungen dieser Bekanntmachung zuwiderhandelt.

Dresden, am 2. Oktober 1920. [1]

Die Amtshauptmannschaften Dresden-Altstadt und Dresden-Neustadt.

Unter den Pferden des Obsthändlers Oskar Mattner in Naundorf ist die Räude ausgebrochen.

Dresden-Neustadt, am 2. Oktober 1920.

Die Amtshauptmannschaft.

Der Amtshauptmannschaft steht eine Anzahl von

Zivilanzügen

zum Preise von 700 M. zur Verfügung, die nach Schnittmustern von den Schneiderinnungen des Bezirks hergestellt worden sind. Die Anzüge sollen nur an Personen abgegeben werden, die sich in dringendster Kleidungsnot befinden.

Die Anträge auf diese Anzüge sind bei der zuständigen Gemeindeverwaltung zu stellen. Diese reicht die ausgefüllten Fragebogen nach Prüfung an die Amtshauptmannschaft ein. Auf Grund des eingesandten Fragebogens wird dem Antragsteller durch die Gemeindebehörde eine von der Amtshauptmannschaft ausgefertigte Bestellung und Entnahmeerlaubnis zugestellt.

Der Rechnungsbetrag ist vor Entnahme des Anzuges bei der Kasse der Kaufmännischen Abteilung der Amtshauptmannschaft zu bezahlen.

Die Ausgabe des Anzuges erfolgt nur gegen Vorlage der quittierten Rechnung und Abgabe der Entnahmebescheinigung bei der auf dieser bezeichneten Stelle.

Dresden-Neustadt, am 1. Oktober 1920. [10]

Die Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt.

Schmalz-Verteilung.

Freitag den 8. und Sonnabend den 9. Oktober 1920 wird die angemeldete Landeslistenkarte der Stadt Dresden „September A" mit 100 Gramm Schmalz beliefert.

Preis 18.– M. für ein Pfund, 180 M. für 100 Gramm.

Inwieweit Kleinere erhalten auf besonders abgestempelte Landeslistenkarten „September A" ebenso wie Minenlichter auf die jetzigen gültige Speiseölkarte in den bekannten Geschäften die gleiche Menge Schmalz.

Vorzeitige Abgabe ist strafbar. [1]

Dresden, am 2. Oktober 1920.

Der Rat zu Dresden.

Maul- und Klauenseuche in Pirna.

Pirna. In dem Gehöft des Kaufmanns Max Hammitzsch in Pirna, Zehistaer Straße 7, ist unter dem Rindvieh die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

Gemäß § 162 und 165 der Bundesratsvorschriften zum Viehseuchengesetz wird das Gehöftareal der Zehistaer Straße liegende Seuchengehöft und das betreffende Straßenstück selbst als Sperrbezirk bestimmt.

Im übrigen gelten die Bestimmungen der Bekanntmachung vom 30. 8. 1920.

Pirna, am 1. Oktober 1920. [15]

Die Amtshauptmannschaft. — Der Rat der Stadt Pirna.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19201004/9 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Leben · Wissen · Kunst

Der Schandfleck

60 Eine Dorfgeschichte von Ludwig Anzengruber

Der Bauer wußte es nicht zu sagen und suchte auch keine Erklärung dafür, warum er sich scheute, an das Mädchen zu rühren und ihm das Bündel abzuringen, wobei er doch nur viel Spaß und wenig Mühe gehabt hätte. Er folgte ihr ernst und gemessen nach.

Im Hausflur wartete die alte Seferl und raunte Leni zu: „Gratuliert' dir auch schön! Und, gelt nein, mein Reden, das der Dirn' vermeint war, wird mer doch d' Bäu'rin nit nachtrag'n? Gelt nein?"

„G'wiß nit, Seferl, hast's ja auch nit schlecht gemeint."

Im Hofe sah sie das übrige Gesinde stehen, sie nickten alle, mancher mit hochgezogenen Augenbrauen und offenem Mund, es gab lauter erstaunte Gesichter, aber kein unfreundliches, und als sie ihr Bündel dem Mathies übergab, da nickte er ihr fast vergnügt zu. Volksgunst hält sich, wie im großen, so auch im kleinen an den Erfolg und darin liegt ein gutes Stück gesunden Denkens, welches nur da falsch schließt und verderblich wird, wo der Erfolg in seinen Mitteln und Zwecken unmoralisch oder der Person und der Sache nach ein unverdienter ist. Alle, die Magdalenen abgünstig waren, seit es hieß, sie habe es auf den Bauer abgesehen, schienen jetzt andern Sinnes, wo sie eben das erreicht hatte, was zu erstreben man ihr für übel genommen.

Als sie nun, die letzte, in den Wagen steigen sollte, da umschlang Kaspar, wie von einer plötzlichen Wildheit erfaßt, mit beiden Armen ihre Hüfte und schwang die Erschreckte auf den Sitz. Sie stieß einen leichten Schrei aus. „Hab' ich z' grob zug'griffen?" flüsterte er. „Schau, ich konnt' mer nit helfen, anfassen mußt' ich dich und halten, auf daß ich glaub', daß d' mein bist, und auch du merkst, daß d' mir nimmer auskannst."

Sie reichte ihm, vor sich niederblickend, die Hand. Der Wagen setzte sich langsam in Bewegung und der Bauer schritt nebenher bis zum Tore. Dort sahen sich die beiden Scheidenden tief in die Augen und trennten zögernd die Hände. Man rief und winkte sich Abschiedsgrüße zu, bis das Wagengerassel die Rufe übertönte und man sich an einer Straßenkrümmung jäh aus dem Auge verlor. Der Bauer blieb horchend an der Stelle stehen, bis ferne jedes Geräusch erstorben war, dann kehrte er auf den Hof zurück und begann ein lustiges Schelten, geschäftiges Anordnen und rühriges Selbstzugreifen.

„Ah, halt ja," sagte halblaut der Heiner, „hitzt g'freut ihn erst 's Leb'n."

Gar stille war es auf dem Wägelchen geworden. Leni saß mit halbgeschlossenen Augen, die gefalteten Hände im Schoße, zwischen Wachen und Träumen.

Erst als das Dorf hinter ihnen lag und sie in den Föhrenwald einfuhren, wandte sich der alte Bauer an das Mädchen: „Möcht'st etwa 'n Brautstand über lieber bei dein' Leuten bleiben?"

Sie schüttelte den Kopf. „'m Vater z' Lieb' schon, aber 'n Geschwistern trau' ich nit, sie könnten ihm und mir d' Freud' verderben."

„Dann bleibst af mein' Hof, bis dich der Kaspar als Bäu'rin af sein' holt. Ich gönn' dir 's."

Er hatte seine Rechte bekräftigend auf beide Hände Lenis gelegt und konnte es nun nicht wehren, daß diese zufaßte und seine Hand an die Lippen führte.

Er machte sich frei und streichelte den Scheitel des Mädchens. „Dir gönn ich's."

Und Hiesl nickte dazu. Wohl, wohl!

Wieder fuhren sie schweigend eine Strecke.

Da rückte Burgerl nah und lehnte ihre Wange an die der Freundin. „Leni-Mutter," flüsterte sie.

Ein Schauer, unter dem sie zugleich aufseufzte und lächelte, befiel Magdalene, sie drückte das Kind an sich und küßte es. Und so in sich geschmiegt, wie verschüchtert und demütig, blieb sie sitzen, als säße a' das Glück, so groß es war, ihr zur Seite und sie müsse sich klein, recht klein machen, daß es Platz fände.

Sachte fuhr der Wagen dahin, lautlos kreisten die Räder über der dichten Decke gefallener Nadeln, die zu Füßen der hohen Föhren lag.

Als der Grasboden-Bauer abends in seine Stube trat, streckte er sich sofort breit und behaglich auf einen Stuhl; er gestand sich, daß er müde sei, wie nie, und sich wohl heute in seiner Frohmütigkeit ein wenig übernommen haben dürfte.

Und als er so saß, begann er an das zu denken, was er erlebt und erfahren hatte, und von dem zu träumen, was er nun erleben und erfahren würde. Und da tauchten plötzlich, nah', wie lebendig, die beiden braunen Augen vor ihm auf, in die er heute beim Abschiede so tief hineingeguckt; selbst, wenn er die seinen schloß, blieben sie in ihrem heimelnden Blinken und herzlieben Geschau bestehen. Lächelnd schloß er öftere Male die Augen.

Ueber dem war es stockdunkel geworden und Seferl, die Licht brachte, unterbrach ihn in diesem Spiel.

Er erhob sich vom Sitze und hatte nun das Madonnenbild an der Wand gegenüber, gerade vor sich.

Die Madonna war braunäugig.

„Hat s' ein Oel?" fragte der Bauer, indem er auf das Lämpchen hinwies, das an der unteren Leiste des Rahmens angebracht war.

„Wohl," sagte Seferl, „'s is von letzthin noch ein's d'rein."

„Dann is 's schon recht."

„Willst denn aufzünden?"

Er nickte kurz. „Gute Nacht!"

„Gute Nacht, Bauer!" sagte die Alte und die Treppe hinab murmelte sie: „Aufzünden will er und 's is doch heut' nit Sunnabend und auch kein Frau'ntag."

Er rieb ein Schwefelhölzchen an, das schien ihm aber doch zu unheilig für solchen Gebrauch, so griff er denn nach dem Wachsstock auf seinem Nachtkästchen und entflammte damit den Docht des Lämpchens und als er es hinter dem roten Glase aufflackern sah, sagte er: „So! Warst ja auch so eine Rechte, eine Brave, Muttergottesin, du!"

XXI.

Früh am andern Morgen ging der Bauer mit Gesinde und Taglöhnern vom Hof weg. Obwohl die Arbeiter sich in zwei Partien schieden, deren jede es von einem andern Ende — wie die Leute meinten — „heut' wieder einmal das große des weitläufigen Grasbodens angriff, so sah doch in der ersten halben Stunde jeder den Bauer mehreremal; er hatte „Umschießen". Später sah man ihn längs des Waldsaumes dahinstreifen und bald darauf gar nicht mehr.

Hatte er es mit seinem Ab- und Zulaufen darauf abgesehen, die Leute bei Fleiß und Rührigkeit zu erhalten, so wirkte allerdings die Furcht, daß er mit einmal wieder mitten unter ihnen zur Stelle sein könnte, eine geraume Weile nach.

Er war, ein wenig zögernd, in den Wald getreten, dann eine gute Strecke unter den Bäumen dahingegangen, plötzlich besann er sich und kehrte zurück, hielt aber mitten auf dem Rückwege wieder inne und verfolgte nun gesenkten Kopfes und mit stark ausgreifenden Schritten den Pfad, der tiefer in den Wald führte. Als er, um auszuschnaufen, still hielt, befand er sich auf freier, sandiger Heide, fern im Rücken die dunklen Föhren.

„'s wär' ein Unsinn," murmelte er. „Jetzt, wo ich so weit von Föhr'ndorf ab kommen bin und so nah' nach Hinterwalden hab', müßt' mer mich frei auslachen, wenn ich umkehret."

(Fortsetzung folgt.)

Siegfried Wagner: Sonnenflammen

(Erstaufführung im Opernhaus)

Unter lautem Beifall, der schon vom zweiten Akt an den Dichterkomponisten immer und immer wieder vor die Rampe rief, ging das Werk am Sonnabend hier in Szene, das 1913 in Darmstadt uraufgeführt wurde. Es ist die erste seiner zahlreichen Opern, in der Siegfried Wagner von dem sonst von ihm bevorzugten, märchenhaften Stoffgebiet absieht und sich einer weltlich, bewegten, historisch-kostümierten Handlung zuwendet. Der Schauplatz der Sonnenflammen ist das oströmisch-christliche Byzanz in seinem letzten Röcheln, das gerade noch zu einem parodistischen Schrei nach Lustverlangen ausreicht.

*

Der fränkische Ritter Fridolin hat sich zur Sühnung eines schweren, an seinem Weibe verübten Frevels auf die Fahrt zum heiligen Grabe begeben. Unterwegs aber, zu Byzanz, läßt er sein Gelübde auf sich beruhen und bleibt hängen; denn Iris, die schöne und in dem Lasterstumpf rein gebliebene Tochter des Hofnarren Gomella, hat es ihm angetan. Um Iris Gunst wirbt er und denkt nicht weiter an Jerusalem. Jedoch ihm ersteht eine gefahrbringende Nebenbuhlerschaft: der Kaiser Alexios selbst wirft sein Auge auf Iris, um von ihr an Stelle seines schwächlichen, lebensunfähigen Söhnleins einen kräftigen Sprößling und dereinstigen Thronerben zu gewinnen. Diesem Ziele strebt der Kaiser auf sehr verwickelte Weise zu. Als nämlich Vater Gomella infolge eines mit dem Tode zu ahndenden Verbrechens sein Leben verwirkt hat, begnadigt ihn Alexios um den Preis, ihm die Tochter auszuliefern. Gomella wagt nicht, ihr den ganzen Handel einzugestehen, und geht die Kaiserin um schlauen Beistand an. Mit ihrer Hilfe gelingt es, eine der Iris an Gestalt ähnliche Sklavin dem kaiserlichen Liebeswerben unterzuschieben; Alexios aber selbst wähnt sich fest in Iris' Gunst. Dem Fridolin bleibt des Kaisers Neigung nicht verborgen und er brütet wütende Eifersucht. Sie bricht zu hellem Feuer aus, als bei einem Feste zum Empfange venetianischer Abgesandter Alexios die Geliebte zur Schmach der Kaiserin auf den Thron erhebt. Auch sonst noch geschieht hier Seltsames: der Kaiser verhöhnt Venedigs Boten und wird im daraus folgenden Tumulte mit einem Dolche niedergestoßen. Fridolin jubelt der Tat zu, muß aber gleich darauf erfahren, daß er damit allzu unbesonnen sich als offenkundiger Feind des Kaisers gezeigt hat. Denn dieser ist dem Dolchstoß gar nicht zum Opfer gefallen, sondern nur verwundet worden. So ist Fridolin der Rache des Alexios gewiß. Doch hält dessen Laune dem Frankenritter, der sich auf Anraten der Kaiserin irrsinnig stellt, einen Ausweg offen: er läßt ihm die Wahl zwischen „Schwert oder Schere" — Tod oder Narrentum. Fridolin sinkt in den tiefsten Stand seiner Erniedrigung, indem er das letztere wählt und unter dem Gelächter des Hofes, vor den Augen Iris' fällt seine Lockenpracht. Nun ist er ein Geselle Gomellas geworden, der ihm in sein neues Amt einführt und vor dem schadenfrohen Alexios tanzen und springen läßt.

Der Kaiser wendet sich neuen Lustbarkeiten zu, ungeachtet, daß sich die Kaiserin mit ihrem Kinde den Tod gegeben, ungeachtet der Stimme eines Wahrsagers, der den nahen Weltuntergang verkündet — nur Lust, nur Lust! Schließlich erscheint auch noch Fridolins Vater, der gekommen ist um dem Sohne die Verzeihung seines Weibes zu bringen und ihn heimzugeleiten. Die maßlose Schande seines Sohnes erpreßt ihm den Vaterfluch über den Verlornen, den nun tiefe Reue erfaßt und auf sein besseres Selbst hinlenkt. Ehrlos zwar ist er geworden, aber er will nun sein verlorenes Leben willig als reinigendes Opfer von sich werfen. In dieser Absicht begibt er sich zum „Weltuntergangsfest", ein wildes Toben, bei dem Spottfiguren abendländischer Fürsten verbrannt werden. Mitten in dem Trubel erscheint dem Alexios der gespenstische Schatten der Kaiserin, der ihm enthüllt, daß es nicht Iris war, mit der er das nächtliche Lager geteilt. Und weiter geht der wüste Tanz. Nachdem auch die letzte Spottpuppe verbrannt ist, fragt der Kaiser: „Wer kommt jetzt dran?" „Ich!" ruft Fridolin und ersticht sich. Dem Sterbenden und nunmehr Entsühnten gesteht Iris ihre Liebe. Er haucht sein Leben aus mit den Worten: „Vater, verzeih' deinem Sohn!"

Das der kurze Umriß der Handlung. Sie bringt in ausschweifender Weise alles auf die Beine, was innerhalb des Rahmens irgendwie erdenklich ist. Die Anhäufung der Mittel macht sie nicht gerade übersichtlich, entzieht den einzelnen Trägern der Handlung Spannungsenergie und zersplittert die Anteilnahme. Darum erscheinen die zwar in zweiter Reihe stehenden, aber dennoch wirkend gedachten Rollen farblos, so die Kaiserin, der Vater Fridolins, der Wahrsager. Ja selbst die Hauptrollen verblassen oft auf weite Strecken und muten dann an, als wären sie aus Papiermaché. Dem vermag auch die hineingetragene Moral von der Geschichte nicht abzuhelfen — jener Gedanke nämlich, daß Fridolin als Vertreter eines in der Fremde in Schmach und Schande versinkenden Deutschtums zu gelten habe. So aufrichtig und tief das auch vom Dichter gefühlt sein mag, es ist im dramatischen Sinne zu keiner treibenden Kraft geworden. Und wenn wir die Kreuzfahrer mit schwarz-weiß-roten Brustzeichen geschmückt sehen, so können wir darin nur eine Wirksamkeit der Regie in äußerlichen Dingen erblicken.

*

Der Komponist Siegfried Wagner ist weit ergötzlicher. Er musiziert frisch drauf los, fürchtet weder Wind noch bösen Stand und hat manchen Einfall, der des Dichters Schwäche vergoldet. Er geht melodisch zu Werke, und manche Waldweise, wie er sie fand, formt er zu abgeschlossenen Stücken, die freilich — das Gegenteil läßt sich nicht behaupten — von Weh erzeugender Trivialität sind. Aber sie sind leicht zu behalten und das freuet unsre Alten. Wenn er nur die Piccoloflöte nicht so andauernd pfeifen ließe! Durchaus nicht haushälterisch bedenkt er die Sänger. Iris z. B. wickelt den gesamten Vorrat ihres musikalischen Fadens gleich in der ersten Minute ab, um sich dann für immer musikarm durchzufristen. Im übrigen ist alles opernmäßig und mit geschickter Theaterhand gemacht.

*

Siegfried Wagner betätigte sich hier auch noch als Regisseur, als der er von Bayreuth aus in Ansehen steht. Was wir aber diesmal von ihm sahen, war nicht allenthalben zu rühmen. Man erinnere sich nur der Szene, in der Gomella dem Fridolin die Faxen vor dem Kaiser lehrt; oder wie die feindlichen Haufen den Palast stürmten; oder der Dämpfe mit Notfeuer am Schluß. Dagegen hatten intimere Auftritte, wie die Stückszene, viel Stimmung. Hierzu trugen auch die von Franz Staffen entworfenen Dekorationen bei. Sie waren prunkvoll und farbensatt und ersetzten so als richtige Opern-Dekorationen das, was der Komponist zu bieten unterlassen, die Pracht Byzanz.

Großen Anteil am Gelingen des Ganzen hatten die Darsteller. Vogelstrom bot als Gomella Meisterliches; er vereinigte Witz, Verschlagenheit und Komik zu einem festumschlossenen Charakterbild. Burg stellte einen Kaiser hin von neronischem Format — eine ausgezeichnete Leistung. Der schwankenden, schwächlichen Iris-Rolle verlieh Elisabeth Rethberg ihre warmquellende, kühle Stimme. Der Fridolin ist die übelste Figur im Stück; Tauber fand sich geschickt und mit dem ihm eigenen, sicheren Geschmack damit ab. Edel und hoheitsvoll gestaltete Helena Forti die Kaiserin. Ferner sind noch Jottmann, Schmalnauer, Helene Jung und Wildhagen, als Vertreter kleinerer Partien, und der Chor zu nennen. Die Hauptdarsteller konnten sich mit Kapellmeister Reiner und Staffen oft neben Siegfried Wagner zeigen und den Dank des Hauses entgegennehmen.

Paul Büttner.

Proletarierkultur

An alle Arbeiterdichter, Schriftsteller und Maler, die noch am Amboß und Werktisch tätig sind, richtet sich folgender Aufruf:

Die Revolution schreitet, getrieben von Millionen Brüdern und Schwestern am Amboß und Werktisch, über die Erde. Und Millionen werden beginnen mit dem Aufbau! Hunderte von uns, deren Geist neben der Faust stärker tätig ist als dieselbe, schreiten den abgenannten Millionen voraus. Doch ihnen ist es nicht allein um die Produktionsmittel der Erde zu tun und deren Vergesellschaftung, sondern ihr Interesse gilt auch den übrigen kulturellen Verhältnissen derselben, soweit sie innerhalb der deutschen Grenzen wohnen, dem Kulturleben unsrer Heimat. Von der Perspektive eines ernst ringenden, auch mit sich selbst in die Höhe wollenden Arbeiters betrachtet, liegt dasselbe sehr im argen und es wird sich mancher fragen: Wo ist da die neue Zeit? Wo ist die Kunst für ihn? — denn es gilt doch nicht nur die wirtschaftliche Seite der Köpfe umzuwandeln, sondern auch, wie oben angeführt, die kulturelle. Was aber sollen wir alle, die wir tiefer ins Leben schauen können wie die Millionen, die nur dem Brotverdienst Nachgehenden? Wenn wir den Pharisäerstandpunkt nicht einnehmen wollen, müssen wir bekennen, nicht viel! Aber wir müssen etwas tun, wollen wir, wenn die Zeit kommt, als die Träger der Proletarierkultur gelten und all den Millionen andern, die wenige Zeit dafür haben, weil es die Sorge um Familie und Leben nicht erlaubt, unsern Stempel aufdrücken! — Wer gewillt ist, in diesem Sinne mitzuarbeiten, sei es in Literatur oder andern Zweigen der Kunst, wird gebeten, seine Adresse einzusenden an E. Herrmann, Stuttgart, Rotebühlstr. 117a.

Dresdner Kalender

Theater am 4. Oktober. Opernhaus: Schirin und Gertraude (7½). — Schauspielhaus: Die sittliche Forderung; Eine Abrechnung (7½). — Albert-Theater: Schwanenweiß (7½). — Residenz-Theater: Der Obersteiger (7). — Zentral-Theater: Der letzte Walzer (7).

Spielplan der Dresdner Theater vom 5. bis 11. Oktober. Opernhaus: Dienstag: Schirin und Gertraude (7½). Mittwoch (zum 200. Male): Der Bajazzo, Die Sizilianische Bauernehre (7). Donnerstag: Der Freischütz (7½). Freitag: Erstes Sinfoniekonzert, Reihe A (7½), öffentliche Hauptprobe vormittags 12 Uhr. Sonnabend: Rigoletto (7½). Sonntag: Sonnenflammen (7). Montag: Die Schneider von Schönau (7½). — Schauspielhaus: Dienstag: Die sittliche Forderung, Eine Abrechnung (7½). Mittwoch: Iphigenie auf Tauris (7½). Donnerstag (neu einstudiert): Wilhelm Tell (7½). Freitag: Der Verschwender (6½). Sonnabend: Kabale und Liebe (6½). Sonntag: Wilhelm Tell (6½). Montag: Der König (7½). — Albert-Theater: Dienstag: Schwanenweiß. Mittwoch: Die Ratten. Donnerstag: Die Ratten. Freitag: Franziska. Sonnabend: Die Ratten. Sonntag, vorm.: Morgenfeier: Goethe, nachm.: Die schöne Auguste (ermäßigte Preise), abends: Kümmelblättchen. Montag: Trieb; (zum ersten Male): Die vier Toten der Fiametta. Die Vorstellungen beginnen 7½ Uhr, die Morgenfeier 11 Uhr. Sonntagnachmittagsvorstellung 3½ Uhr. — Residenz-Theater: Täglich abendlich: Der Obersteiger (7). Sonntag nachmittag: Die Fledermaus (3). — Zentral-Theater: Dienstag, Mittwoch: Der letzte Walzer (7). Donnerstag bis Montag: Das Hollandweibchen (7). Sonntag nachmittag: Hannerl (3).

Zentral-Theater. Die Operette Der letzte Walzer von Oskar Straus gelangt nur noch bis einschließlich Mittwoch zur Aufführung. Donnerstag den 7. Oktober geht die Operette Das Hollandweibchen von Leo Stein und Bela Jenbach, Musik von Emmrich Kálmán zum erstenmal in Szene. In den Hauptrollen sind beschäftigt die Damen Gretel Finkler, Tina Frohn und Josefine Rizinger, sowie die Herren Oskar Tignor, Artur Klaproth, Franz Köchel, Otto Marlé und Fritz Petzold. Die musikalische Leitung ruht in den Händen des Herrn Kapellmeister Fritz Netzner. Die neuen Dekorationen und Kostüme wurden im eigenen Atelier nach Entwürfen und unter Leitung von Herrn Ottomar Votoupal hergestellt.

Sächsischer Kunstverein zu Dresden, Brühl'sche Terrasse. Wegen Ueberlassung der Räume an Lepkes Kunstauktionshaus zur Veranstaltung der demnächst stattfindenden Versteigerung aus sächsischem Staatsbesitz bleibt die Ausstellung des Kunstvereins auf einige Zeit geschlossen. Die Kanzlei des Kunstvereins ist werktags von 9 bis 3 Uhr geöffnet, Sonntags geschlossen.

Sport · Spiel · Körperpflege

Turnausschuß des Kreisturnfestes. Dienstag den 5. Oktober, 8½ Uhr: Sitzung in der Artistenbörse, Wettinerstraße. Die Obmänner der Unterkommissionen haben die Berichte über ihre geleisteten Vorarbeiten zu geben. — **Gruppe Groß-Dresden.** Vereine, welche noch Anmänner und Vorturner für den demnächst stattfindenden Vorturnerkursus mit anschließender Prüfung entsenden wollen, müssen bis zum 6. Oktober an Schumann, Hechtstraße 30, die Meldungen einschicken. Turnhalle wird noch bekanntgegeben. — **2. Bezirk.** 10. Oktober: Bezirksvorturnerstunde in Dresden-Löbtau, Herbertstraße. Beginn pünktlich früh 8½ Uhr bis 4½ Uhr. Turnordnung: Bundeskursus Spandau. Wer Mittagessen wünscht, hat dies an Turngenossen Richard Kurt, Kronprinzenstraße 46, zu melden. — **4. Gruppe.** Mittwoch den 6. Oktober, abends 8 Uhr: Sitzung im Gasthof Bannewitz. Kein Verein darf fehlen. — Kampfturnstunden für Erwachsene jeden Dienstag und Freitag von 5½ bis 7 Uhr. Für Knaben: Montags von 5½ bis 6½ Uhr, für Mädchen: Mittwochs von 5½ bis 6½ Uhr.

Freie Schwimmer von Dresden und Umg. Der Schwimmlehrerkursus findet in der 15. Volksschule, Görlitzerstraße, statt. 5. Okt.: Vortrag Dr. Herzfeld: Der gesundheitliche Wert des Schwimmens. 12. Okt.: Vortrag des Bezirksschwimmwarts Kurt Schreiber: Spezifisches Gewicht und die Schwimmarten. 14. Okt.: Praktische Vorführungen im Germaniabad. Die Vorträge beginnen Punkt 7 Uhr. — **Abteilung Striesen.** 9. Okt.: Nach dem Bade Versammlung im Löschergarten. 24. Okt.: Schauschwimmen im Zentralbad. Meldungen sind bis zum 17. Oktober an Genossen Wagner, Niederwaldplatz 5, I., schriftlich einzusenden.

Arbeiterathleten. 5. Okt., 7 Uhr, im Volkshaus: Sitzung der Vereinsvorsitzenden, Techn. Kommission, Zimmer 8. — Kraft-Sport-Verein **Herakles.** 6. Okt., 7½ Uhr: Versammlung im Grundstein, Leisniger Straße 12. — Arbeiter-Sport-Klub **Hektor.** 9. Okt., 7½ Uhr: Monatsversammlung im Klublokal, Johann-Meyer-Straße 3. — Kraft-Sport-Verein **Sandow.** 13. Okt., 6½ Uhr: Gala-Sport-Abend im Kristallpalast, Schäferstraße. — 17. Okt.: Kreisdelegiertensitzung im Restaurant Eigenwill, Johann-Meyer-Straße 8. Anfang früh 9 Uhr. Jeder Verein hat zwei, die auswärtigen Vereine einen Delegierten zu entsenden. Mandate müssen vorhanden sein.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19201004/10 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG